Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

13.12.1967 - 3. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

3. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Dezember 1967

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Mahlstedt, Friedrich Meier.

INHALT

Vereidigung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen 35

Eingabe der Deutschen Friedens-Union . . . 37

Spende des Vorstands der Bürgerschaft an das St. Petri-Waisenhaus 39

Eingänge (§ 70 GO.) 39

Vertreter des Senats in den Deputationen . . 39

Aussprache über die Regierungserklärung des Präsidenten des Senats vom 28. November 1967

Abg. Dr. Sieling (CDU) 40

Abg. Brouwer (NPD) 49

Abg. Schubert (FDP) 54

Abg. Boljahn (SPD) 64

Abg. Oltmanns (FDP) 70

Abg. John (FDP) 71

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 72

Abg. Krauss (CDU) 85

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 21. November 1967: Aufwendungshilfe für Eigenheime aus dem Wohnungsbauprogramm für Flutgeschädigte und Hochwassergefährdete (Drucksachenabteilung I Nr. 5) 85

Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Otto-Theodor Brouwer — Mündliche Berichterstattung durch den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß

Abg. Dr. Franke 85

Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen (Drucksachenabteilung II Nr. 2) 1. Lesung

und

Antrag: Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 3)

Abg. Brouwer (NPD) 86

Ordnungsruf für den Abg. Brouwer (NPD) . 86

Antrag: Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Beratung eines Gesetzentwurfs über das Verfahren beim Volksentscheid (Drucksachenabteilung II Nr. 4) 87

Antrag: Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Überprüfung des Petitionsrechts (Drucksachenabteilung II Nr. 5) 88

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer **Hardegen**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Weßling** (SPD)

Senator für Justiz und Verfassung und für kirchliche Angelegenheiten **Dr. Graf** (FDP)

Senator für das Bauwesen **Blase** (SPD)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Staatsrat **Kählitz**

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Gottschalk** (Senator für Inneres)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Als Vertreter des Senats begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Weßling, Herrn Senator Dr. Graf, Herrn Senator Blase, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann und Herrn Senator Löbert. Außerdem sind anwesend Herr Staatsrat Kähler, Herr Senatsdirektor Dr. Reif und Herr Oberregierungsrat Gottschalk.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Vereidigung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen

Meine Dame und meine Herren des Senats, meine Herren Richter des Staatsgerichtshofs, meine Damen und Herren! Nur selten kommen in einer Sitzung der Bremischen Bürgerschaft die drei tragenden Elemente unseres demokratischen Rechtsstaates so sichtbar zum Ausdruck wie in der heutigen. Nachdem der Anfang unserer Arbeit mit der Regierungserklärung begann, so erfolgt heute die Vereidigung unseres Staatsgerichtshofs, dem höchsten bremischen Gericht.

Wenn ich aus diesem feierlichen Anlaß einige Worte spreche, so gelten sie vor allem der Beziehung des Parlaments zu dem Staatsgerichtshof. Ich erinnere mich an die lebhaften und eingehenden Erörterungen, die im Verfassungsausschuß im Jahre 1946 stattfanden, als dieser sich mit der Einrichtung eines Verfassungsgerichts in unserem Lande befaßte. Es gab unter uns zu dieser Zeit Gegner der Verfassungsgerichtsbarkeit, die der Auffassung waren, daß das Parlament als vom Volke unmittelbar gewähltes und darum höchstes Staatsorgan kein Kontrollorgan über sich dulden dürfe, das die Verfassungsmäßigkeit seiner Gesetzesbeschlüsse nachzuprüfen habe. Die Mehrheit dieses Hauses hat sich jedoch schon damals zu dem Gedanken bekannt, daß die Freiheit des Einzelnen und die Rechte der Minderheit eines Schutzes durch ein besonderes Gericht bedürften.

Wenn auch das demokratische Prinzip der Mehrheit die Herrschaft über die Minderheit einräumt, so wissen wir doch aus der Geschichte, daß auch bei Mehrheitsbeschlüssen von Parlamenten Irrtümer unterlaufen können. Nicht alles, was die Mehrheit beschließt, ist gut oder Rechtens. Demokratische Verfassungen sind ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht nur der Mehrheit, sondern auch der Minderheit Grundrechte zusprechen. Wir Parlamentarier bemühen uns in der Verantwortung gegenüber unseren Wählern und unserem eigenen Gewissen, wozu uns unsere Verfassung besonders verpflichtet, diese Rechte sorgfältig zu beachten.

Aber Sie, meine Damen und Herren, wissen, wie außerordentlich schwer es auch oft für uns ist, zu erkennen, was in der Verfassung oder in dem Gesetz im Einzelfall als Recht festgelegt worden ist. Es ist durchaus möglich, daß die Parteien in einzelnen Fällen aus guten Gründen direkt entgegengesetzte Auffassungen vertreten können. Hier stehen sich die Aufgabe des Politikers und die des Richters gegenüber. Die Aufgabe des Politikers ist in erster Linie eine gestaltende Tätigkeit mit dem Blick in die Zukunft. Demgegenüber ist die Amtspflicht des Richters eine betrachtende und bewertende. Er hat unbeeinflußt durch politische Leidenschaften Dinge zu prüfen, die in der Vergangenheit liegen und hat sie nach Verfassung und Gesetz zu beurteilen.

Aber beide Aufgaben weisen auch Gemeinsamkeiten auf: Erstens, die rechtsetzende ebenso wie die rechtsprechende Gewalt leiten die Berechtigung ihres Handelns vom Volke ab und haben dem Wohl des Volkes zu dienen. Zweitens, die Tätigkeit des Richters ebenso wie die des Abgeordneten kommt nur dort zur vollen Entfaltung, wo man versucht, durch eine Diskussion zur Wahrheit zu gelangen. Eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit der Meinung des anderen verhindert allein die Isolation und die Entfremdung von der Wirklichkeit und vom Volke. Dem Volke können wir nur dienen, wenn wir es wirklich kennen.

Wollen wir den Wert eines Verfassungsgerichts richtig beurteilen, so ist dies keine Frage, die mit der Zahl seiner Entscheidungen beantwortet werden kann. Der bremische Staatsgerichtshof hat in seiner letzten Amtsperiode einige sehr bedeutungsvolle Entscheidungen getroffen. Wir sind froh darüber, daß das Gericht nicht in Permanenz getagt hat. Die Anrufung eines Verfassungsgerichts sollte nur der letzte Ausweg aus einer schwierigen Situation sein. Nichts könnte für das Gericht selbst gefährlicher sein, als wenn es in die Rolle eines Schiedsrichters in politischen Streitfragen gedrängt würde. Politische Streitfragen müssen von den Parteien selbst entschieden werden. Die Verfassungsgerichte sollen Rechts- und keine politischen Entscheidungen treffen.

Davon, wie sich die Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland gerade in dieser Beziehung entwickelt, hängt nicht nur für sie selbst, sondern für unsere ganze staatliche Zukunft Entscheidendes ab. Auch die beste Gerichtsbarkeit wird keinen idealen Rechtsstaat verwirklichen können, ebensowenig wie die beste Politik die Geschichte in idealer Weise vollenden kann. Unsere Aufgabe muß es sein, uns ständig um diese Ideale zu bemühen und zu versuchen, sie zu verwirklichen.

Ich gebe nunmehr, meine Damen und Herren, die Namen der von der Bürgerschaft gewählten Mit-

glieder des Staatsgerichtshofs und deren Stellvertreter noch einmal bekannt:

1. Senator a. D. Dr. Alexander Lifschütz, Bremen
   Stellvertreter:
   a) Oberlandesgerichtsrat Helmut Heinrichs, Bremen
   b) Landesarbeitsgerichtspräsident Dr. Hans Trinkhaus, Bremen
2. Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Conrad Kirchmeyer, Bremen
   Stellvertreter:
   a) Amtsgerichtsrat Rudolf Sturmheit, Bremerhaven
   b) Staatsanwalt Wilhelm Schneider, Bremerhaven
3. Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Werner Lang, Bremen
   Stellvertreter:
   a) Senatspräsident Dr. Hermann Everwyn, Bremen
   b) Landgerichtsdirektor Eckhard Tholen, Bremen
4. Landessozialgerichtspräsident Dr. Harry Rohwer-Kahlmann, Bremen
   Stellvertreter:
   a) Oberlandesgerichtsrat Dr. Waldemar Klischies, Bremen
   b) Regierungsdirektor Dr. Ernst Günther Richter, Bremen
5. Bundesrichter Dr. Wilhelm Dodenhoff, Berlin
   Stellvertreter:
   a) Landgerichtsrat Georg-Wilhelm Wolff, Bremen
   b) Hans-Jürgen Noebel, Bremen
6. Amtsgerichtsrat Christoph Friese, Bremen
   Stellvertreter:
   a) Verwaltungsgerichtspräsident a. D. Dr. Hans Schumacher, Bremen
   b) Dr. Wolfgang Hübner, Bremerhaven

Gesetzliches Mitglied des Staatsgerichtshofs gemäß Artikel 139 Absatz 2 der Landesverfassung ist der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Herr Professor Dr. Karl Arndt. Gesetzliches stellvertretendes Mitglied ist der Vizepräsident beim Hanseatischen Oberlandesgericht, Herr Dr. Walther Richter. Paragraph 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof bestimmt, daß der Präsident, sein Stellvertreter sowie die Mitglieder des Staatsgerichtshofs und ihre Stellvertreter vom Präsidenten der Bürgerschaft vor versammelter Bürgerschaft vereidigt werden. Gestern hat sich der Staatsgerichtshof konstituiert und Herrn Senator a. D. Dr. Alexander Lifschütz zu seinem Präsidenten und Herrn Landessozialgerichtspräsident Dr. Harry Rohwer-Kahlmann zu seinem stellvertretenden Präsidenten gewählt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Eidesleistung. Ich spreche die Eidesformel vor und bitte Sie, nach Aufruf den Eid zu leisten mit den Worten „Das schwöre ich" oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe". Der Eid lautet:

„Ich schwöre, daß ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde."

Ich bitte, jetzt den Eid zu leisten.

Herr Senator a. D. Dr. Lifschütz!

(Senator a. D. Dr. Lifschütz: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Landessozialgerichtspräsident Dr. Rohwer-Kahlmann!

(Landessozialgerichtspräsident Dr. Rohwer-Kahlmann: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Oberlandesgerichtspräsident Professor Dr. Arndt!

(Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Arndt: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Vizepräsident Dr. Dr. Richter!

(Vizepräsident Dr. Dr. Richter: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Kirchmeyer!

(Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Kirchmeyer: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Oberlandsgerichtsrat Heinrichs!

(Oberlandesgerichtsrat Heinrichs: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Landesarbeitsgerichtspräsident Dr. Trinkhaus!

(Landesarbeitsgerichtspräsident Dr. Trinkhaus: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Amtsgerichtsrat Sturmheit!

(Amtsgerichtsrat Sturmheit: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Staatsanwalt Schneider!

(Staatsanwalt Schneider: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Lang!

(Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Lang: Das schwöre ich!)

Herr Senatspräsident Dr. Everwyn!

(Senatspräsident Dr. Everwyn: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Landgerichtsdirektor Tholen!

(Landgerichtsdirektor Tholen: Das schwöre ich!)

Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Klischies!

(Oberlandesgerichtsrat Dr. Klischies: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Regierungsdirektor Dr. Richter!

(Regierungsdirektor Dr. Richter: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Bundesrichter Dr. Dodenhoff!

(Bundesrichter Dr. Dodenhoff: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Landgerichtsrat Wolff!

(Landgerichtsrat Wolff: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Noebel!

(Herr Noebel: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Amtsgerichtsrat Friese!

(Amtsgerichtsrat Friese: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Verwaltungsgerichtspräsident a. D. Dr. Schumacher!

(Verwaltungsgerichtspräsident a. D. Dr. Schumacher: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Dr. Hübner!

(Dr. Hübner: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Sie haben den Eid geleistet. — Ich danke Ihnen!

Meine Damen und Herren, wenn ich die neubeziehungsweise wiedergewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder unseres Staatsgerichtshofs beglückwünsche, so möchte ich besonders erfreut und dankbar feststellen, daß sich Herr Senator a. D. Dr. Lifschütz wieder für das Amt des Präsidenten dieses Hohen Gerichts zur Verfügung gestellt hat und daß durch seine Beteiligung sowie durch die Beteiligung mehrer anderer schon bewährter Mitglieder die vom Gesetz gewünschte Kontinuntät des Gerichts gewährleistet wird.

Ich möchte diesen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne den im Rahmen der Neuwahl des Staatsgerichtshofs ausscheidenden Mitgliedern, Herrn Professor Werner Weber und Frau Dr. Louise Frentzel, den besonderen Dank des Hauses für ihre verdienstvolle Tätigkeit auszusprechen. Mit Herrn Professor Weber, Göttingen, gehörte einer der bedeutendsten deutschen Staatsrechtslehrer diesem Gericht an; er hat an einer Reihe vielbeachteter Entscheidungen des Staatsgerichtshofs mitgewirkt, wobei sein hoher wissenschaftlicher Rang sichtbar zum Ausdruck gekommen ist. In dieser Funktion hat Herr Professor Weber sich 14 Jahre lang um Bremen verdient gemacht. Auch Frau Dr. Louise Frentzel hat durch ihre achtjährige Zugehörigkeit zum Staatsgerichtshof den Dank des Hauses verdient.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche nunmehr die Sitzung für 30 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 9.30 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 10.00 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich folgendes bekanntgeben:

Die Deutsche Friedens-Union, Landesverband Bremen, hat an vier Abgeordnete des Hauses ein Schreiben gerichtet. Dieses Schreiben wurde mir von den in Frage kommenden Fraktionen, nämlich der SPD- und der CDU-Fraktion, übermittelt mit der Bitte um Stellungnahme.

Ich möchte nicht verfehlen, dem Hause die Antwort, die ich der Deutschen Friedens-Union darauf mitgeteilt habe, bekanntzugeben. Herr Vizepräsident Dr. Zander wird Ihnen diese Angelegenheit verlesen.

Vizepräsident Dr. Zander: Wie mir mitgeteilt wurde, hat die Deutsche Friedens-Union, Landesverband Bremen, an vier Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft mit Ihrer Unterschrift Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet:

„Die Deutsche Friedens-Union im Lande Bremen hatte bei den Bürgerschaftswahlen vom 1. Oktober d. J. 17 000 Wählerstimmen erhalten. Diese Wähler haben sich für eine Politik entschieden, die von der SPD und CDU ignoriert und nicht vertreten oder abgelehnt wird. Durch ein undemokratisches Wahlsystem sind die vier Abgeordneten-Sitze, die der DFU zustehen, durch drei Abgeordnete der SPD und einen Abgeordneten der CDU besetzt worden. Diese Abgeordneten sind also nicht die Beauftragten der SPD bzw. der CDU, sie sind durch die Wähler der DFU in die Bürgerschaft gekommen. Sie üben in der Bürgerschaft

also ein Mandat aus, das aufgrund des Wählerauftrags der DFU-Wähler wirksam wird.

Die Deutsche Friedens-Union wird sich mit diesem Tatbestand nicht abfinden. Sie wird in Zukunft alle die Forderungen und Anregungen ihrer Wähler über ihre verhinderten Abgeordneten, denen die Mandatsausübung durch das bremische Wahlgesetz mit seiner undemokratischen 5-Prozent-Klausel versagt ist, an Sie persönlich herantragen.

17 000 DFU-Wähler, die nicht in der Bürgerschaft vertreten sind, haben ein Recht, von Ihnen zu verlangen, daß Sie ihren Forderungen Gehör schenken und in der Bürgerschaft nachdrücklichst vertreten.

Wir erwarten ferner, daß Sie alle Bürgerschaftsunterlagen und Materialien, die Ihnen zur Verfügung gestellt werden, den DFU-Kandidaten, die an der Ausübung ihres Bürgerschaftsmandats gehindert sind, zu deren Verfügung stellen, damit unsere Kandidaten in der Lage sind, auch in ihrer außerparlamentarischen Position ihren Wählerauftrag auszuüben. Hochachtungsvoll gez.: Dietmar Tinnei, Deutsche Friedens-Union."

Als Präsident der Bremischen Bürgerschaft, dem kraft Verfassung die Wahrung der Rechte der Bürgerschaft und ihrer Abgeordneten obliegt, nehme ich zu diesem Schreiben wie folgt Stellung:

1. Die sogenannte 5-Prozent-Klausel bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, an der Ihre Partei gescheitert ist, entspricht einer Vorschrift der Bremischen Landesverfassung, und zwar dem Artikel 75. Sie verhindert die Zersplitterung bei der politischen Willensbildung, an der nicht zuletzt die Weimarer Republik gescheitert ist. Gleichartige Bestimmungen gelten, wie Sie wissen sollten, für die Wahlen zum Bundestag wie für die Wahlen der übrigen deutschen Länderparlamente. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen ihre Übereinstimmung mit den Grundsätzen eines freiheitlich-demokratischen Wahlverfahrens festgestellt.

   Die wiederholte Behauptung Ihres Schreibens, daß dieses Wahlverfahren undemokratisch sei, ist also unzutreffend.

2. Die Kandidaten der DFU sind demzufolge nicht durch ein undemokratisches Wahlsystem, sondern mangels ausreichender Wählerstimmen nicht als Abgeordnete in die Bremische Bürgerschaft gelangt.

3. Noch merkwürdiger wirkt Ihre Behauptung, drei Abgeordnete der SPD und ein Abgeordneter der CDU seien nicht „Beauftragte der SPD bzw. CDU", sondern hätten einen „Wählerauftrag" der DFU-Wähler. Diese Bemerkung läßt auf eine bedenkliche Unkenntnis der Verfassung schließen, wie sie normalerweise bei dem Landesgeschäftsführer einer Partei nicht erwartet wird.

   Nach Artikel 83 der Bremischen Landesverfassung sind die Mitglieder der Bürgerschaft Vertreter der ganzen bremischen Bevölkerung, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden. Abgeordnete im Sinne von Parteibeauftragten gibt es nur in Staaten, in denen das Parlament lediglich die Rolle eines Akklamationsorgans zu Regierungs- oder Parteibeschlüssen spielt.

   (Starker Beifall)

   Mit dem Wesen eines parlamentarisch-demokratischen Staates ist diese Auffassung nicht zu vereinbaren.

   Ihr Verlangen, die betroffenen Abgeordneten sollten die politischen Forderungen der DFU in der Bürgerschaft nachdrücklichst vertreten — offenbar ohne Rücksicht auf den Gegenstand der DFU-Meinung und ohne Rücksicht auf das Gewissen des Bürgerschaftsabgeordneten —, stellt eine Verhaltensweise dar, welche mindestens an eine verfassungswidrige Zumutung grenzt. Ich weise dies im Namen der Bürgerschaft nachdrücklich zurück.

   Das gleiche gilt für die Forderung, die betroffenen Abgeordneten sollten ihre gesamten Bürgerschaftsunterlagen und Materialien der DFU zur Verfügung stellen.

Zur Vermeidung ernsthafter Auseinandersetzungen wäre Ihnen eine gelegentliche Beschäftigung mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung zu empfehlen.

(Beifall)

Präsident Engel: Ich danke Herrn Vizepräsident Dr. Zander.

Neben diesem Schreiben ist auch ein Schreiben der Deutschen Friedens-Union, Landesverband Bremen, an mich gerichtet. Der Anfang entspricht inhaltlich dem Schreiben, das Herr Vizepräsident Dr. Zander eben vorgelesen hat. Deshalb kann ich es mir ersparen, diesen Teil hier besonders anzuführen. Ich möchte aber nicht verfehlen, Sie mit den Ansinnen bekanntzumachen, die die Deutsche Friedes-Union an mich persönlich stellt.

Es heißt da: „Die Deutsche Friedens-Union wird sich mit diesem Tatbestand nicht abfinden. Sie wird in Zukunft alle die Forderungen und Anregungen ihrer Wähler über ihre verhinderten Abgeordneten, denen die Mandatsausübung durch das bremische Wahlgesetz mit seiner undemokratischen 5-Prozent-Klausel versagt ist, an das Präsidium der Bürgerschaft weiterleiten und Sie bitten, diese Forderungen in entsprechenden Anträgen in den ordentlichen Beratungen der Bürgerschaft zu behandeln."

Hier darf ich einschalten, daß der Präsident der Bürgerschaft ja kaum berechtigt ist, Anträge zu

stellen, sondern es ist Angelegenheit der Fraktionen und allenfalls Angelegenheit des Senats.

Es geht weiter im Text: „Über 17 000 DFU-Wähler, die in der Bürgerschaft nicht vertreten sind, haben ein Recht zu verlangen, daß ihre Forderungen in der Bürgerschaft ernsthaft vertreten werden. Wir bitten Sie des weiteren, daß Sie alle von der Bürgerschaft herausgegebenen Unterlagen und Materialien unseren vier Kandidaten zur Verfügung stellen, damit sie auch in der Lage sind, aus ihrer außerparlamentarischen Position ihren Wählerauftrag auszuüben.

Die DFU hat zur Verstärkung ihrer außerparlamentarischen Tätigkeit ein entsprechendes Gremium gebildet, dessen Arbeit der gesamten Bürgerschaft und vor allen Dingen den sozialen, wirtschaftlichen und friedlichen Interessen der Bürger unseres Landes dient. Die Arbeit dieser Gruppe erfordert einen bestimmten finanziellen Aufwand. Wir bitten Sie deshalb, unseren vier verhinderten Abgeordneten die Diätensätze zuzuerkennen,

(Heiterkeit)

die ihnen aufgrund der 5-Prozent-Klausel jetzt vorenthalten werden, denn die Arbeit dieser außerparlamentarischen DFU-Gruppe kann durch die nachgerückten drei sozialdemokratischen und den einen CDU-Abgeordneten nicht übernommen werden.

Wir bitten Sie außerdem noch, den an der Mandatsausübung verhinderten DFU-Abgeordneten Gelegenheit zu geben, an Deputationssitzungen teilzunehmen."

Meine Antwort auf dieses Schreiben, datiert vom 11. Dezember 1967, lautet wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Tinnei! Zu Ihrem an mich gerichteten Brief vom 6. 12. d. J. nehme ich wie folgt Stellung: Zwar ist es unrichtig, daß die nicht in die Bürgerschaft gewählten Kandidaten der DFU einen Wählerauftrag für eine außerparlamentarische Tätigkeit haben, dennoch begrüße ich es, daß diese Damen und Herren sich ebenso wie viele andere tausend Mitbürger für politische Dinge weiterhin interessieren und betätigen wollen. Ihrem Ansinnen, den nichtgewählten Kandidaten der DFU hierfür eine Aufwandsentschädigung zu zahlen, vermag ich indessen nicht zu entsprechen, da ich durch das Gesetz hieran gehindert werde. Es wäre wohl auch bei sparsamster Haushaltsgebarung kaum denkbar, all jene Staatsbürger finanziell zu unterstützen, welche sich außerhalb der parlamentarischen Arbeit für politische Fragen interessieren und einsetzen. Die Steuerzahler unseres Stadtstaates dürften für so großzügige Spenden auch kaum Verständnis aufbringen, auch nicht die Wähler der DFU, wie ich vermute."

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mehrere Jahre Ubung in diesem Hause gewesen, daß der Präsident der Bürgerschaft den Ehegatten der Abgeordneten ein kleines Angebinde zu Weihnachten überreicht hat. Die Arbeit, die mit einem Abgeordnetenmandat in der Bürgerschaft verbunden ist, belastet nicht zuletzt durch die erhebliche zeitliche Anspannung das Privatleben der Abgeordneten. Die Ehegatten haben deshalb ein besonderes Opfer zu bringen, und der Präsident der Bürgerschaft sah es als seine Aufgabe an, wenigstens zu Weihnachten durch eine kleine Aufmerksamkeit darauf hinzuweisen. Auf meinen Vorschlag hat sich der Vorstand der Bürgerschaft damit einverstanden erklärt, daß stattdessen jetzt zu Weihnachten dem St. Petri-Waisenhaus in Bremen eine Spende überreicht wird.

(Beifall)

Der Erste Verwalter der Stiftung St. Petri-Waisenhaus, Herr Meyer-Piening, hat mir daraufhin sinngemäß folgendes geschrieben:

Mit großer Freude haben wir von dem Beschluß der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis genommen, uns anläßlich des Weihnachtsfestes 1967 eine Spende zur Verfügung zu stellen. Wir werden diesen Betrag zur Verbesserung der Unterbringungsbedingungen der Kinder verwenden.

Folgende Eingänge liegen vor:

Der Bund Deutscher Architekten im Landesverband Bremen übermittelt eine Dokumentation über seinen diesjährigen 42. Bundestag.

Herr Roland Kutzki verweist in einem Schreiben auf die bereits der Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode vorgelegte Denkschrift über Studentenwohnheime in Bremen.

Die Deutsche Olympische Gesellschaft legt ein zweites Memorandum zum „Goldenen Plan" für Gesundheit, Spiel und Erholung vor.

Der Präsident der Bundesbahndirektion Hannover hat eine Stellungnahme des Ersten Präsidenten der Bundesbahn, Herrn Professor Dr. Oeftering, zum Leber-Plan übersandt.

Herr Konrad Lindhorst, Berlin, überreicht eine Abschrift eines Schreibens an das Bundesministerium für Finanzen, in dem er sich zu Fragen der Lohnpolitik äußert.

Der Bund Deutscher Rechtspfleger — Landesverband Bremen — fordert in einer Entschließung, im Besoldungsgesetz die besondere Stellung des Rechtspflegers auszuweisen und die nach dem 1. Besoldungsneuregelungsgesetz gerechtfertigte Amtszulage zuzuerkennen.

Die Eingaben liegen bei der Verwaltung der Bürgerschaft zur Einsichtnahme aus.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 1967 hat der Präsident des Senats die Besetzung der Senatskommissionen, deren Mitglieder zugleich die Vertreter des Senats in den Deputationen sind, mitgeteilt:

Senatskommission für die Finanzen: Die Herren Senatoren Speckmann, Eggers, Blase

Senatskommission für Wirtschaft: Die Herren Senatoren Eggers, Dr. Borttscheller

Senatskommission für Arbeit: Die Herren Senatoren Weßling, Eggers, Dr. Graf

Senatskommission für den Fischereihafen in Bremerhaven: Die Herren Senatoren Dr. Borttscheller, Eggers

Senatskommission für Justiz und Gefängniswesen: Die Herren Senatoren Dr. Graf, Löbert

Senatskommission für Außenhandel: Die Herren Senatoren Eggers, Dr. Borttscheller

Senatskommission für Wiedergutmachung: Die Herren Senatoren Weßling, Dr. Graf

Senatskommission für Häfen, Schiffahrt und Verkehr: Die Herren Senatoren Dr. Borttscheller, Eggers, Blase

Senatskommission für Inneres: Die Herren Senatoren Löbert, Weßling, Dr. Graf

Senatskommission für das Bauwesen: Die Herren Senatoren Blase, Dr. Borttscheller, Löbert

Senatskommission für das Wohlfahrtswesen: Frau Bürgermeister Mevissen, Herr Senator Dr. Graf

Senatskommission für Ernährung und Landwirtschaft: Die Herren Senatoren Eggers, Dr. Graf

Senatskommission für die allgemeinbildenden Schulen: Herr Senator Thape, Frau Bürgermeister Mevissen, Herr Senator Dr. Graf

Senatskommission für Kunst und Wissenschaft: Die Herren Senatoren Thape, Dr. Borttscheller, Blase

Senatskommission für die Berufs- und Fachschulen: Die Herren Senatoren Thape, Weßling, Dr. Graf

Senatskommission für Jugendwohlfahrt: Frau Bürgermeister Mevissen, die Herren Senatoren Dr. Graf, Thape

Senatskommission für Leibesübungen: Frau Bürgermeister Mevissen, die Herren Senatoren Dr. Borttscheller, Blase

Senatskommission für das Gesundheitswesen: Die Herren Senatoren Weßling, Löbert

Senatskommission für das Schlacht- und Viehhofwesen: Die Herren Senatoren Eggers, Dr. Graf.

Meine Damen und Herren, als Besucher unserer heutigen Plenarsitzung begrüße ich unter anderen als unsere Gäste eine Klasse des Kippenberg-Gymnasiums, zwei Klassen der Fachschule für Sozialberufe und einen Lehrgang der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen.

Meine Damen und Herren, in der Interfraktionellen Sitzung wurde festgelegt, daß wir etwa um 13 Uhr eine Mittagspause einlegen sollen. Die Sitzung wird dann um 15 Uhr fortgesetzt.

Wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort:

Aussprache über die Regierungserklärung des Präsidenten des Senats vom 28. November 1967

Interfraktionell ist folgendes vereinbart worden: Die Fraktionen kommen zunächst mit einer Redezeit bis zu 45 Minuten in folgender Reihenfolge zu Wort: CDU, NPD, FDP, SPD. Anschließend wird die Aussprache mit eine Redezeit bis zu 15 Minuten fortgesetzt. Vereinbart wurde, daß ich berechtigt bin, in der weiteren Aussprache die Reihenfolge der Redner abweichend von der Eintragung in die Rednerliste zu ändern. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer spricht für die CDU? — Abg. Dr. Sieling! Für die NPD? — Abg. Brouwer! Für die FDP? — Abg. Schubert! Für die SPD? — Abg. Boljahn!

Die Beratung ist eröffnet. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Bürgermeister Koschnick hat am 28. November vor diesem Hohen Hause die Regierungserklärung abgegeben. Diese Erklärung wirkt auf den ersten Blick bestechend.

(Bravo-Rufe! bei der SPD)

Nahezu jedes Ressort wird angesprochen. Nach allen Seiten hin werden Zusagen für die kommenden vier Jahre gemacht. Erst bei einem tieferen Eindringen in das Vorgetragene wird einem klar, daß es sich bei vielen dieser Zusagen nur um recht vage Erklärungen gehandelt hat. Ist uns doch der Herr Bürgermeister sehr häufig die erforderlichen Hinweise darauf schuldig geblieben, wie die von ihm in Aussicht gestellten Pläne realisiert und insbesondere finanziert werden sollen. Über wirklich schwierige Probleme ist der neue Regierungschef mit leichter Hand hinweggegangen.

Dennoch zeigt die Regierungserklärung, daß die Oppositionsarbeit der CDU-Fraktion in den vergangenen acht Jahren nicht vergebens gewesen ist.

(Lachen bei der SPD)

Ist bisher ihre immer wieder erhobene Forderung nach äußerster Sparsamkeit im Haushalt nur allzu oft in den Wind geschlagen oder gar verhöhnt worden, zieht sich eben diese Forderung jetzt wie ein roter Faden durch die ganze Regierungserklärung.

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Wunderbar!)

Wie sollte es auch anders sein! Ebenso haben unsere in zwei Wahlkämpfen vertretenen Forderungen nach größerem Einsatz der Eigeninitiative privater Verbände und Organisationen, nach bevorzugtem Ausbau von Pflegeheimen, nach dem Bereithalten von wirklich erschlossenen Grundstücken für die Ansiedlung neuer Industrien und mittelständischer Betriebe, nach einer zweckmäßigen Bauweise gegenüber der bei öffentlichen Bauten häufig zu aufwendigen Bauweise sowie nach einer nachhaltigen Verbesserung unseres Verkehrswesens ihren Niederschlag in der Regierungserklärung gefunden.

Mit gewisser Genugtuung haben wir vernommen, daß der neue Regierungschef ein klares Ja zu der Notwendigkeit einer starken Opposition und ihrer

kontrollierenden Arbeit in diesem Hohen Hause gefunden hat.

(Zurufe von der SPD — Heiterkeit)

Dieses um so mehr, als er noch vor wenigen Wochen als Wahlkampfleiter der SPD ganz andere Ansichten über den Wert der CDU für unser Land vertreten hat.

(Abg. Schubert [FDP]: Das sind zwei Dinge!)

Eben! Wir wollen aber Herrn Bürgermeister Koschnick zugute halten, daß er damals selbst wohl nicht daran gedacht hat, sich nach so kurzer Zeit als Präsident des Senats in Widerspruch zu seinen soeben als Wahlstratege geäußerten Behauptungen setzen zu müssen. Wirbt er doch heute um das Vertrauen und um die Mitarbeit eben der CDU, von der er noch vor Wochen behauptete, Bremen brauche diese CDU nicht.

(Abg. Meurer [CDU]: Das ist Dialektik!)

Aber warum soll es Ihnen, Herr Bürgermeister Koschnick, besser gehen, als es sonst Ihrem Vorgänger im Amt heute hier ergangen wäre.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Auch Herr Bürgermeister Dehnkamp hätte bei Fortsetzung seiner Tätigkeit als Präsident des Senats sich hier ja in diesem Punkt berichtigen müssen gegenüber seinen in den vergangenen Monaten vor der Öffentlichkeit vertretenen Erklärungen und Beurteilungen gegenüber der Bremer CDU. Daß Herr Dehnkamp um diese Korrektur seiner eigenen Aussage herumgekommen ist, hat er der Tatsache zu verdanken, daß er inzwischen von einigen seiner eigenen Parteifreunde in die Wüste geschickt worden ist.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: So ist es! — Abg. Klein [CDU]: Ja, ja, so ist es!)

Über diese plötzliche Verabschiedung Ihres Vorgängers im Amt, sehr geehrter Herr Bürgermeister Koschnick, über dieses Abhalftern Ihres Spitzenkandidaten des Wahlkampfes 1967 ist Ihren für diesen Schritt verantwortlichen Parteifreunden inzwischen in der gesamten deutschen Presse so deutlich die Meinung gesagt worden, daß ich dem an dieser Stelle nichts hinzuzufügen habe.

(Beifall bei der CDU — Abg. Johann Meyer [SPD]: Zerbrechen Sie sich doch nicht unseren Kopf! — Lachen bei der CDU)

Sie dürfen es ja vielleicht gar nicht.

Inzwischen ist Herr Löbert in den Senat eingetreten. Das ist im Interesse Bremens zu begrüßen.

(Abg. Uhde [SPD]: Sie haben ihn jedoch nicht gewählt!)

Bedauerlich ist jedoch, daß gleichzeitig mit der Benennung von Herrn Senator Löbert auch sein Nachfolger für 1971 bekanntgegeben worden ist. Diese in der Geschichte des Parlamentarismus wohl einmalige Verfahrensweise erscheint uns gefährlich für die parlamentarische Demokratie und unfair gegenüber dem soeben neu ernannten Innensenator.

(Beifall und Sehr richtig! bei CDU und NPD)

Wer sagt uns denn, ob der als Nachfolger benannte Abgeordnete

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sich ein Bein bricht!)

bis 1971 seine Einstellung zu den Fragen des Notstands und der Notstandsgesetzgebung überhaupt geändert hat? Wird er es selbst überhaupt wollen? Wer sagt uns denn, ob die SPD in vier Jahren wieder den Innensenator zu stellen haben wird?

(Beifall bei CDU und NPD)

Einen ähnlichen Wandel, wie ihn die SPD in ihrer Einstellung gegenüber dem eigenen Spitzenkandidaten durchgemacht hat, müssen wir auch in bezug auf ihre Beurteilung der finanziellen Situation im Lande Bremen feststellen. Lauthals verkündete sie während der Wahlkampfzeit, die Bremer Finanzen seien gesund.

(Abg. Schubert [FDP]: Sind sie auch!)

Jeder bremische Bürger mußte, soweit er noch der SPD sein Vertrauen zu schenken bereit war, überzeugt sein, daß unter einer erneuten SPD-Regierung von einer Erhöhung der Steuern oder der Gebühren nicht die Rede sein könnte. Dennoch scheut sich die SPD nicht,

(Abg. Uhde [SPD]: Jetzt ist er durcheinander!)

wenige Wochen nach der Wahl dieses Opfer den Bürgern abzuverlangen. Die CDU ist überzeugt, daß die SPD lange vor der Wahl entschlossen war, diese Mehrbelastungen für den Bürger einzuführen, ebenso wie sie nach eigenen Aussagen entschlossen gewesen sein muß, gleich nach der Wahl ihren Spitzenkandidaten zum Rücktritt zu zwingen. Wenn dem aber so ist, handelt es sich in beiden Fällen um eine schwerwiegende Irreführung des Wählers.

(Beifall bei der CDU)

Erst heute mag es manchem SPD-Wähler aufgegangen sein, daß eine solche Methode für die SPD nicht neu ist. Hat sie doch auch im Jahre 1963 Gebühren, über deren Einführung sie sich bereits vor der Wahl klar geworden war, dem Wähler erst unmittelbar nach der Wahl präsentiert. Damals wie heute wäre es ein Gebot der Redlichkeit gewesen, dem Wähler bereits vor der Wahl aufzuzeigen, was ihn unter einer neuen SPD-Regierung nach der Wahl erwarten würde.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sehr richtig!)

Betrachtet man die Zusammensetzung des neuen Senats, so ist festzustellen, daß sich mit Ausnahme des Wechsels Dehnkamp/Löbert nichts geändert hat. Logischerweise muß daraus geschlossen werden, daß von dem neuen Senat wohl kaum bessere Arbeit zu erwarten ist, als der alte Senat sie geleistet hat.

(Zurufe von der SPD: War gut!)

Daran mag man zweifeln. Dennoch möchten wir dem neuen Regierungschef eine echte Chance einräumen.

(Zurufe von der SPD)

Möge er sich freimachen von allen Vorbelastungen, die ihm seine Partei mit auf den Weg gegeben hat. Möge es ihm gelingen, sich und den Senat in entscheidenden Fragen freizuhalten von engstirnigen parteitaktischen Überlegungen.

(Abg. Sagner [CDU]: Sehr gut!)

Nur ein selbstbewußter, in sich gefestigter Senat wird in der Lage sein, die Interessen unseres Landes auf Bundesebene gebührend zu vertreten und alle Angriffe von außen auf die Eigenstaatlichkeit Bremens erfolgreich abzuwehren. Darüber hinaus aber sollten auch alle Fraktionen dieses Hohen Hauses jede in diese Richtung zielende Forderung aus anderen Bundesländern in aller Schärfe zurückweisen, ganz gleich, ob diese von einem Herrn Kühn (SPD), einem Herrn Meyers (CDU), einem Herrn Nes van Ziegler (SPD) oder von irgendeinem anderen überschlauen Politiker in den Nachbarländern ausgesprochen worden ist.

(Beifall — Abg. Uhde [SPD]: Späte Erkenntnis!)

Wichtigste Voraussetzung aber für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bremens ist und bleibt eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik. In diesen für Bremen lebenswichtigen Fragen darf daher die Regierung voll auf unsere Unterstützung rechnen. Die CDU-Fraktion wird sich auch in den kommenden Jahren nicht zum Sprecher für übertriebene Forderungen von Interessenverbänden und Berufsgruppen machen. Die Verantwortung vor dem Ganzen verbietet uns einen solchen für die Opposition an sich ja verführerischen Weg. Allerdings erwarten wir, daß dann aber auch auf allen Gebieten gespart wird, und nicht nur dort, wo es der Regierungskoalition paßt.

Man kann nicht auf der einen Seite sparen wollen und zugleich auf der anderen Seite Lohnforderungen unterstützen, die naturgemäß später über die dann nachziehenden Bezüge der Beamten den Staatshaushalt zusätzlich belasten.

(Unruhe bei der SPD — Abg. Boljahn [SPD]: Also sind Sie dagegen?)

Es kommt auf das Ausmaß an, Herr Boljahn. Leider hat Herr Bürgermeister Koschnick zu der geplanten Einkommensentwicklung der bremischen Beamten nur Andeutungen gegeben. Einerseits hat er die angestrebten Harmonisierungsmaßnahmen auf Bundes-Länder-Ebene bejaht, andererseits aber hat er nicht zu erkennen gegeben, ob und wann Bremen bereit und in der Lage sein wird, die sich aus den Besoldungsnovellen ergebenden erhöhten Zahlungen überhaupt mitzumachen. Für eine Stellungnahme wären wir dankbar.

Bezüglich der Durchführung der angekündigten Einsparung an Verwaltungs- und Personalkosten hegen wir Zweifel. Auch hier hat Herr Bürgermeister Koschnick leider keinen gangbaren Weg aufgezeigt. Niemand von uns kann übersehen, daß mit der angekündigten Ausweitung der Stellen auf dem Schulsektor und bei der Polizei erhebliche Mehrbelastungen auf uns zukommen werden. Darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren gerade von einzelnen Senatoren oft zusätzliche Kräfte für ihren engeren Arbeitsbereich angefordert worden, von deren Wirken man sich echte Einsparungsmöglichkeiten versprach. Leider haben sich diese Hoffnungen bisher noch in keinem Fall erfüllt. Es mag daher verständlich sein, daß wir nach diesen Erfahrungen der nunmehr geplanten zusätzlichen Stelle beim Präsidenten des Senats mit hochbesoldeten Kräften sehr skeptisch gegenüberstehen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sehr wahr!)

Die Behauptung, diese Kräfte bildeten keine Neubelastung für den Haushalt, da sie aus anderen Verwaltungen abgezogen würden, muß doch zu der Vermutung führen, daß diese Kräfte in ihren bisherigen Stellen unbeschäftigt, zumindest aber unterbeschäftigt gewesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier wäre ein Wort der Erläuterung von Nutzen.

Im übrigen bin ich überzeugt, daß der Grund für die sich immer mehr aufblähende Verwaltung nicht in einem Mangel an Arbeitsfreude unserer Angestellten und Beamten zu suchen ist. Er liegt vielmehr in der allzu bürokratischen Verfahrensweise, nach der diese Bediensteten ihre Aufgabe durchzuführen haben. Hier muß der Hebel angesetzt werden. Jeder von uns weiß aus seiner Arbeit in den Deputationen, wieviel Schreibarbeit und Papier eingespart werden könnten, wenn man in den Vorlagen nur das Wesentliche kurz und knapp darlegen würde.

Wir sollten baldigst den von uns schon früher angeregten Sparausschuß des Parlaments bilden, um diesen Dingen auf den Grund gehen zu können. Ein solcher Ausschuß hätte die einzelnen Verwaltungszweige zu durchleuchten und dann dem Parlament Vorschläge über verwaltungsfördernde Maßnahmen und den möglichen Abbau von überbürokratischen Vorschriften zu unterbreiten.

(Abg. Filzen [CDU]: Die Verwaltung kann die Verwaltung nicht kontrollieren!)

Nach unserem klaren Ja zu möglichen Einsparungen im Personalhaushalt müssen wir nunmehr unsere ernsten Bedenken gegenüber der beabsichtigten Erhöhung der Grundsteuer und der Gebühren anmelden. Beide belasten in erster Linie den „kleinen Mann", denn mit Sicherheit wird man diese Beträge auf die Mieten abzuwälzen versuchen. Darüber hinaus aber zeichnen sich schon heute weitere auf den Bürger zukommende Belastungen ab. Zur Zeit werden die Einheitswerte neu festgestellt. Soweit man hört, betragen die neuen Einheitswerte das Vierfache bis Fünffache, bei größeren Grundstücken soll es sogar bis zum Zehnfachen der alten Werte gehen. Wer garantiert uns, daß in dem Augenblick, in dem die Steuersätze auf den neuen Einheitswert umgestellt werden, die jetzt erhöhten Hebesätze erneut überprüft werden? Hat sich der Senat mit dieser Frage schon einmal beschäftigt?

Gerade im Interesse unserer bremischen Wirtschaft sollte die geplante Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer noch einmal gründlich überprüft werden. Es kann nicht wirtschaftsfördernd wirken, wenn Bremen mit seinen Steuersätzen höher liegt als die Nachbargemeinden.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das stimmt!)

Geraten wir doch mit dem Hebesatz von 250 in die „vornehme Klasse" der obersten Hebesätze in der Bundesrepublik! Bedenkt man, daß wir auch in den Gewerbesteuersätzen in dieser oberen Zone liegen, muß das noch mehr zu denken geben. Den von Herrn Bürgermeister Koschnick geforderten Vorschlag für einen möglichen Ausgleich bei Wegfall dieser erhöhten Hebesätze darf ich anbieten: Man möge die Mindereinnahmen an Grundsteuern nach dem alten Hebesatz dadurch ausgleichen, daß man bei öffentlichen Bauten mit aller Konsequenz allein der Zweckmäßigkeit folgt und jeden Aufwand unterläßt.

(Beifall und Sehr richtig! bei der CDU)

So sollte es möglich sein, die 25 bis 30 Millionen DM im Laufe von vier Jahren einzusparen.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr richtig!)

Herr Bürgermeister Koschnick hat in seinem Regierungsprogramm von dem Mut gesprochen, der für die erhobenen Forderungen nötig sei. Zeugt es wirklich von echtem Mut, wenn man dem Bürger eine solche Botschaft überbringt zu einem Zeitpunkt, in dem diesem nichts anderes übrigbleibt, als die neue Regierung für vier volle Jahre zu ertragen? Wäre es nicht viel mutiger und fairer gewesen, den Wähler schon vor dem 1. Oktober mit den wirklichen Absichten vertraut zu machen und ihn somit durch seine Stimme zugleich darüber entscheiden zu lassen?

Für noch weniger mutig aber halten wir den Versuch, die geplanten Mehrbelastungen des Bremer Bürgers mit Bundesmaßnahmen entschuldigen zu wollen. Einmal treten diese Mindereinnahmen nicht erstmalig im Jahre 1968 auf, zum anderen aber weiß die SPD genau wie die CDU, daß die gewiß nicht im geeigneten Zeitpunkt vom Bundestag beschlossenen Steuervergünstigungen in erster Linie dem kleinen Steuerzahler zugute gekommen sind. Wie aber sollte gerade die SPD Vergünstigungen, die der Bund dem bremischen Bürger gewährt hat, diesem in Form von Gebühren und Steuererhöhungen auf Landesebene wieder abnehmen wollen!

Im übrigen sollte man bei aller berechtigten Kritik an den sogenannten Wahlgeschenken nicht außer acht lassen, daß dafür nicht einseitig die Regierung Erhard verantwortlich gemacht werden kann.

(Abg. Boljahn [SPD]: Wer hatte denn die Mehrheit?)

Besonders Erhard selbst hat, entgegen der Gepflogenheit in Bremen, bereits vor der Bundestagswahl klar zu verstehen gegeben, daß er nicht gewillt sei, diese Wahlgeschenke einfach hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Boljahn [SPD]: Deshalb haben Sie ihn auch abgewählt!)

Verantwortlich für diese unseligen Beschlüsse auf Bundesebene ist letztlich der gesamte Bundestag, der diese Geschenke an die Bevölkerung mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen hat.

(Abg. Kähler [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Das stimmt!

Auch der Vorwurf gegen das Haushaltssicherungsgesetz auf Bundesebene verliert entscheidend an Gewicht, wenn man bedenkt, daß unsere Bewirtschaftungsmaßnahmen in Bremen im Grunde genommen nichts anderes sind.

(Bürgermeister Koschnick: Mein Gott!)

Besteht zwischen beiden doch lediglich der Unterschied, daß sich die Kürzungen auf Bundesebene vor aller Öffentlichkeit im Bundestag vollziehen, während man in Bremen in der Lage ist, in der Öffentlichkeit unbedarft Versprechungen zu machen, die dann später im Schoße der Finanzdeputation unter Ausschluß der Öffentlichkeit wieder zurückgenommen werden können, ohne daß auch nur ein Teilnehmer rot zu werden braucht.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, das Investitionsprogramm bis 1971 war zunächst auf 920 Millionen DM berechnet worden. Inzwischen hat man sich nach der allzu kurz gewordenen Finanzdecke gestreckt und dieses Programm drastisch auf 600 Millionen DM gekürzt. Das ist folgerichtig so.

(Zuruf von der SPD: Das ist verantwortungsvoll!)

Wird doch der ordentliche Haushalt entgegen der uns noch im vergangenen Jahr gegebenen mittel-

fristigen Finanzvorschau erstmalig im kommenden Jahr keine Beträge mehr für die Finanzierung des außerordentlichen Haushalts zur Verfügung stellen.

Im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Überlegungen in der Regierungserklärung sind einige Verbeugungen gegenüber unserer Schwesterstadt Bremerhaven gemacht worden. An diese sehr nette Geste sollte sich nun aber auch eine entscheidende Hilfe für diese Stadt an der Mündung der Weser anschließen, indem alles getan wird, die wirtschaftliche Struktur dieser Stadt und des gesamten Unterweserraums nachhaltig zu verbessern.

(Abg. Kiene [SPD]: Zum Beispiel?)

Letzteres aber wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die Zusammenarbeit mit Niedersachsen wesentlich besser zu gestalten als bisher. Es ist hier nicht damit getan, daß Verbindung gehalten wird von Regierung zu Regierung. Dafür liegen die Gebiete an der Unterweser allzu weit entfernt von Hannover. An die Seite der Regierungskontakte muß eine gut abgestimmte Regionalplanung gesetzt werden. Beide Landtage sollten einen regionalen Planungsverband einsetzen, der aus Mitgliedern der kommunalen Körperschaften aller beteiligten Kommunen zu bilden wäre. Die Stadt Hamburg hat gezeigt, daß ein solches Zusammenwirken mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein tadellos funktioniert. Warum sollte es dann nicht auch in unserem Raum klappen können? Verhältnisse wie die der Gestaltung des Ihlpohler Kreisels jedenfalls wären dann nicht mehr möglich.

In den Fragen des zwingend notwendigen Ausbaus unserer Häfen und des Flughafens werden wir die Regierung voll unterstützen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ist aber nett!)

Auch die Verlegung des Schwerpunkts weiterer Hafenausbauten nach Bremerhaven entspricht den Vorstellungen meiner Fraktion.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Auch eine Vorbeugung nach Bremerhaven!)

Wir vermissen jedoch in der Regierungserklärung eine Aussage über Vorstellungen der Regierung in bezug auf ein mögliches Zusammengehen beider Hansestädte in der Frage einer Großcontaineranlage für Hamburg und Bremen. Wir sollten uns nicht durch Zeitungsmeldungen vom heutigen Tage aus dem Konzept bringen lassen.

(Ach!-Rufe bei der SPD)

Beide Städte sind sich im Grunde genommen doch einig, daß die Wettbewerbsfähigkeit unserer größten deutschen Häfen gegenüber den Rheinmündungshäfen sowie den Mittelmeerhäfen Marseille, Genua und Triest auf lange Sicht nur erhalten werden kann, wenn Hamburg und Bremen sich schnellstens zu einem gemeinsamen Handeln in dieser Frage durchringen werden.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, daß Bremen durch seine neuen Hafenanlagen auf der Neustadtseite in der Lage war, frühzeitig in das Containergeschäft einzusteigen. Dennoch dürfen wir uns nicht den Folgeerscheinungen verschließen, die durch den Transport der Waren in diesen Sammelbehältern auf die Hafenstädte zukommen werden. Containereinsatz und andere Fortschritte in der Verladetechnik führen schon heute dazu, daß in den Häfen immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden, um bestimmte Verladeleistungen zu erzielen. Wir werden daher in verstärktem Umfang Sorge tragen müssen, daß die freiwerdenden Arbeitskräfte zur rechten Zeit umgeschult werden und für ihren späteren Einsatz an anderer Stelle unseres Wirtschaftsgeschehens auch neue Arbeitsplätze zur rechten Zeit zur Verfügung gestellt werden können.

(Abg. Schubert [FDP]: Stimmt ja alles! — Abg. Ströh [SPD]: Welterschütternd!)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, weder Finanzplanung noch Bewirtschaftungsmaßnahmen sind hinreichend geeignet, das Bruttosozialprodukt und die öffentlichen Einnahmen nachhaltig zu steigern. Dieses Ziel kann nur durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik erreicht werden. Es hängt daher vom Erfolg unserer Förderungsmaßnahmen für die bremische Wirtschaft ab, ob sich Bremen in dem unerbittlichen Wettbewerb der kommenden Jahre behaupten wird oder nicht. Die CDU-Fraktion begrüßt die in der Regierungserklärung geäußerte Absicht, die bremische Wirtschaft nachhaltig fördern zu wollen. Übrigens auch eine normale, nicht welterschütternde Feststellung

(Abg. Ströh [SPD]: Die ganze Rede! — Lachen bei der SPD)

in der Regierungserklärung. Wir vermissen aber auch hier eine klare Aussage über die beabsichtigten Einzelmaßnahmen sowie über deren Rang- und Zeitfolge. Auch eine entsprechende Finanzplanung wird in der Regierungserklärung nicht gegeben.

Diese entscheidenden Mängel lassen erkennen, daß die von der CDU in den vergangenen Jahren wiederholt geäußerte Kritik, der Senat habe keine Konzeption in bezug auf die unbedingt erforderliche Wirtschaftsförderung, nach wie vor berechtigt ist. Die CDU-Fraktion appelliert daher an die Bürgerschaft, eine umfassende, im einzelnen festgelegte wirtschaftspolitische Initiative zu ergreifen. Nur so können wir die wirtschaftliche Struktur Bremens entscheidend verbreitern.

(Beifall bei der CDU — Abg. Boljahn [SPD]: Machen Sie doch einmal ein paar Vorschläge!)

Die kommen sofort, Sie haben sie ja schon gelesen, Herr Boljahn. Zu der Stärkung bereits ansässiger Unternehmen muß die Ansiedlung neuer, wirtschaftlich zweckmäßiger Industriebetriebe kommen.

Die CDU-Fraktion wird in Kürze erneut beantragen, daß die Bürgerschaft einen nichtständigen Ausschuß einsetzen möge mit dem Auftrag, eine geeignete Konzeption zur nachhaltigen Förderung der bremischen Wirtschaft zu erarbeiten.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Vergessen Sie aber nicht, Herrn Koscheck dabei zu benennen!)

Dieser Ausschuß sollte mit Hilfe der Verwaltung und unabhängiger Sachverständiger einen Stufenplan langfristiger Förderungsmaßnahmen entwickeln. Die vorgelegte Planung müßte durch einen Finanzierungsplan ergänzt werden. Es wäre zu überlegen, in welchem Maße auch Finanzierungsquellen außerhalb der öffentlichen Haushalte erschlossen werden sollten und könnten, um die Durchführung der Planung in angemessener Zeit zu verwirklichen. Der Ausschuß müßte weiter überprüfen, ob das Ausführen des Planes einer Beteiligungsgesellschaft übertragen werden könnte, um auf diese Weise Sachverständige und Kapital der Privatwirtschaft nutzbar zu machen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Die sind sozialistischer als wir, die wollen nur nach Plan arbeiten! — Abg. Uhde [SPD]: Nur in der Wirtschaftsdeputation!)

Bevor ich mich nun einem weiteren Gebiet zuwende, lassen Sie mich, sehr geehrter Herr Bürgermeister Koschnick, noch ein Wort zur Wirtschaftspolitik des Bundes sagen. Sie haben davon gesprochen, daß die neue Bundesregierung neue Akzente innerhalb der Wirtschaftspolitik gesetzt habe. Das stimmt auffallend.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Jawohl, daran sind Sie nicht schuld!)

Mehr als einige neue Akzente sind es bis heute wirklich nicht gewesen,

(Beifall bei der CDU)

denn eines bleibt doch wohl unbestritten:

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Jetzt kommt das Haleluja!)

Die Entwicklung zu unserem Wohlstand während der vergangenen 20 Jahre haben wir alle nicht Herrn Schiller, sondern Herrn Erhard zu verdanken.

(Beifall bei der CDU — Zurufe und Unruhe bei der SPD — Abg. Schnakenberg [SPD]: Durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit! — Abg. Boljahn [SPD]: Wer hat ihn denn nach Hause geschickt?)

Seiner sozialen Marktwirtschaft muß es zugerechnet werden, daß auch die Massenkaufkraft nach wie vor erhalten geblieben ist und daß die sogenannte Krise das Masseneinkommen nur unwesentlich berührt hat. Nie hätte uns eine im Jahre 1949 angesetzte sozialistische Planwirtschaft so weit gebracht.

(Unruhe bei der SPD — Beifall bei der der CDU — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sozialistische Planwirtschaft!)

Mit besonderer Aufmerksamkeit hat die CDU-Fraktion auch die Abschnitte der Regierungserklärung aufgenommen, die sich mit den Schwierigkeiten unserer Werftindustrie auseinandersetzten.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Der ist ganz groß in Form!)

Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Werften aber hängt unserer Meinung nach nicht nur davon ab, daß diese in die Lage versetzt werden, eine Kreditfinanzierung in der Form der japanischen Möglichkeiten zu bieten. Sie hängt in gleichem Maße davon ab, daß der Senat bei seiner Mitarbeit am VI. Werfthilfeprogramm dafür Sorge trägt, daß dieses Programm auch für die EWG-Länder und vor allem für die Entwicklungsländer Gültigkeit erlangt. Nur so kann sichergestellt werden, daß es im Interesse der Werften zur Auflage größerer Serien der einzelnen Schiffstypen kommt und dadurch ein hohes Maß an Arbeitsteilung und Rationalisierung möglich wird.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sehr gut!)

Nach der Behandlung der Finanz- und Wirtschaftsfragen sei ein kurzer Blick auf den Bausektor erlaubt. Hier sind große Summen gebunden durch den sozialen Wohnungsbau. Es wäre zu überlegen, ob nicht Mittel eingespart werden könnten, indem man neben dem sozialen Wohnungsbau den steuerbegünstigten und den frei finanzierten Wohnungsbau stärker anregen würde. Man müßte in erster Linie dafür Sorge tragen, daß es den Bauwilligen mehr als bisher ermöglicht wird, geeignete Grundstücke zu beschaffen.

In den vergangenen Monaten sind immer wieder Fragen an uns herangetragen worden, die wir gern geklärt wissen möchten. Ich darf daher in diesem Zusammenhang dem Herrn Bausenator drei dieser Fragen vorlegen mit der Bitte, uns heute nachmittag eine Antwort zu erteilen:

1. Ist es richtig, daß sich im Laufe der Jahre die sogenannten Baunebenkosten bei Bauten, die durch Gesellschaften erstellt worden sind, prozentual zu den Gesamtkosten in einem kaum zu vertretenden Maße erhöht haben? Mit welchen Prozentsätzen muß man heute rechnen?
2. Ist es richtig, daß die Lieferanten bei bestimmten Baugesellschaften danach ausgesucht werden, ob ihre Belegschaftsmitglieder zugleich Mitglieder der Gewerkschaft sind oder nicht?

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Das war gut!)

Würde eine solche Maßnahme, falls sie bestätigt werden müßte, nicht eine unzulässige Einschränkung des Wettbewerbs bedeuten?

(Abg. Eilers [SPD]: Nein, Privatsache!)

3. Stimmt die uns vorgelegte Behauptung, daß an Bewerber um eine Wohnung der „Gewoba" Fragebogen ausgegeben werden, in denen nach der Mitgliedschaft des Bewerbers in der Gewerkschaft oder nach anderer Meldung sogar in einer Partei gefragt wird? Würde ein solches Vorgehen, falls es sich bestätigte, nicht unzulässig sein, da die Wohnungen dieser Baugesellschaft unter Einsatz von Steuermitteln gebaut worden sind, an deren Erbringung sich Nichtgewerkschaftler und Nichtmitglieder von Parteien beteiligt haben?

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD)

Als nächstes mögen einige Fragen zu der von Herrn Bürgermeister Koschnick kaum angeschnittenen Familienpolitik aufgeworfen werden, bildet doch die Familie die Grundzelle unserer Gesellschaft.

(Zurufe und Lachen bei der SPD)

Wir vermissen in Bremen eine koordinierte Familienpolitik auf breiter Basis, durch die eine Familienfürsorge weitgehend überflüssig werden würde. Gerade in den Großstädten sollte ein Familienreferat für das Aufeinanderabstimmen aller familienschützenden und familienunterstützenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnung, Gesundheit und Bildung erstellt werden. In anderen Ländern sind diese Aufgaben vielfach den Familienverbänden und anderen freien gesellschaftlichen Gruppen übergeben worden, die vom Staat dann entsprechend gefördert werden. Für den Bau familiengerechter Wohnungen muß in stärkerem Maße gesorgt werden. Die von der CDU erstmals beantragte und in den letzten Jahren von allen Fraktionen getragene Familienerholung muß ausgebaut werden. Ziel aller Einrichtungen für die kinderreichen Familien sollte nicht die staatliche Subvention, sondern das Schaffen der Voraussetzungen für eine gleiche Entwicklungs- und Bildungschance ihrer Kinder im Vergleich zu Familien mit weniger Kindern, sein.

(Beifall bei der CDU)

Mit besonderem Interesse haben wir vernommen, daß sich in Zukunft auch die SPD bemühen möchte, in Bremen mehr als bisher die freie Initiative einzuschalten. Leider ist es aber auch hier in der Regierungserklärung bei solchen allgemeinen Formulierungen geblieben. Die CDU-Fraktion hätte zum Beispiel erwartet, daß vom Regierungschef eine kurze Stellungnahme zum Karlsruher Urteil vom 18. Juli 1967 abgegeben worden wäre. Wird doch in diesem Urteil Entscheidendes über die Verfassungsmäßigkeit des Jugendwohlfahrtsgesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes ausgesagt. Leider hüllt sich der neue Senat auf diesem Gebiet in Schweigen, wie es der alte getan hat, obwohl der in Karlsruhe behandelte Gegenstand alle Jahre wieder im Rahmen unserer Haushaltsberatungen Anlaß zu heftigen Kontroversen gegeben hat. Die Tatsache, daß der Bremer Senat, der bekanntlich mit einer Normenkontrollklage an dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligt war, nach dem Urteil zu den eindeutigen Verlierern dieses Rechtsstreits zählt, sollte kein Grund dafür sein, daß ein gesellschaftspolitisch so bedeutsamer Vorgang vor diesem Hohen Hause nicht erwähnt wird.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die beiden Gesetze bis auf wenige Bestimmungen als verfassungsmäßig bestätigt hat, erwartet die CDU-Fraktion vom Senat, daß er aus dem Urteil Konsequenzen zieht und in Zukunft den Gesetzesvorschriften Rechnung trägt. Insbesondere bittet meine Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche grundsätzliche Einstellung hat der Senat gegenüber den freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe?
2. Wie stellt sich der Senat die Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil in der Praxis vor, besonders im Hinblick auf die Haushaltsgestaltung dieses Hohen Hauses?

Auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens haben wir einiges in der Regierungserklärung vermißt. So hofften wir auf eine Aussage über die langfristige Planung. Es wäre interessant gewesen zu hören, wie der Senat über eine mögliche Dezentralisierung des Gesundheitswesens denkt und welche Vorstellungen er im Hinblick auf eine verstärkte Gesundheitserziehung, -beratung und -vorsorge entwickelt hat. Dagegen erfreut uns die Zusage, daß in Zukunft die nicht kommunalen Krankenhäuser in angemessener Form mit staatlichen Zuschüssen versehen werden sollen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie unterstützen uns immer wieder! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Wie bisher!)

Viele sich aufdrängende Fragen hat die Regierungserklärung offengelassen auf dem Gebiet des Schul- und Hochschulwesens. Wir begrüßen die beabsichtigte Schwerpunktbildung zugunsten der Gymnasien und Sonderschulen. Nachdem sich der Herr Bildungssenator im Rahmen der Haushaltsberatungen des letzten Jahres noch dafür ausgesprochen hat, lieber erst einmal die Bürgerweide pflastern zu lassen, als die Mittel für den Bau von Gymnasien einzusetzen

(Unruhe bei der SPD)

— wie aus dem Protokoll zu ersehen —,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wie im Protokoll, ich habe es hier!)

bildet die heutige Schwerpunktbildung einen echten Fortschritt im Sinne der Schulvorstellungen der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch werden die für das Schulwesen zur Verfügung stehenden Mittel trotz der Schwerpunktbildung zugunsten der Gymnasien und Sonderschulen nicht einmal für diese beiden Schulzweige ausreichen.

Beruhigend für die CDU-Fraktion ist die Zusage in der Regierungserklärung, daß den Schulen Bremens in den kommenden Jahren ihre innere Ruhe für eine erfolgreiche pädagogische Arbeit garantiert werden soll. Hier werden wir den Senat beim Wort nehmen. Für umfangreiche Experimente und Schulversuche, die den gesamten Unterrichtsbetrieb stören, ist nach Ansicht der CDU-Fraktion kein Raum, solange unsere Schulen aus den Nähten platzen und nur mit Hilfe von Schichtunterricht möglich gemacht werden kann, daß jeder bremische Schüler wenigstens ein Minimum an regelmäßigen Unterrichtsstunden erhält.

(Beifall bei der CDU)

Neben der so wichtigen politischen Bildungsarbeit in den Schulen läuft seit Jahren die Seminararbeit in Wollingst, die ihr bisheriger pädagogischer Leiter mit großem Geschick durchgeführt hat. Es handelt sich hier um ausgesuchte, politisch besonders interessierte Schüler und Schülerinnen unserer beiden Städte, die eine Woche lang gemeinsam mit von Tag zu Tag wechselnden Referenten aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien diskutieren. Die pädagogischen Vorteile einer solchen Bildungsarbeit, die sich aus dem gemeinsamen Heimaufenthalt ergeben, sind nicht von der Hand zu weisen. Die neu geplante bildungspolitische Erziehung im Haus der Bürgerschaft steht auf einem ganz anderen Sektor. Meine Fraktion ist der Ansicht, man sollte hier das eine tun und das andere nicht lassen.

Leider hat die Regierungserklärung auch über das so wichtige Gebiet der Erwachsenenbildung überhaupt keine Aussage gemacht. Dabei erfordert unsere heutige Leistungsgesellschaft mehr denn je die Einbeziehung aller Träger der Erwachsenenbildung in ein umfassendes Bildungssystem. Nur so wird man die über den schulischen Bereich hinaus unbedingt erforderlichen Bildungshilfen zur rechten Zeit geben können.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Frage der Errichtung einer Universität in Bremen ist in der Regierungserklärung viel zu sehr am Rande behandelt worden. Alle unsere in den vergangenen Monaten geführten Diskussionen über eine Patenschaft der Universität Göttingen beziehungsweise einen neuen Professorenausschuß zur Beratung des Bremer Senats sind unerwähnt geblieben. Dabei wäre es so wichtig gewesen, im Rahmen der Regierungserklärung zu hören, wie weit sich im Senat inzwischen für die eine oder andere Möglichkeit eine Mehrheit gefunden hat. Es ist doch wirklich keine Prestigefrage, ob sich in diesem Punkt die Ansicht des Herrn Bildungssenators oder die des Herrn Präsidenten des Senats beziehungsweise seines Vorgängers im Amt durchsetzen wird. Hier darf allein die Frage den Ausschlag geben, welcher Weg im Interesse unseres Landes einzuschlagen ist. Das sollten alle Beteiligten nicht nur begreifen, sondern sie sollten auch danach handeln.

Die CDU-Fraktion hat sich seinerzeit nach eingehenden Rücksprachen in Niedersachsen und in Bonn bereits vor der Wahl für eine Mitwirkung der Universität Göttingen ausgesprochen. Ich möchte diese Entscheidung heute nicht noch einmal begründen. Auf alle Fälle erwarten wir, daß der Senat nicht untätig bleibt, bis über die Mitwirkung der Länder beziehungsweise des Bundes in der Finanzierung der laufenden Kosten entschieden worden ist. Unabhängig davon sollten möglichst bald die Weichen in bezug auf die Universität Göttingen gestellt werden. Es könnte sonst sein, daß dort inzwischen die Bereitschaft zur Mitarbeit erloschen ist.

Können wir heute die Entscheidung über die Mitfinanzierung der laufenden Kosten durch andere nicht beeinflussen, so hat die CDU-Fraktion um so mehr eine Frage an den neuen Regierungschef zu stellen in bezug auf seine Ausführungen über die prozentuale Beteiligung Bremens an diesen laufenden Kosten.

Wie sind Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, eigentlich dazu gekommen, hier in aller Öffentlichkeit zu erklären, Bremen sei bereit und in der Lage — Sie sagten es in einem Nachsatz —, 50 Prozent der laufenden Kosten zu übernehmen? Haben Sie unser Land damit nicht in eine recht schwierige Situation gebracht? Alle Welt weiß, daß unsere finanzielle Lage heute erschwerter ist als vor Jahren. Dennoch überraschen Sie die anderen Länder durch diese Mitteilung mit der Feststellung, daß Bremen in der Lage ist, heute doppelt so viel zu zahlen wie in den vergangenen finanzstärkeren Jahren unter den Bürgermeistern Kaisen und Dehnkamp.

(Zurufe von der CDU: Gebührenerhöhung!)

Wie verträgt sich das miteinander? Müssen die Länder nicht langsam zweifeln an den Finanzaussagen Bremens? Müssen die Länder nicht hellhörig werden und schließen, daß wir ihnen in den vergangenen Jahren falsche Angaben über unsere finanziellen Möglichkeiten vorgegaukelt haben?

Ich wäre dankbar, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wenn Sie uns zu diesem Fragenkomplex nachher einige klärende Worte sagen würden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Die bekommen Sie ganz bestimmt!)

Sollte die Zusammenkunft der Herren Ministerpräsidenten auch im Frühjahr 1968 noch keine für Bremen tragbare Lösung über die Finanzierung der laufenden Kosten der Universität Bremen bringen, müßte die Frage einer alleinigen Mitwirkung des Bundes oder einer Direktbeteiligung der Nachbarländer Hamburg und Niedersachsen ernstlich erwogen werden. Aus Gesprächen mit den Vorsitzenden der CDU-Fraktionen beider Länder weiß ich, daß diese bereit wären, sich in ihren Parlamenten für eine finanzielle Beteiligung an den laufenden Kosten im Falle einer norddeutschen Universität in Bremen einzusetzen. Auf keinen Fall dürfen diese und ähnliche Fragen noch Jahre auf Eis gelegt werden.

(Glocke)

Präsident Engel: Darf ich darauf aufmerksam machen, daß die vereinbarte Redezeit für Sie abgelaufen ist!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Darf ich noch um einige Minuten bitten, Herr Präsident?

Präsident Engel: Dann muß ich das Haus fragen. Wenn ich von mir aus die Zustimmung geben würde, könnte ich bei den folgenden Rednern in die größten Schwierigkeiten kommen. Meine Damen und Herren, darf ich fragen!

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Einverstanden!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Danke schön! — Müssen wir jedoch zu der Überzeugung kommen, daß die gesamte Finanzierung der Universität in einem für Bremen tragbaren Rahmen nicht zu erreichen ist, sollten wir den Mut aufbringen, diesem liebgewordenen, aber nicht zu erreichenden Ziel endgültig Lebewohl zu sagen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ist ja ganz was Neues!)

Das wäre ein sehr harter Entschluß, aber ein harter Entschluß ist immer noch besser als gar kein Entschluß. Diese Realität sollte auch nach außen in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Bund und Länder müssen erkennen, welche Bürde sie auf sich nehmen, wenn sie sich durch Uneinsichtigkeit verführen lassen, dem Föderalismus auf dem Bildungssektor einen solchen Bärendienst zu erweisen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Nicht nur Bremen benötigt eine Hochschule in seinen Mauern, sondern die Bundesrepublik benötigt eine weitere Hochschule im norddeutschen Raum, nämlich in Bremen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Boljahn [SPD]: Das ist ja ganz was Neues!)

Auch das muß einmal in aller Klarheit gesagt werden. Es geht nicht an, daß nach achtjähriger Vorbereitungszeit ein Ministerialdirektor im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung noch heute der Überzeugung ist, die Universität Bremen stehe ja nur auf dem Papier — so geschehen in der letzten Woche.

(Abg. Boljahn [SPD]: Der ist doch nicht von der CDU?)

Danach frage ich nicht, Herr Boljahn. Hier heißt es für diesen Senat, mit sehr viel Geschick vorzugehen, falls das seit acht Jahren von Bremen getragene Kind Universität im neunten Jahr endlich ausgetragen werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich komme zum Schluß. Die abgegebene Regierungserklärung enthält eine Vielzahl von Absichten des Senats, deren Verwirklichung auch wir für wünschenswert halten. Leider aber fehlen in den meisten Fällen konkrete Angaben oder auch nur Hinweise darüber, wie sich der Senat die Realisierung der nach allen Seiten hin gegebenen Versprechen denkt. Viele Fragen sind offen geblieben. Einen Teil dieser Fragen habe ich in meiner Antwort direkt gestellt. Wir hoffen, daß die Vertreter des Senats bereit und in der Lage sein werden, heute nachmittag auf unsere klaren Fragen ebenso klare Antworten zu geben.

Zu Beginn der Regierungserklärung hat Herr Bürgermeister Koschnick im Rahmen seiner Bitte um Vertrauen, insbesondere auch um das Vertrauen der Opposition gebeten. Der Senat, den der neue Regierungschef vertritt, ist bis auf den Austausch Dehnkamp/Löbert der alte, der in den vergangenen Jahren, gestützt auf die absolute Mehrheit der SPD, eine Politik betrieben hat, die wir als CDU-Fraktion vielfach bekämpfen mußten, eine Politik, der auch von einem großen Teil der Bremer Bürger am 1. Oktober eine klare Absage erteilt worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Wenn dieser neue Senat für einen neuen politischen Stil in unserem Lande sorgt, wenn er sich mit Erfolg bemüht, alle Entscheidungen frei von parteipolitischen Erwägungen zu fällen, auch auf dem Sektor der Universität, wenn dieser neue Senat in seinem Handeln beweist, daß er die Opposition wirklich als lebenswichtiges Glied im demokratischen Staatswesen anerkennt und ihre Stellungnahmen entsprechend wertet, wenn die Partei, die den Regierungschef stellt, alle erforderlichen Konsequenzen aus der Wahlniederlage zieht und sich weit mehr als bisher zu einer nur sachgebundenen Politik aufschwingt, dann, meine Damen und Herren des Senats, darf dieser neue Senat der kritischen und tatkräftigen Mithilfe der CDU-Fraktion zum Wohle unseres Landes und unserer Stadt sicher sein. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat nun der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Erwiderung der am 28. November dieses Jahres von Herrn Bürgermeister Koschnik im Namen des Senats abgegebenen Regierungserklärung hat die Fraktion der Nationaldemokratischen Partei wie folgt zu erklären: Die Neuwahl der Bürgerschaft und der hierdurch bedingte neue Senat schließt ein Kapitel bremischer Geschichte ab. Die Regierungserklärung des neuen Senats bildet somit das Vorwort eines neuen Kapitels, das die Tätigkeit der kommenden vier Jahre für Senat und Bürgerschaft beinhaltet. Wenn somit die Regierungserklärung auch fast ausschließlich in die Zukunft weist, so meint die NPD-Fraktion doch, daß die künftige Regierungsarbeit mit Hypotheken der Vergangenheit belastet ist, auf welche einzugehen hier nicht ganz verzichtet werden kann. Der Hinweis auf diese rundet nicht nur das Bild ab, sondern gibt auch der Öffentlichkeit darüber eine Erklärung, warum die NPD-Fraktion als Opposition mit erheblichen Vorbehalten die Regierungserklärung aufgenommen hat.

Die NPD-Fraktion nahm aus der Regierungserklärung zur Kenntnis, daß der Herr Präsident des Senats auf die Unterstützung dieses Hohen Hauses, und zwar gleichermaßen der Koalitionsfraktionen wie auch der Oppositionsfraktionen, hofft und auf die bewährte Zusammenarbeit in den jeweiligen Deputationen vertraut. Die NPD-Fraktion ist zu dieser Zusammenarbeit bereit und nimmt demzufolge an, daß die Ansicht des Herrn Bürgermeisters auch die der Koalitions-Parteien ist.

Soweit die Planung der Regierung wahrhaft der Sicherung der Zukunft unseres Landes dient, stimmt die NPD-Fraktion ihr vollinhaltlich zu. Dies schließt nicht aus, daß sie jedoch in manchen Teilen der Ergänzung und der Kritik bedarf. Wir melden auch hier erhebliche Zweifel an, ob diese Regierungsplanungen im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung unserer Haushalte durchführbar und deshalb real sind.

Wir glauben, daß es keineswegs gut ist, wenn der Chef der bremischen Regierung in seiner Erklärung die „Ära Erhard" zitiert und darauf hinweist, daß man durch die Haushaltssicherungsgesetze das hätte zurückfordern müssen, was vorher versprochen wurde. Dieser Hinweis ist unseres Erachtens dann fehl am Platze, wenn man zugeben muß, daß der Haushalt 1967 tatsächlich ein solcher wurde, den mein Freund Dr. Bunge bei den Haushaltsberatungen vor einem Jahr schlicht als einen „Mogelhaushalt" bezeichnete, der auf das Wahljahr 1967 abgestellt war und jede reale Grundlage hinsichtlich der Steuervoranschläge vermissen ließ.

Um die Deckung dieses Haushalts augenscheinlich werden zu lassen, wurden die Steuervoranschläge weit überhöht angenommen, und ich zweifle nicht daran, daß weder der Herr Finanzsenator noch die Koalitionsparteien so unrealistisch beim Ansatz dieser Einnahmewerte im Haushalt waren, daß sie in ihr Kalkül nicht die regulierende Hand der Finanzdeputation von vornherein einbezogen hätten, die dann auch entsprechend verfuhr und die Freigaben nach dem Deckungsgrundsatz vornahm. So wurde ein Defizit im bremischen Haushalt für das Jahr 1967 vermieden, das in die ---zig Millionen gegangen wäre.

(Abg. Schubert [FDP]: Das war doch gut so!)

Es zeigte aber auf, wie unser Parlament sich durch seine eigene Institution, nämlich die Finanzdeputation, selbst entmachten ließ, und wie andererseits die parlamentarische Arbeit im Wahljahr auf Außenwirkung abgestellt war.

Das wird besonders deutlich durch die Tatsache, daß man bewußt die Usance außer acht ließ, den vierteljährlichen Bericht über die Haushaltslage per 30. 6. dieses Jahres, der sonst innerhalb weniger Wochen den Abgeordneten zur Verfügung stand, jetzt erst nach erfolgter Neuwahl der Bürgerschaft, das heißt über vier Monate später, an die Abgeordneten herausgab. Sehr begreiflich, meine Damen und Herren, daß dieser Bericht der damaligen, das heißt auch der heutigen — ziemlich gleichen — Regierung, äußerst unangenehm war, zeigte sich doch durch diesen die ganze Wahrheit der Prognose der Opposition, nämlich, daß die Haushaltsrechnung für 1967 bar jeder Realität aufgesetzt war.

Dabei ist ein Weg beschritten worden, der in der Nachkriegsgeschichte Bremens als Vorplanung einmalig war und eine Tendenz aufzeigte, die wir Kaufleute ganz schlicht mit dem Wort zu kennzeichnen pflegen, „sich selbst in die Tasche zu lügen". Und weil diese Tatsache sich ergab, und der alte Senat bis auf eine Persönlichkeit auch der neue ist, deshalb ist meine Fraktion außerordentlich skeptisch, ob nicht auch im Hinblick auf die Programmierung der Absichten der Regierung für die kommenden vier Jahre bereits „Breitenarbeit für das Wahljahr 1969" gemacht und vorbereitet wird, die auch bar der Realität ist und die Öffentlichkeit nur mit Wunschträumen der Koalition und ihrer Senatsvertreter bekannt macht, von denen sie aber bereits heute überzeugt ist, daß diese nicht realisierbar sind.

Lassen Sie mich bitte jetzt auf die eigentliche Regierungserklärung eingehen: An den Anfang stellte der Herr Präsident des Senats die These, daß alle Gegenwarts- und Zukunftsfragen für Bremen nur angepackt und vollendet werden könnten, wenn Bremens Stellung als selbständiger Zwei-Städte-Staat erhalten bliebe. Herr Bürgermeister Koschnik fuhr dann wörtlich fort:

„Die Sicherung bremischer Freiheit und Unabhängigkeit ist deshalb vornehmstes Ziel jeglicher bremischer Politik." Und: „Nur solange Bremen aus eigener Kraft in der Lage ist, seine, die Eigenstaat-

lichkeit begründeten Aufgaben wahrzunehmen, sind Unabhängigkeit und Freiheit gesichert."

Es gibt, so meint die NPD-Fraktion, hauptsächlich zwei große Aufgabengebiete bremischer Regierungs- und Parlaments-Politik, nämlich die Sicherung dieser Eigenstaatlichkeit Bremens, unter die alle Planungen in wirtschaftlicher, verkehrstechnischer und finanzpolitischer Beziehung fallen, und die Sorge um den Menschen, den Bürger unserer Stadt und unseres Landes, das heißt diesem die Sorge um seine Existenz in der Gegenwart und der Zukunft zu nehmen und sein Leben selber nicht nur erträglich, sondern auch lebenswert zu gestalten. Unter diesen Aspekten wird jeder Abgeordnete der NPD-Fraktion seine Oppositionsarbeit der Zukunft sehen.

Mit Befriedigung hat die Opposition zur Kenntnis genommen, daß die Regierung die von jeder Opposition geforderte Sparsamkeit betreiben will. Es ist nicht der Sinn einer Regierungserklärung und ihrer Erwiderung, über diese Einsparungsmöglichkeiten, die den erstaunlich hohen Betrag von 110 Millionen DM in vier Jahren erreichen sollen, jetzt ins Detail zu gehen. Die Haushaltsberatungen Anfang kommenden Jahres werden die Vorstellungen der Regierung und der Opposition in dieser Hinsicht herauskristallisieren.

Es sei hier nur für die Arbeit der NPD-Fraktion schon vermerkt, daß wir jede echte Einsparungsmöglichkeit, die nicht das persönliche Schicksal unserer Mitbürger entscheidend trifft, begrüßen und gutheißen werden.

Um einem trotzdem drohenden Defizit kommender bremischer Haushalte zu begegnen, glaubt die neue Regierung, unserer Bevölkerung Steuer- und Gebührenerhöhungen zumuten zu müssen, die einen Betrag von rund 40 Millionen DM als Mehreinnahmen einbringen sollen, das heißt 10 Millionen DM pro Jahr. Ich erspare mir den Hinweis auf Ausgaben der Vergangenheit, wo 10 Millionen DM mit relativ leichter Hand von diesem Hohen Hause für Ausgaben bewilligt wurden, die keineswegs lebenserhaltend für unsere Stadt waren.

Herr Bürgermeister Koschnik hat festgestellt, daß es die Redlichkeit gebiete, den Bürgern die ganze Wahrheit zu sagen, auch wenn sie unpopulär sei.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Wenn das nur rechtzeitig gesagt worden wäre! — Abg. Fichtner [NPD]: Sehr richtig!)

Wir hätten es begrüßt, wenn dem Bürger die ganze Wahrheit vor der Wahl gesagt worden wäre; zu diesem Zeitpunkt allerdings — genau gesagt, am 18. August dieses Jahres in der Bremer Stadthalle — vernahm man aus dem Munde des Parteivorsitzenden der SPD, und zwar mit dem Blick auf die Bundespolitik, „die Leidtragenden einer falschen Politik seien immer die Menschen — das arbeitsame Volk —, als dessen treue Sachverwalter sich die Sozialdemokraten fühlten".

Nach der Wahl sind Sie, meine Damen und Herren, die treuen Sachverwalter, dabei, mit Steuererhöhungen, mit Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr und der Müllabfuhrgebühr dies arbeitsame Volk in Bremen zur Kasse zu bitten!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der NPD)

Ich stelle nochmals fest: Um einem Defizit in den kommenden Jahren zu begegnen, sah sich die Regierung also veranlaßt, neue Einnahmequellen durch Steuererhöhungen zu erschließen, die pro Jahr 10 Millionen DM erbringen werden oder sollen, und die zum großen Teil vom kleinen Hausbesitzer und durch Weitergabe an die Mieter von diesen aufgebracht werden müssen.

Es sei mir die Frage erlaubt, wie sich dann die Regierung die Deckung künftiger Haushalte ohne Gefährdung der Selbständigkeit Bremens denkt, wenn die Unterhaltskosten einer gewünschten Universität auf uns eines Tages zukommen, die nach der Vorstellung der Länder einen Anteil Bremens von über 30 Millionen DM pro Jahr ausmachen. Die NPD-Fraktion sieht dem „Abenteuer" der bremischen Universität mit allergrößter Sorge und Skepsis entgegen, das geeignet ist, alle Voraussetzungen für die Erhaltung der Selbständigkeit unseres Stadtstaates im Hinblick auf kommende Generationen zu nehmen. Die NPD-Fraktion will in dieser Beziehung richtig verstanden werden: Sie hält nach wie vor den Standort Bremen für eine norddeutsche Universität für gegeben. Die Schaffung einer solchen ist im Hinblick auf die Notwendigkeit weiterer Hochschulbauten im Bundesgebiet aber eine nationale Aufgabe.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sehr richtig!)

Herr Bürgermeister Koschnik hat erklärt, daß der Kulturföderalismus vor seiner ersten großen Belastungsprobe steht. Wir sind der Auffassung, daß es sich nicht hier um eine Belastungsprobe handelt, sondern daß im letzten Drittel unseres Jahrhunderts die Grenzen des Kulturföderalismus durchbrochen werden müssen.

(Beifall bei der NPD)

Wir befinden uns mit dieser Forderung in bester Gesellschaft, denn das im Auftrag der Bundesregierung erstellte „Troeger Gutachten" fordert ausdrücklich, den Neu- und Ausbau wissenschaftlicher Hochschulen zu einer Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder auch verfassungsrechtlich zu erheben.

Mit Recht hat der Herr Bürgermeister herausgestellt, daß die nationale Aufgabe unseres Stadtstaates dadurch geprägt wird, nationaler Hafen- und Handelsplatz zu sein. Bremen dient heute der Bundesrepublik, später einem wiedervereinten Deutschland, indem es aus eigener Kraft — neben Hamburg — die Welthandelsaufgaben durch Ausbau seiner

Häfen und Verkehrsverbindungen, soweit diese in die Kompetenzen unseres Landes fallen, zu übernehmen bereit ist. Hiervon leben aber auch die Bürger unseres Landes. Die Meisterung beider nationaler Aufgaben, nämlich den Ausbau und den Erhalt unserer Häfen und Verkehrseinrichtungen und die Unterhaltung einer Universität im bislang gedachten Umfang, müssen die bremische Finanzkraft übersteigen.

Als im vergangenem Jahr die DP-Gruppe versuchte, im Hohen Hause dem Universitätsgesetz eine Präambel vorzuschalten, die sinngemäß ihre Bedenken wegen einer möglichen Überforderung bremischen Steueraufkommens beinhaltete, scheiterte sie damals an dem Widerstand der größten Partei dieses Hauses. Wir unterstellen keineswegs, daß diese Partei nicht auch diese Bedenken hatte, sie wollte aber aus optischen Gründen dieses in diesem Gesetz nicht zum Ausdruck gebracht sehen. Die Regierungserklärung deutet bereits an, daß wir in der Angelegenheit der Bremer Universität alsbald vor eine völlig neue Lage gestellt sein könnten, über die Bürgerschaft und Senat dann neu beraten würden.

Die NPD begrüßt deshalb in diesem Zusammenhang die Initiative des Herrn Präsidenten der Bürgerschaft hinsichtlich der Möglichkeit, auch im Lande Bremen Volksentscheide durchführen zu können. Die NPD meint, daß gegebenenfalls die Gründung einer Universität und die Übernahme ihrer Kosten so entscheidend für die Zukunft Bremens sind, daß die Befragung der Bevölkerung notwendig würde. Wir meinen, daß 100 Abgeordnete einfach überfordert sind, eine schließliche Entscheidung zu treffen, die sich so tiefgreifend für die Zukunft Bremens auswirken könnte.

In der Regierungserklärung wird unser Verhältnis zu Niedersachsen angesprochen und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der Planung für den Unterweserraum im Interesse beider Länder herausgestellt. Die NPD meint, daß diese Zusammenarbeit der Sicherung Bremens, aber im gleichen Umfange Niedersachsens auch im Hinblick auf kommende Generationen dient. Es ist die Frage, ob die Wahrnehmung gegenseitiger Interessen allein der Exekutive überlassen werden soll. Es sei dahingestellt, ob es nicht sinnvoller ist, auf Parlamentsebene beider Landtage einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuß zu bilden, der diese gemeinsamen Fragen vorbehandelt.

Ohne damit der Exekutive zu nahe treten zu wollen, meinen wir, daß sich diese leicht bei der Lösung von Problemen an Paragraphen und Bestimmungen festbeißt. Parlamentarier haben die Eigenschaft — oder sollten sie zumindest haben —, nach praktischen Lösungen vorerst zu suchen, um dann die gesetzlichen Schwierigkeiten auszuräumen, während die Exekutive leicht geneigt ist, erst die Hindernisse zu sehen, und diese als so gravierend zu betrachten, daß man an die praktische Ausräumung überhaupt nicht mehr herangeht.

Ich wende mich jetzt dem Sektor „Wirtschaftspolitik" zu und habe dann bedeutende Vorbehalte, wenn man — wie so oft zuvor — hier den „Stein der Weisen" in Industrie-Ansiedlungen zu erblicken glaubt, die die Steuerkraft Bremens erhöhen und die Sicherung der Arbeitsplätze erbringen sollen. Sicherlich, auch wir werden jede Industrie-Ansiedlung im Bremer Gebiet nicht nur begrüßen, sondern auch unterstützen. Sicherlich sollen wir zu diesem Zweck bebaubares Industriegelände in genügendem Umfang in Vorrat halten. Aber wenn wir uns vor Augen halten, daß Nordrhein-Westfalen aufgrund der Struktur-Wandlungen, hervorgerufen durch die Zechen-Situation, auf Neuansiedlung von Industrien förmlich angewiesen ist, wenn ich die Bemühungen Niedersachsens seit Jahren durch großzügige Erschließungsmaßnahmen zum Zwecke der Ansiedlung von Industrien sehe, und wenn ich den Ruf des neuen Bürgermeisters von Berlin nach Industrie-Ansiedlungen höre, dann erscheint es mir doch illusionär, trotz unserer geographischen Lage daran zu glauben, daß auf diesem Wege etwas Entscheidendes für Bremen dabei herauskommen wird.

(Lachen bei der SPD)

Die Wiederaufbaujahre sind vorbei, und ich glaube nicht, daß der Schock, den die deutsche Wirtschaft im Jahre 1966 und 1967 erlebte und der noch keineswegs — trotz der von Herrn Schiller gesichteten „Silberstreifen am Horizont" — überwunden ist, der Verlagerung von Betrieben in den Bremer Raum geradezu dienlich war. Umsomehr sollten wir in Bremen darauf bedacht sein, die ansässige Industrie zu pflegen und diese von eventuellen Abwanderungsabsichten abzuhalten und solchen, die aufgrund der Verhältnisse unverschuldet in Schwierigkeiten kommen, entsprechende Hilfe zu geben.

In der Regierungserklärung wird auf die Lage der Werften in Bremen verwiesen. Es ist bekannt, daß diese unter den Wettbewerbsverzerrungen leiden, die durch die Finanzierungsbeihilfen anderer Schiffbau-Nationen an ihre Werften entstanden sind. Gewiß, auch in der Bundesrepublik wird durch Ausgleichsbeihilfen und Kredite aus dem ERP-Fonds den Werften Hilfestellung gegen diese Konkurrenz gegeben. Diese kommen aber wohl in erster Linie den Großwerften zugute. Wir wissen aber, daß wir in Bremen auch Werften kleineren oder mittleren Umfangs haben. Bei diesen wirken sich die Finanzierungsschwierigkeiten in ihrem Auslandsgeschäft besonders nachteilig aus, so daß sich die Werften buchstäblich von einem Auftrag in den nächsten hinüberretten, womit gesagt sein soll, daß diese infolge der Schwierigkeiten nur ein Auftragspolster von einigen Monaten besitzen.

Ich erwähne dies nur deshalb, weil wir wohl mit Befriedigung aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters entnahmen, daß trotz der angespannten Finanzlage der Freien Hansestadt Bremen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden sollen, um

durch Verbilligung von Investitionskrediten den Werften zu helfen. Noch wichtiger erscheint uns, daß schnellstens das Werfthilfeabkommen zwischen Bund und Küstenländern erneuert wird, um der exportierenden Schiffsindustrie die Möglichkeit gleicher Finanzierungen der Neubauten in ihren Angeboten zu geben, wie sie von ausländischen Werften geboten werden.

Bittere Erfahrungen haben gelehrt, daß jahrelange Kontakte von Werften zu ausländischen Reedereien abrupt abbrachen und nur sehr schwer wiederherzustellen waren, wenn die betreffende Reederei sich aus irgendeinem Grund veranlaßt sah, einen Neu- oder größeren Umbau-Auftrag bei einer anderen Werft zu placieren. Die NPD-Fraktion will damit sagen, daß keine Zeit verlorengehen darf, dieses neuerliche Werfthilfeprogramm durchzubringen, damit nicht schwerwiegende Folgen für unsere Werftindustrie eintreten, an denen wir dann in kommenden Jahren im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und auf das Steueraufkommen kranken werden.

Nur am Rande wird in der Regierungserklärung die Förderung des Mittelstandes erwähnt, ein Kapitel, das vor den Wahlen immer recht breiten Raum in den Programmen zumindest der Parteien einnimmt, um dann wieder in der Versenkung bis zur Neuauflage von Wahlprogrammen zu verschwinden.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sehr richtig!)

Wir haben in Bremen eine Reihe von Kammern, von denen einige, wie die Industrie- und Handelskammer und die Arbeiterkammer recht aktives Leben zeigen. Letztere bringt in ihrer Schriftenreihe Untersuchungen, die nicht nur aktuell und wertvoll, sondern auch für uns Abgeordnete aufschlußreich sind. Andere Kammern, zu denen ich die Wirtschaftskammer zähle, führen ein Leben im Verborgenen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ruhe sanft!)

Es wäre sicherlich gut, wenn diese Kammer sich gutachtlich darüber äußern würde, wie dem Mittelstand eine wirksame Förderung zuteil werden kann. Wir haben jedenfalls ein ausgesprochen ungutes Gefühl, wenn wir an den Mittelstand — in erster Linie Einzelhandel und Handwerkerschaft — denken, der sich in einem verzweifelten Existenzkampf gegenüber den Großbetrieben befindet.

Die wirkliche Mittelstandsfreundlichkeit wird sich fraglos auch bei den Haushaltsberatungen erweisen, bei denen Anträge eingebracht werden, die der Förderung des Mittelstandes dienen sollen.

Am Eingang der Erklärung meiner Fraktion haben wir schon sehr eindeutig darauf hingewiesen, daß wir die Zukunft unseres Landes eng mit dem Ausbau unserer Häfen und der Verkehrswege verknüpft sehen. Die Versicherung des Senats, daß der Hafenausbau, insbesondere in Bremerhaven, sowie des Flughafens einer der Schwerpunkte der zukünftigen Regierungsarbeit sein wird, haben wir zur Kenntnis genommen. Wir sehen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die durch die Kriegsauswirkungen für Bremen in geographischer Beziehung entstanden sind. Wir sehen mit Sorge die Grenze der Vertiefungsmöglichkeiten von Weser und Unterweser, die daraus resultierende drohende Ausschaltung unserer Häfen im Großschiffsverkehr und die EWG-Auswirkungen. Es ist nicht unbillig, heute darauf hinzuweisen, daß bereits vor acht Jahren Oppositionsstimmen laut wurden, die im Hinblick auf die ständig wachsenden Schiffsgefäße den Schwerpunkt unserer Hafenausbauten nach Bremerhaven verlegen wollten.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ja, so ist es!)

Die zwischenzeitlich eingetretene Situation könnte diesen Opponenten recht geben. Hier wächst die große Aufgabe — auch in nationaler Sicht — für unsere Stadt heran, die über die Konkurrenzfähigkeit und Weltgeltung im Handel und damit auch die Selbständigkeit Bremens entscheidet.

Wenn jetzt der Herr Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr mit Planungen und Anregungen an die Öffentlichkeit tritt, die eine Interessenverflechtung mit unserer Schwesterstadt Hamburg hinsichtlich zukünftiger gemeinsamer Vorhaben vorsieht, dann begrüßt die NPD-Fraktion diesen Mut zum Umdenken. In der Geschichte Hamburgs und Bremens bestand wohl stets das Gefühl einer Verbundenheit, das aber naturgemäß durch die gegenseitige Konkurrenz überschattet wurde. Wenn jetzt durch die gemeinsame Situation gegenüber Rotterdam und Antwerpen nunmehr auch eine Gemeinschaft in Planung und Schaffen hergestellt werden sollte, dann mag sich hierdurch noch einmal hanseatischer Geist und Wagemut zeigen und bewähren.

In der Sorge um den „Menschen der Gegenwart" hat die Regierung allgemeine Zusicherungen gegeben. Auch hier wird die Haushaltsdebatte zeigen, inwieweit die Versprechungen für die älteren Mitbürger nur ein Lippenbekenntnis waren. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß in der Vergangenheit in dieser Beziehung nichts getan wurde.

Die NPD-Fraktion möchte es sich aber nicht versagen, auf einige Probleme dieser Alterssicherung einzugehen, die uns am Herzen liegen. Wir Älteren, die wir in unserer Jugend die große Arbeitslosigkeit erleben mußten, können uns noch sehr genau erinnern, mit welcher Sorge die älteren Mitarbeiter in den Betrieben den Kündigungsterminen entgegensahen. Für sie bedeutete eine Kündigung nicht eine vorübergehende Arbeitslosigkeit, sondern die praktische Unmöglichkeit, jemals wieder in eine gleichdotierte Stellung zu kommen, die sie sich in ihrem bisherigen Betrieb durch Treue und Zuverlässigkeit erworben hatten. Eine solche Kündigung bedeutete auch sehr häufig eine jahrelange Arbeitslosigkeit, die dann durch Frühverrentung mit einem praktischen Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß endete.

Ich habe diese Angst der älteren Mitarbeiter in diesem Jahr mit Erschütterung wieder erlebt, die aufgrund der Konjunkturabschwächungen wieder um ihren Arbeitsplatz zitterten. Gewiß hat das Arbeitsrecht Schutzmaßnahmen für diese älteren Mitarbeiter eingebaut. Sie reichen aber nicht aus, um diesem Personenkreis die Angst endgültig zu nehmen. Warum, so frage ich mich, sollte eine Bürgerschaft nicht in diesen Fragen auch initiativ werden können? Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß eine Absicherung dieser älteren Mitarbeiter ähnlich wie im Gesetz zur Beschäftigung von Körperbeschädigten erfolgen könnte.

Was uns hinsichtlich der Sorge um unsere „Alten" beunruhigt, ist das Aufleben der sogenannten privaten Altersheime. Keinenfalls will ich generell gegen diese etwas sagen und behaupten. Wir wehren uns aber dagegen, daß mit unseren alten und zum Teil schutzlosen Mitbürgern Geschäfte gemacht werden sollen und die Frage des Verdienstes über die sachliche und pflegerische Leistung gestellt wird. Uns sind auch Fälle bekannt geworden, wo solche Altersheime von Personen geleitet werden, die keineswegs die entsprechende Vorbildung hierfür besitzen. Die NPD wäre dem Senat dankbar, wenn hier Aufschluß gegeben würde, welche Möglichkeiten der öffentlichen Hand überhaupt gegeben sind, kontrollierend auf die privaten Altersheime Einfluß zu nehmen. Wir meinen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Gedanke, daß mit alten Menschen gute Geschäfte gemacht werden sollen, einfach unerträglich ist.

Im Krankenhauswesen ist in den letzten Jahren vieles getan worden. Die Zusage der Regierung, daß in den nächsten vier Jahren weitere 40 Millionen DM und mehr für Baumaßnahmen vorgesehen sind, wirkt beruhigend. Der Herr Senator für das Gesundheitswesen sollte aber gebeten sein, hier einen Bericht über das Pflegepersonal unserer Krankenhäuser abzugeben.

Die Illustrierten behandeln mit Vorliebe in den letzten Monaten neben der NPD die sogenannten Krankenhauszustände zum Schaden des Ansehens der Krankenhäuser allgemein, zur Beunruhigung der Kranken, die sich in diese begeben müssen. Wir nehmen nicht an, daß solche Zustände, wie geschildert, auch in bremischen Krankenhäusern herrschen. Einer Oppositionspartei wird aber aus der Bevölkerung manches gesagt und geschildert, was auf seine Berechtigung nur schwer nachprüfbar ist. Wir sind als Opposition gehalten, solche angeblichen Mißstände anzusprechen und abzuklären. Da uns bislang die Möglichkeit nicht gegeben ist, uns diese Fragen in den Deputationen beantworten zu lassen, sieht sich die NPD-Fraktion aus ihrer Oppositionsstellung heraus genötigt, solche Fragen hier direkt im Plenum zu stellen. Ob das immer gut ist, sei dahingestellt.

(Abg. Boljahn [SPD]: Doch, doch!)

Wir möchten also den Herrn Senator für das Gesundheitswesen konkret fragen, ob auch hier in Bremen, einem „on dit" zufolge, in einigen Krankenhäusern kaum noch deutsche Assistentenärzte tätig sind, sondern zum überwiedenden Teil ausländische, die die deutsche Sprache nur höchst ungenügend beherrschen;

zweitens, ob die Neubesetzung des Krankenhauses links der Weser dazu geführt hat, daß eine erhebliche Fluktuation des Pflegepersonals aus den bisherigen Krankenhäusern zu diesem zu erwarten ist, und daß mit erheblichen Schwierigkeiten in pflegerischer Beziehung bei unseren bisherigen Krankenhäusern zu rechnen ist;

drittens, ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, daß das Krankenhaus links der Weser bauliche Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Fundamentierung aufweist, die die Eröffnung des Hauses verzögern werden und die Neuinvestierung erheblicher Mittel notwendig machen werden.

Wir hatten die Freude, bei der Senatswahl einen neuen Innensenator zu seiner Wahl beglückwünschen zu dürfen, dem der Ruf vorausgeht, ein ausgesprochener Anhänger der „volksnahen Verwaltung" zu sein. Wir wissen, daß das vor fast genau 21 Jahren beschlossene Ortsamtsgesetz seinerzeit von dem in der Ausarbeitung besonders eingesetzten Abgeordneten Johannes Kühne von der CDU mit dem Hinweis zur Annahme empfohlen wurde, daß noch manche Unebenheit in diesem Gesetz vorhanden wäre. Man solle aber erst einmal eine Arbeitsgrundlage schaffen, aus der sich dann die Abänderungswünsche und Möglichkeiten aus der praktischen Arbeit ergeben würden.

Seit Jahren wird aus der Öffentlichkeit, besonders aus den Reihen der Bürgervereine die Revision des Ortsamtsgesetzes gefordert, ohne daß diesem Wunsche bisher grundlegend Rechnung getragen wurde. Zugegeben, die Wünsche nach eigener Beschlußfassung über Ortsamtsfragen durch die Beiräte ist aus haushaltstechnischen Gründen kaum durchführbar, und auch zugegeben, daß kaum eine Deputation eine Vorlage passieren läßt, die ein Ortsamt speziell betrifft, zu welcher nicht der betreffende Beirat konsultiert wurde. Wir wissen aber auch, daß die aufgeworfene Frage, nach dänischem Muster einen „Bürgerbeauftragten" zu berufen, der Mittelsmann zwischen der Bevölkerung und dem Senat ist, ganz erhebliche Resonanz in der Bevölkerung gefunden hat. Auch die immer wieder erhobene Forderung, die Direktwahl von Beiräten zu ermöglichen, sollte auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden.

Die NPD-Fraktion meint, daß die Bürgerschaft und der Senat sich des Instrumentariums der Beiräte mehr bedienen sollten, um auch solche Fragen wie zum Beispiel die der Kleingarten-Gebiete, Verkehrsprobleme innerhalb der Ortsämter, Prüfung von Wünschen aus der Bevölkerung aller Art im Hinblick auf ihre Berechtigung und Durchführbarkeit, Beschwerden und so weiter im vorparlamentari-

schen Raum zu behandeln. Dadurch würde die Arbeit der Beiräte befruchtet und diesen auch eine größere Bedeutung innerhalb ihres Ortsgebietes gegeben. Wir würden es auch begrüßen, wenn dem Gedanken eines Bürgerbeauftragten entsprochen würde, der — außerhalb der Exekutive stehend — mit beratender Stimme an bestimmten Senatssitzungen teilnehmen könnte, um dort die an ihn herangetretenen Wünsche — unmittelbar aus den Ortsämtern und aus der Bevölkerung kommend — zu vertreten. Ich glaube, daß hierdurch dem Gedanken der „volksnahen Verwaltung" mehr Inhalt gegeben würde.

Wenn ich das Wort „Kleingärten" hier aussprach, dann sollte die Regierung sich auch dieser Frage baldmöglichst endgültig annehmen. Wir wissen doch, daß es noch Parzellengebiete gibt, über die das Damoklesschwert der Bebauung schwebt; andererseits sind im Flächennutzungsplan eine Reihe von geplanten Dauer-Kleingarten-Gebieten ausgewiesen. Um all diesen Menschen, die zum großen Teil mit leidenschaftlicher Liebe an einem Fleckchen Erde hängen, die Sorge zu nehmen, wäre die Lösung auch dieser Frage mehr als wünschenswert.

Als letztes möchte ich das Bildungswesen in Bremen generell angesprochen haben. Es vergeht wohl kaum ein Tag, an dem nicht von Modernisierung und Demokratisierung des Schulwesens, von Abänderung von Lehrplänen, von Vorschlägen aus der Lehrerschaft und aus Schüler- und Elternschaft gesprochen und geschrieben wird. Mit Interesse hörte die NPD-Fraktion, daß im Zuge dieser Neuordnung auch zukünftig Schüler als Sachverständige in der Schuldeputation anwesend sein und zu Worte kommen sollen. Die NPD-Abgeordneten werden sich freuen, gegebenenfalls über ihre Kinder nunmehr an den Beratungen in der Schuldeputation teilnehmen zu können, da ihnen selbst diese Mitarbeit bislang verwehrt wurde.

(Heiterkeit — Beifall bei der NPD — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sie irren!)

Dies aber nur als Randbemerkung.

Die NPD-Fraktion möchte hinsichtlich des Bildungswesens hier vor dem Plenum eine grundsätzliche Debatte durchgeführt sehen, in welcher nicht nur Abgeordnete, sondern auch Sachverständige außerhalb der Fraktionen das Wort ergreifen können. Die herrschende Unruhe im Bildungswesen muß, so meinen wir, durch ganz eindeutige Beschlüsse im Interesse der Schule und der Lehrerschaft behoben werden.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Noch eine Patentlösung!)

Hierüber heute aber zu debattieren, ist wohl kaum Sinn einer Regierungserklärung und ihrer Erwiderung. Wir würden es aber begrüßen, wenn unserem Vorschlag nach Führung einer Generaldebatte über Bildungsfragen entsprochen werden könnte und würden uns freuen, wenn der Herr Präsident eine entsprechende Initiative ergreifen würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierungserklärung ist eine Zusammenfassung aller Wünsche, die die Parteien während des Wahlkampfes zu ihrem Wahlprogramm machten. Je höher sich die Regierung ihr Ziel steckt, desto größer ist auch ihre Verpflichtung, diesem Ziel während ihrer Regierungszeit näher zu kommen.

Nach der Vereidigung des Senats auch auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hätten wir neben der Erwähnung der Bedeutung der europäischen Einheit gern ein Wort zum höchsten Verfassungsauftrag, den das Grundgesetz kennt, nämlich die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit, gehört.

(Beifall bei der NPD)

In dieser Zielsetzung gibt es keine Unterschiede zwischen Koalition und Opposition. Unterschiedliche Auffassungen gibt es über den Weg zu diesem Ziel. Jeder Abgeordnete dieses Hohen Hauses, ob der Koalition oder der Opposition angehörend, ist sich der Verantwortung bewußt, die er durch Annahme seines Mandats auf sich nahm. Mögen politische Meinungsverschiedenheiten uns in vielem trennen, im Ziel sind wir uns alle einig: unserem Lande Bremen und dem ganzen deutschen Volk zu dienen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der neu gewählte Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick, hat am Beginn seiner Regierungserklärung von der Kontinuität in der Senatsarbeit gesprochen, die schon dadurch gegeben sei, daß wiederum ein Senat aus SPD und FDP gebildet wurde. Wir können dieser Feststellung zustimmen.

Zwei bemerkenswerte Änderungen gibt es jedoch: Die eine: der vormalige Innensenator ist aufgerückt zum Präsidenten des Senats, der Senatsdirektor des Innern zum Senator für Inneres. Das Ressort Inneres scheint es in sich zu haben. Beiden Herren Glück und Erfolg in ihrer neuen Tätigkeit!

(Beifall bei FDP und SPD)

Die andere Änderung, mit der wir vor der Wahl nicht gerechnet hatten: Es fehlt der vom ganzen Hohen Hause verehrte Bürgermeister Dehnkamp. Ich weiß — ich wiederhole es —, ich weiß, sehr geehrter Herr Bürgermeister Koschnick, ich spreche mit Ihrem vollen Einverständnis, wenn ich Herrn Bürgermeister Dehnkamp namens meiner Fraktion den herzlichsten Dank für seine Tätigkeit zum Wohle unseres Landes Bremen ausspreche.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Bürgermeister Dehnkamp ist ein Opfer der Verhältnisse geworden. Insofern trifft auf ihn das Wort zu, daß die Politik keinen Dank kennt. Das vermag uns jedoch nicht zu hindern, ihm unseren Dank auszusprechen und ihn zu bitten, Bremen mit seinem Rat und mit seinem großen Ansehen, das er sich in der Bundesrepublik als Bildungssenator und später als Präsident des Senats erworben hat, weiterhin zur Verfügung zu stehen. Ich sage das, weil ich der Auffassung bin, daß wir auch auf diese Art der Kontinuität angewiesen sind.

Entscheidende Veränderungen hat es aber in der Zusammensetzung der Bürgerschaft gegeben. Sie sind nur nach außen hin nicht ohne weiteres erkennbar. Ich halte es für wertvoll im Interesse unserer gemeinsamen Arbeit, wenn diese Veränderungen analysiert werden, damit die Bevölkerung auch weiß, wie die von ihr gewählte Volksvertretung nunmehr aussieht.

Neu befinden sich unter uns, wenn es sich zum Teil auch um alte Kollegen handelt, eine Anzahl von Beamten, die ihren Beruf vorübergehend an den Nagel gehängt haben und damit zwangsläufig den Status eines Berufspolitikers bekommen haben. Die Beamten — lassen Sie mich das ganz klar erklären — haben das nicht gewollt. Allerdings glaube ich, daß wir uns mit der sehr weitgehenden Befolgung des Gesetzes über die Inkompatibilität — es ist schwierig, das Wort — eine Suppe eingebrockt haben, in der noch mancherlei Probleme schwimmen. Sehr unglücklich würde ich es empfinden, wenn schon auf der Ebene unseres kleinen Landes mit der Politik als Beruf begonnen würde. Dazu ist in diesem Rahmen einfach nicht Raum genug. Auch sollten wir uns davor hüten, Politik nur um der Politik willen zu betreiben. Gott sei Dank sind viele Dinge unpolitisch und sollten es in Zukunft auch bleiben. Den Kollegen, die sich aus Passion zur Politik entschlossen haben, ihren Beruf vorübergehend aufzugeben, können wir es allerdings nicht verübeln, wenn sie diesen Weg gewählt haben. Schließlich hatten sie keine andere Möglichkeit.

(Abg. Klein [CDU]: Sie können auch Geschäftsführer werden!)

Unsere Schwesterstadt Hamburg kennt zum Beispiel die weitgehende Lösung, die wir für richtig befunden haben, nicht. Dort müssen nur Beamte und Angestellte ausscheiden, zu deren Aufgabenbereich die Ausübung von Hoheitsbefugnissen gehört. Wenn wir in Bremen einen ähnlich engen Maßstab anlegen würden, kämen wir zu Lösungen, die weniger einschneidend wären. Mein Vorschlag ist, daß wir die Entwicklung beobachten und gegebenenfalls dieses sehr weitgehende Gesetz am Ende der Legislaturperiode, also rechtzeitig vor den nächsten Wahlen, ändern.

Entscheidend aber hat sich in der Zusammensetzung der Bürgerschaft die Stärke der politischen Parteien, also der Fraktionen, geändert. Hinzugekommen ist eine Rechte, und es fehlte nur noch ein kleines bißchen, so hätten wir auch eine äußerste Linke erhalten. Insofern haben wir, die sogenannten etablierten Parteien, allen Anlaß, uns Gedanken darüber zu machen, warum und wie es zu diesem Wahlausgang kommen konnte. Ist der Wähler so vergeßlich, weiß er nicht zu schätzen, daß er unter der politischen Führung der Parteien SPD, CDU und FDP zu einem Wohlstand und auch zu einer Sicherheit gekommen ist, wie es sie bisher in der deutschen Geschichte in dieser breiten Ausdehnung nicht gegeben hat?

(Abg. Krämer [NPD]: Das muß wohl nicht der Fall sein!)

Diese Frage nach dem „Warum" können wir nicht beantworten. Das sollte uns jedoch nicht hindern, uns zu überlegen, was, von unserer Warte gesehen, wohl mit Ursache und Anlaß zu dem Wahlergebnis, welches uns, seien wir doch aufrichtig, nicht befriedigen kann, gewesen sein könnte. Ganz offen möchte ich hier eine Angelegenheit ansprechen und, von dieser ausgehend, das dahinterstehende Problem, so wie ich es sehe, erörtern.

Die Auseinandersetzungen, die in der vergangenen Legislaturperiode um verschiedene Zankobjekte geführt wurden — ich brauche die Namen nicht zu wiederholen —, haben der Bevölkerung nicht gefallen. Selbstverständlich waren diese Auseinandersetzungen nicht ausschließlich entscheidend für den Ausgang der Wahl. Es hieße aber „Blindekuh" spielen, wenn man annimmt, daß sie keine Rolle gespielt hätten. Die Vorgänge, die ich hier anspreche, bewegen sich im Umkreis weniger Meter dieses Hauses. Die Art und Weise, wie von den Kontrahenten die Dinge jedoch behandelt wurden, könnte zu der Vermutung führen, als ob es sich um Vorgänge irgendwo fernab im finstersten Urwald gehandelt hätte.

Worauf will ich hinaus? Ich will darauf hinaus, daß wir uns alle miteinander überlegen müssen, wie es geschafft werden kann, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen. Sie haben der SPD geschadet, der CDU nichts genützt. Gewinner sind ganz andere. Verlierer ist nach meiner Ansicht die Demokratie.

Welche Folgerungen sollten gezogen werden? Das Parlament muß in der Lage sein, wenn die eine oder andere verworrene Sache es erfordert, nicht nur auf Aufklärung mit Anfragen, Anträgen und so weiter zu drängen, sondern notfalls Klärung zu erzwingen. Man könnte mir entgegnen, daß die enge Verklammerung zwischen Legislative und Exekutive, welche in den bewährten Deputationen, deren positive Wirkung auch von mir uneingeschränkt bejaht wird, gegeben ist, eigentlich ausreichen sollte, um bis in die letzten Winkel der öffentlichen Verwaltung hineinzuleuchten. Das trifft auch für 99 Prozent der Fälle zu. Der übrigbleibende Prozentsatz von 1 Prozent hat es dann aber in sich, beschäftigt uns jahrelang und bringt unsere parlamentarische Tätigkeit insgesamt in Mißkredit. Nach draußen, vor der Öffentlichkeit, vor unseren

Wählern, erscheinen wir dann in einem Lichte, als ob wir als Bürgerschaft keinen ausreichenden Einfluß oder — noch treffender — keine Macht besäßen. Ein solcher Eindruck ist gefährlich für die Demokratie, in welcher ja gerade alle Gewalt vom Volke ausgehen sollte.

(Abg. Klein [CDU]: Aber zum Teil leider zutreffend! — Abg. Dr. Lienhoop [FDP]: Das liegt an Ihnen vielleicht!)

Ich sage es ja ganz offen!

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus halte ich es in Übereinstimmung mit meiner Fraktion für notwendig, daß das Parlament die Möglichkeit erhält, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Diese Möglichkeit wiederum muß gegeben sein, wenn sich eine qualifizierte Minderheit der Abgeordneten dazu entschließt.

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Es ist zu spät!)

Es ist nicht zu spät, Sie sind ja wieder drin, Herr Klein. Es liegt nämlich im Wesen des demokratischen Parlamentarismus, daß in diesem hier angesprochenen Bereich der Opposition eine besondere Rolle zufällt. Ich hoffe, sie wird sie in geeigneter Form auch erfüllen. Im Parlament müssen die Koalitionsfraktionen und die Oppositionsfraktionen zwar nicht mit den gleichen, jedoch mit gleichwertigen Waffen gerüstet sein, damit die politische Auseinandersetzung in fairer Weise und — was wichtig ist — in der Sache wirkungsvoll geführt werden kann.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Insoweit war die Oppositionspartei bei uns in Bremen bisher so etwas wie unterentwickelt.

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Meurer [CDU]: Beifall bei der FDP?)

Die Opposition weiß, daß ich diesen Standpunkt bereits in der vergangenen Legislaturperiode vertreten und bei gegebenen Anlässen auch meine Stimme in diesem Sinne abgegeben habe. Nach wie vor liegt mir sehr auch an einer fairen Zusammenarbeit auch mit der Opposition.

(Abg. Stern [NPD]: Auch mit der NPD?)

Das wird sich erweisen, meine Herren.

Trotzdem kann es noch ein weiter Weg sein, bis verfassungsmäßig die Möglichkeit zur Einsetzung von Ausschüssen auch durch eine Minderheit gegeben sein wird. Ich weiß, wie problematisch die Verhältnisse gerade bei uns in Bremen liegen. So kann unsere Landesverfassung bekanntlich entweder einstimmig geändert werden, oder mit einfacher Mehrheit nur dann, wenn dieser Beschluß durch einen Volksentscheid sanktioniert wird. Wie wenig in der Vergangenheit daran gedacht war, in dieser Richtung aktiv zu werden, geht aus der Tatsache hervor, daß bis heute das Verfahren über die Durchführung eines Volksentscheids nicht geregelt wurde. Herr Präsident Engel hat unverzüglich die Initiative ergriffen und die Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses angeregt, der sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Wir stellen das dankbar fest.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, daß es Gegner jeder Änderung der Verfassung gibt. Wir von der FDP sind der Meinung, daß die in der Verfassung verankerten Grundrechte selbstverständlich tabu sein sollten. Das sieht die Verfassung auch ausdrücklich vor. Alle anderen Artikel können aber geändert werden beziehungsweise, milder ausgedrückt, sollten den Erfordernissen des modernen Lebens angepaßt werden.

Namens meiner Fraktion möchte ich erklären, daß wir bereit sind, an der Modernisierung unserer parlamentarischen Demokratie und in diesem Rahmen auch an der Änderung des einen oder anderen Verfassungsartikels mitzuarbeiten. Mit dieser grundsätzlichen Erklärung binde ich keinen meiner Kollegen. Persönlich vertrete ich nämlich die Meinung, daß Entscheidungen über Änderungen der Verfassung im Einzelfall eine persönliche Entscheidung jedes einzelnen Abgeordneten sein sollten. Auch ein gewisser Herr d'Hondt und dessen Ansichten sollten einmal kritisch unter die Lupe genommen werden. Das von diesem Herrn erfundene Höchstzahlverfahren, nach welchem Mandate und Deputationssitze und so fort verteilt werden, hat seinen Sinn. Es sollte aber nicht das Maß schlechthin für die Verteilung aller Funktionen im parlamentarischen Bereich sein. Wenn ich mich nicht irre, steht übrigens über den Herrn d'Hondt weder etwas in unserer Landesverfassung noch in unserer Geschäftsordnung geschrieben.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Aber man kann ihn benutzen!)

In der Regierungserklärung beschränkt sich der Präsident des Senats in seinen Darlegungen nicht nur auf diese Legislaturperiode, sondern gibt auch einen Ausblick bis auf das Jahr 2000. Das ist gut so. Über die Stellung Bremens als Bundesland drückt sich die Regierungserklärung etwa so aus, daß die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben für Bremen nur zu lösen sein werden, wenn Bremens Stellung als selbständiger Zwei-Städte-Staat erhalten bleibt.

Wenn ich jetzt einige kritische Bemerkungen zur Eigenstaatlichkeit machen werde, so soll das nicht heißen, daß ich mich nicht uneingeschränkt zur Eigenstaatlichkeit unseres Landes Bremen bekenne. Der Begriff Zwei-Städte-Staat weist schon darauf hin, daß das Territorium Bremens nicht ausreicht, um aus und auf ihm einen selbständigen Staat zu gestalten. Aber auch die vom Präsidenten des Senats

erwähnten Aufgaben bedingen allein nicht, daß wir Anspruch auf eine besondere staatliche Selbständigkeit erheben könnten. Die innere Berechtigung, daß wir im Verband der Bundesrepublik Deutschland ein selbständiges Land bilden, sehe ich nur dann und solange gegeben, wie von Bremen politische Impulse ausgehen, die über unser Territorium hinausgehen, also Handel und Schiffahrt nicht nur für Bremen, sondern für die gesamte Bundesrepublik, für das ganze Reich, wenn ich in diesem Zusammenhang die Wiedervereinigung einmal vorziehen darf, und selbstverständlich auch im Rahmen des werdenden Europa.

Das auch vom Präsidenten des Senats angezogene Gutachten des Luther-Ausschusses drückt sich über die Eigenstaatlichkeit Bremens deutlicher aus. Es wird dort von dem eigenständigen geistigen und kulturellen Leben der Hansestädte als Grundlage schlechthin für die Eigenstaatlichkeit gesprochen. Hier an diesem Punkt setzt mein Zweifel ein. Wo manifestiert sich dieses eigenständige geistige und kulturelle Leben der Freien Hansestadt Bremen politisch? Wenn ich diese Frage stelle, so muß ich sie auch wohl selbst beantworten. Das eigenständige geistige und kulturelle Leben der Freien Hansestadt Bremen kann sich politisch nur manifestieren in diesem Hohen Hause, hier in der Bremischen Bürgerschaft. Sind wir dieser hohen Verpflichtung, die uns von anderen Stadtparlamenten unterscheiden soll, gewachsen? Das ist die Frage, die ich hier in den Raum stelle!

Hierzu zwei Anmerkungen, die scheinbar nichts miteinander zu tun haben: Die Panne mit der Universität ist auch darum geschehen, weil wir uns während der vergangenen Legislaturperiode in diesem Parlament an Randerscheinungen gerieben haben und darüber hinaus nicht zu einem gemeinsamen Willen in einer Sache fanden, die nur vom ganzen Bremen getragen werden kann. Mein Wunsch ist, daß in dem neu gewählten Parlament ein weiterer und bisweilen vielleicht auch ein wenig toleranterer Geist wehen möge.

(Beifall bei der FDP)

Die zweite Bemerkung ist noch delikater: Ich will dabei nicht in den Fehler mancher Pfarrer fallen, die von der Kanzel herab darüber klagen, daß nur so wenige ihrer Schäflein gekommen sind. Die Gekommenen müssen sich, weil es in der Kirche ja nicht — wie bei uns — Zwischenrufe gibt, auch noch diese Klagen anhören, und sind selbst dann noch peinlich berührt, wenn sie als rühmliche Ausnahmen gepriesen werden.

Nach diesem Vorspruch, mit dem ich mich vorsorglich bei dem einen oder anderen in dieser Hinsicht Betroffenen in diesem Hause entschuldigen möchte, meine Aussage: In diesem Hohen Hause, das allein — wie eben gesagt — den politischen Willen Bremens verkörpert, fehlt es an einer angemessenen Repräsentanz von Handel und Schiffahrt. Die persönliche Mitwirkung von Vertretern aus Handel und Schiffahrt hier in der Bürgerschaft — lassen Sie mich das einmal ganz brutal aussprechen — steht in keinem Verhältnis zu den Wünschen und Forderungen, die diese Bereiche an die öffentliche Hand, und damit auch an uns in der Bürgerschaft stellen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das liegt aber doch nicht an der Bürgerschaft!)

Es genügt nämlich keineswegs, wenn die Interessen des Handels und der Schiffahrt nur durch die zuständigen Interessenvertretungen an die politischen Instanzen herangetragen werden. Es gehört dazu auch das persönliche politische Engagement des einen oder anderen Vertreters dieser Bereiche,

(Sehr richtig! und Beifall bei FDP, CDU und NPD)

insbesondere in Bremen, welches seine Selbständigkeit gerade auf die Wahrnehmung der überregionalen Aufgaben im Handel und in der Schiffahrt begründet. Dabei ist es ganz gleich, ob dieses Engagement bei der SPD, bei der CDU oder bei der FDP geschieht.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Oder bei der NPD!)

Das kommt von Ihnen!

(Lachen bei FDP und CDU)

Aha, Sie passen auf, jetzt im Gegensatz zu anderen Parlamenten.

In der Vergangenheit haben sich namhafte Vertreter aus Handel und Schiffahrt sowohl hier in der Bürgerschaft als auch im damaligen Reichstag persönlich engagiert. Es entspräche also bester bremischer Tradition, wenn das wieder so werden würde. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich will damit keiner Entwicklung Vorschub leisten, die zurück zu einer Art Honoratiorendemokratie führen könnte. Ein persönliches Engagement in der Handelskammer ist aber kein Ersatz für eine Mitwirkung in der Bürgerschaft.

(Beifall bei FDP, SPD und NPD)

Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen: Wenn über den Zusammenschluß der „Jungen Unternehmer" als von einem Parlament gesprochen wird, so ist das irreführend.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sehr richtig!)

In beiden Fällen handelt es sich um Gremien, in denen begrenzte und im wesentlichen gleichgerichtete Interessen vertreten werden.

Die harten Auseinandersetzungen zwischen arm und reich, frei und unfrei finden nur in den echten Parlamenten statt, so auch hier in diesem Hohen Hause. Hier muß Farbe bekannt und immer wieder aufs neue der Ausgleich der entgegengesetzten In-

teressen im Kompromiß gesucht und gefunden werden.

Ich will dieses Thema nicht weiter auswalzen, würde mir aber nicht aufrichtig vorkommen, wenn ich meinen Empfindungen nicht einmal freien Lauf gelassen hätte.

Hinzu kommt noch — seien wir aufrichtig —, daß die deutsche Seeschiffahrt keinesfalls mit Volldampf voraus vorn liegt. Im Gegenteil, bei manchen modernen Entwicklungen in der Seeschiffahrt ist die deutsche Schiffahrt froh, wenn sie das Hecklicht anderer Nationen gerade noch sieht und hoffen darf, möglichst bald wieder Anschluß zu finden. Hier liegen Aufgaben und Probleme, mit denen auch wir uns zu befassen haben werden, vielleicht etwas mehr als in der Vergangenheit.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das gilt für den Herrn Hafensenator!)

Sie müssen ein bißchen abwarten und dann gezielt Ihre Zwischenbemerkungen machen. Trotzdem, vielen Dank!

(Heiterkeit — Abg. Heinz Wolff [NPD]: So gezielt, daß Sie gesagt haben, wir paßten auf!)

Ja, ja, das finde ich auch nett von mir!

Die vorstehenden Bemerkungen habe ich gemacht, um dem Hohen Hause zu zeigen, daß es nicht nur von unserem Willen abhängt, ob Bremen in der Zukunft blühen und gedeihen und auch noch selbständig bleiben wird, sondern daß auch noch andere Voraussetzungen gegeben sein müssen, wenn das Konzept für die Gestaltung der Zukunft insgesamt stimmen soll. Darüber hinaus wollte ich zeigen, daß wir unseren Zuständigkeits- oder auch Verantwortungsbereich weiter spannen müssen, wenn auf die Dauer die Eigenstaatlichkeit Bremens gewahrt bleiben soll. So wichtig die kommunalen Dinge sind, wir dürfen nicht in ihnen steckenbleiben.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Lassen Sie mich noch einen Augenblick beim Thema Handel und Schiffahrt, welche ich zusammengefaßt als Seeverkehrswirtschaft bezeichnen möchte, verweilen. In meinem beruflichen Leben habe ich mich zweimal mit Fragen des Seeverkehrs befassen müssen, weniger in der praktischen Handhabung als vom Organisatorischen her. Offen gestanden, mich beunruhigt die Entwicklung, in der sich die Seeverkehrswirtschaft insgesamt im Augenblick befindet, einfach darum, weil ich nicht übersehen kann, wohin die Dinge treiben. Aber auch die Fachleute — das muß ausgesprochen werden — können offenbar die Dinge nicht übersehen.

Noch vor zwei bis drei Jahren hieß es, der Container-Verkehr sei eine Utopie. Heute ist Bremen der größte Container-Hafen des Kontinents, und auch die Skeptiker haben sich inzwischen dazu entschließen müssen, Containerschiffe auf Kiel zu legen. Wer sagt uns nun aber, ob der Container-Verkehr nicht nur ein Anfang einer vielleicht weitergehenden Entwicklung im Überseeverkehr ist? Wie froh können wir sein, daß die für den Hafen Verantwortlichen sich ein eigenständiges Urteil gebildet und für die Hafenwirtschaft rechtzeitig die Konsequenzen gezogen haben. Andernfalls würden die Bremer Häfen zweifellos den Anschluß an den Container-Verkehr schon verpaßt haben.

Als eine Erlösung habe ich es empfunden, als unser Freund Senator Dr. Borttscheller den gemeinsamen Container-Hafen Hamburg-Bremen in Bremerhaven als Kondominium beider Hansestädte in die Debatte warf. Dieser Gedanke ist eine politische Idee genau im Sinne der Verpflichtung, die sich aus unserer Eigenstaatlichkeit ergibt. Der Weg bis zur Realisierung einer solchen Gemeinsamkeit mit Hamburg mag noch lang sein, die Richtung ist aber gewiesen. Eine Fachzeitschrift schrieb kürzlich über dieses Vorhaben wie folgt — wenn ich das ganz kurz einmal anführen darf, Herr Präsident —: „Denn auch die kleinste Lösung könnte entscheidend dazu beitragen, den bereits Jahrzehnte währenden unsinnigen und überspitzten Wettbewerb der Schwesterstädte, der bislang ohnehin nur Steuergelder verschlang, zu beseitigen oder zumindest zu drosseln."

Das sind harte Worte, es sind aber auch Worte von Kennern der Materie. Wollen wir hoffen und das unsrige dazu tun, daß im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten deutschen Seeverkehrswirtschaft optimale Lösungen gefunden werden. Aus einer Notiz heute morgen in der Tagespresse war zu entnehmen, daß Hamburg sich anscheinend — ich möchte mich vorsichtig ausdrücken — gegen einen gemeinsamen Container-Hafen ausgesprochen hat. Ich möchte hier erklären, daß wir den Hafen in jedem Fall bauen werden, und ich möchte auch vorschlagen, daß selbst, wenn der Hafen da ist, wir das Angebot an Hamburg aufrechterhalten sollten.

Es geht hier nämlich nicht nur um Bremen und Hamburg, sondern es geht um ein Stück gemeinsamer nationaler deutscher Seehafenpolitik. Am Rande möchte ich erwähnen: Vielleicht wäre es wirklich ganz gut, wenn demnächst einmal eine Art Enquete der Seeverkehrswirtschaft hier veranlaßt wird, damit man überhaupt erst einmal ein Denkmodell bekommt, über das man sich politisch wird unterhalten können.

Aus den Worten des Präsidenten des Senats über die Aufgaben des Verfassungsorgans Senat klingt etwas durch, was in der Öffentlichkeit zu Mißverständnissen geführt hat. Von verschiedener Seite bin ich darauf angesprochen worden. Herr Bürgermeister Koschnick spricht davon, daß der Senat nicht Vollzugsorgan der Parlamentsmehrheit ist, sondern ein eigenständiges Verfassungsorgan darstellt. Das Mißtrauen liegt nun in

der Annahme, daß sich die Verwaltung noch mehr, als es ohnehin der Fall ist — so die Worte der Kritiker, und nicht die meinen —, der Kontrolle durch die Bürgerschaft entziehen könnte.

Ich möchte erklären, daß wir diese Befürchtung nicht teilen, sondern die Unterstreichung der Eigenständigkeit des Verfassungsorgans Senat in dem Sinne auffassen, daß auch der Senat nicht nur Vollzugsorgan sein will, sondern darüber hinaus politisch fruchtbar, wenn ein solcher Vergleich gestattet ist. Ich glaube, wir können den Senat in einem solchen Bestreben nur unterstützen und das unsere dazu tun, damit wir ihm in dieser Hinsicht als Bürgerschaft kongenial sind.

Die große Diskussion über die Finanzen kommt Anfang des nächsten Jahres, wenn der Finanzsenator und der Sprecher der Finanzdeputation die Debatte zu den Haushaltsberatungen eröffnen werden. Herr Dr. Sieling, Sie haben uns auf so manche Dinge, die Herr Bürgermeister Koschnick nicht erwähnt hat, hingewiesen. Ich glaube, das ganze Hohe Haus weiß, daß Herr Bürgermeister Koschnick bequem doppelt so viele Wörter sprechen kann in der Zeiteinheit wie irgend ein anderer von uns.

(Heiterkeit)

Aber wenn er das hätte erklären sollen, was Sie von ihm fordern, dann, glaube ich, wären wir hier erst nach 24 Stunden aus dem Saal hinausgekommen.

Noch etwas: Sie sprachen davon, daß wir als neue Regierungskoalition, als neuer Senat, hier schon vorher gewußt hätten, daß wir hinterher mit der Überraschung von Steuern und Gebühren kommen könnten. Wir sind doch schließlich keine Hellseher. Wir haben doch gar nicht gewußt, ob wir wieder in dieser Formation hier sitzen werden. Sie haben uns wirklich überfordert. Wenn man sich zu einer neuen Regierung wiederfindet, setzt man sich doch erst einmal hin und macht dann sein Programm, und danach ergeben sich doch erst die Konsequenzen. Sie mögen unangenehm sein wie immer auch.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP in Bund und Ländern spricht sich nach wie vor gegen Steuererhöhungen aus. Es ist kein Geheimnis, daß Gremien, die etwas von Finanzen verstehen, sch zunehmend skeptisch gegen die beschlossene dreiprozentige Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer aussprechen. Jede Steuererhöhung lähmt die Neigung der Wirtschaft zu neuen Investitionen, Investitionen, die auf der anderen Seite zu Recht zur Belebung der Konjunktur und damit zur Schaffung neuer moderner Arbeitsplätze gefordert werden müssen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Aber!)

Was heißt aber?

(Unruhe und Zurufe)

Das müssen Sie mir hier gerade sagen!

Lassen Sie mich hier ein Wort zum Unternehmerbeziehungsweise Unternehmensgewinn einflechten. Der Gewinn des Unternehmers ist keinesfalls der Betrag, den er für seine persönlichen Bedürfnisse behält. Insofern unterscheidet er sich grundsätzlich von jedem Arbeitnehmer, der sein Gehalt oder seinen Lohn nur für sich verbrauchen kann. Der Gewinn des Unternehmers ist vielmehr das, was nach Versteuerung von über 60 Prozent an Körperschaft- und Gewerbesteuer übrig bleibt.

(Lachen bei der SPD)

Als Überschuß übrig bleibt. Darum sind 3 Prozent mehr oder weniger nicht ohne Bedeutung. Aus diesem Überschuß müssen dann die Investitionen bezahlt werden, also neue Gebäude, Maschinen und so fort, die zwar im Interesse des Unternehmers, aber genauso sehr im Interesse der einzelnen Mitarbeiter gemacht werden müssen, wenn das einzelne Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt im nationalen, aber auch im internationalen Bereich konkurrenzfähig bleiben sollen.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Und ist Besitzer der Produktionsmittel!)

Gut! Das ist ein wirkliches Problem.

Zurück nach Bremen! Selbstverständlich ist die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 200 auf 250 Prozent eine Steuererhöhung. Zur Klarstellung: Eine derartige Erhöhung des Hebesatzes bedeutet tatsächlich eine 25prozentige Erhöhung der Grundsteuer. Auch noch schlimm genug, könnte man sagen. Maßgebend für diesen Schritt war aber nicht die Erhöhung der Steuer an sich, sondern der Zwang, mit vergleichbaren Gemeinden auch hinsichtlich des Hebesatzes für die Grundsteuer gleichziehen zu müssen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU] und Abg. Fischer [CDU]: Wieso?)

Das wird wahrscheinlich noch genauer in der Haushaltsdebatte erwähnt werden. Ich kann natürlich nicht so schnell wie Sie die ganzen Dinge hier heraussprudeln. Ich kenne nicht im einzelnen die Hebesätze in den Gemeinden.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Die sind in anderen Gemeinden höher! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sie können die Listen haben!)

Aber ich verlasse mich hier auf eine Mitteilung des Herrn Finanzsenators, und der weiß es. Er wird es Ihnen zu gegebener Zeit sagen. Im Ernst können wir doch auch nicht erwarten, daß sich die Länder an der Finanzierung der laufenden Kosten für die zukünftige Bremer Universität beteiligen werden, wenn zuvor unsere Bürger nicht in etwa in gleicher Höhe belastet sind wie die Bürger der Länder, von denen wir diese Hilfe erwarten.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr und Kanalbenutzung. Auch nach der beabsichtigten Erhöhung — das weiß auch die Opposition — der Gebühren für Müllabfuhr und Kanalbenutzung werden diese Gebühren nicht kostendeckend sein. Das heißt, für beide Bereiche müssen nach wie vor erhebliche Zuschüsse aus dem öffentlichen Haushalt geleistet werden. Es liegt also auf der Hand, daß Länder, die im Zuge des Länderfinanzausgleichs an Bremen Ausgleichszahlungen leisten müssen, mit Argusaugen darauf achten, ob in Bremen der einzelne Bürger auch genauso belastet ist mit Gemeindesteuern, Gebühren und so weiter wie er selbst. Dabei kann es für uns nur ein schwacher Trost sein, wenn wir konstatieren, daß Bremen im Länderfinanzausgleich auch darum von einem gebenden zu einem nehmenden Land geworden ist, weil der Bund die Länder höher belastet hat.

Drastisch kam die Haltung der Länder zueinander kürzlich zum Ausdruck, als die Beamten in Baden-Württemberg heftig gegen die Absicht ihrer Regierung protesierten, keine Weihnachtszahlungen leisten zu wollen. Das stärkste Argument dieser Beamten war mit Recht etwa das: Warum sollen wir als Beamte eines Landes, das Hunderte von Millionen an finanzschwächere Länder zahlen muß, auf unsere Weihnachtszuwendungen verzichten, während gleichzeitig diese unsere Unterstützung nehmenden Länder an ihre Beamten diese Zuwendungen zahlen!

Weil ich nicht für Geheimnistuerei bin, möchte ich vorsorglich noch einmal erklären, daß in Bremen die Gebührenhaushalte auch nach der Erhöhung noch lange nicht plus minus Null aufgehen. Es könnte also sein, daß von außen, zum Beispiel von den finanzstärkeren Ländern, die an Bremen zahlen, nahegelegt würde, durch eine weitere Erhöhung der Gebühren zu einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt zu kommen. Wie gesagt, diese Möglichkeit besteht. Wir von der Koalition wollen das nicht, sind letzten Endes aber nicht letztlich entscheidend. Machen wir uns aber keine Illusionen, daß wir uns davor drücken könnten, finanzielle Opfer für die Zukunftsinvestitionen, wie das moderne Wort wohl heißt, bringen zu müssen. Die Methode, wie diese zusätzlichen Lasten von jedem einzelnen Bürger aufzubringen sein werden, ist allerdings umstritten. Ich will jetzt kein volkswirtschaftliches Kolleg halten, dazu wäre ich auch gar nicht in der Lage, sondern nur auf einen Punkt bei möglichen Ausgabeverminderungen hinweisen.

Nach meiner Auffassung müßte im sozialen Bereich überall dort, wo ein soziales Verhalten der öffentlichen Hand im Grunde gar nicht mehr angebracht ist, noch mehr als bisher gespart werden. Ein hoffnungsvoller Anfang ist im sozialen Wohnungsbau, auf den ich später eingehen werde, gemacht worden. Dort werden, wie Sie wissen, die Mieten erhöht, um dadurch mittelbar die immensen Zuschüsse der öffentlichen Hand für den sozialen Wohnungsbau insgesamt zu vermindern. Ich bin aber davon überzeugt, daß es noch in anderen Bereichen des Haushalts Stellen gibt, in denen gespart werden könnte.

Um mein Anliegen auf einen kurzen Nenner zu bringen, lassen Sie mich folgendes sagen: Ein soziales Verhalten der öffentlichen Hand gegenüber dem Bürger ist dann nicht mehr angebracht, wenn es dazu führt, daß die Wohlhabenden noch wohlhabender werden. Recht bedacht, bewirkt ein solches Verhalten der öffentlichen Hand, daß die Wirkung der für den einen oder anderen Zweck eingesetzten Mittel verpufft oder zumindest stark eingeschränkt wird. Einen solchen Luxus kann sich selbst das reichste Land nicht erlauben.

Ohne ins Detail zu gehen, möchte ich mich ganz allgemein mit diesen Ausführungen gegen eine wahllos gestreute Art von Subventionen aller Art wenden und mich für gezielte, sinnvolle Subventionen, Unterstützungen oder wie immer Sie es nennen mögen, aussprechen. Nicht eindringlich genug kann ich davor warnen, dem Zug der Zeit, immer nur kräftig Geld auszugeben, zu folgen.

Dabei gebe ich freimütig zu, daß ich nicht beurteilen kann, ob der gewünschte Konjunkturaufschwung im erhofften Maße tatsächlich eintreten wird. Im allgemeinen ist es die Pflicht des Parlaments, eine ausgabenfreudige Regierung zu bremsen. Im Augenblick ist die Situation aber fast umgekehrt. Wir werden und wurden von allen Seiten ermuntert, möglichst viel Geld auszugeben, um die abgeschwächte Konjunktur zu beleben. Nach dem Wiederaufleben der Konjunktur, so wird unterstellt, wird es ein leichtes sein, die heute gemachten kurzfristigen Schulden zurückzuzahlen. Wir sollten uns darüber klar sein, daß mit dieser Spekulation — ich möchte es einmal ganz bewußt so bezeichnen — ein ganz neues Moment in die Politik eingetreten ist, ein Moment, welches gerade für uns als Politiker sehr gefährlich, weil verlockend, werden kann. An der Frage, wie wir uns entscheiden, also ob wir uns hemmungslos diesem neuen Trieb hingeben oder ob wir mit hanseatischer Gelassenheit reagieren, werden wir gemessen werden, inwieweit wir für die Politik leben oder inwieweit wir im Sinne eines leichtfertigen panem et circenses von der Politik leben. Letzteres ist schon dem alten Rom nicht gut bekommen.

Dankbar möchte ich anerkennen, daß wir in dieser Hinsicht mit unserem Koalitionspartner einig sind und einen entsprechend vorsichtigen Haushalt sowohl für das nächste Jahr als auch in der Vorausschau für die gesamte Legislaturperiode vorlegen werden. Die Opposition mag ruhig schlafen.

(Heiterkeit bei FDP und SPD)

Notfalls bleibt immer noch die Bremse der Bewirtschaftung. Was heißt denn Bewirtschaftung in letzter Konsequenz? Bewirtschaftung heißt, den Haus-

halt einer Legislaturperiode, wenn die Kassenlage es nicht erlauben wird, was heute niemand übersehen kann, notfalls zu strecken. Wir hoffen, daß wir nur sparsam Gebrauch von der Bremse der Bewirtschaftung im kommenden Jahr und auch in der nächsten Legislaturperiode zu machen brauchen. Wir werden aber keine Angst haben, es zu tun, wenn die Kasse leer ist. Im übrigen fährt ja die Opposition mit, insbesondere durch ihre Mitwirkung in der Finanzdeputation, auch die Herren von der NPD.

(Abg. Fichtner [NPD] und Abg. Vorsatz [NPD]: Vielen Dank!)

Möge auch die Opposition darauf achten, daß sie zügig mitfährt und nicht, wie es leicht passieren kann, den einen Fuß auf der Bremse und den anderen auf dem durchgedrückten Gashebel hat.

Lassen Sie mich hier überleiten zum Wohnungsbau und mit einer klaren Aussage beginnen: Wir Freien Demokraten sind dagegen, daß eine Art eigener Haushalt für den Wohnungsbau gebildet wird. Die Investitionen, die in den fünfziger Jahren im Wohnungsbau gemacht wurden, sind aus neutralen bremischen Steuergeldern finanziert worden. Wenn jetzt Rückflüsse kommen, so sollten sie dort vereinnahmt werden, wohin sie im Sinne ihres Ursprungs gehören, nämlich in den allgemeinen Staatssäckel, und nicht in einen Sondertopf.

(Abg. Boljahn [SPD]: Hm, hm!)

Das habe ich erwartet!

Vergessen wir bitte nicht, daß im ordentlichen Haushalt 1968 86,7 Millionen DM — eine stolze Zahl — für die Förderung des Wohnungsbaus stehen an Zins- und Tilgungshilfen, Aufwendungszuschüssen und -hilfen, Wohnungsbauprämien und Wohngeld. Nur ein Spezialist kennt sich hier noch aus!

Herr Bürgermeister Koschnick spricht in seiner Regierungserklärung von der Wahrscheinlichkeit, daß mit einem III. Bremischen Wohnungsbaugesetz gerechnet werden muß. Wir halten den Erlaß eines III. Bremischen Wohnungsbaugesetzes auch in Übereinstimmung mit der Auffassung des sozialdemokratischen Bundeswohnungsbaumnisters für nicht erforderlich, weil die zur Zeit geltenden wohnungsbaurechtlichen Bundesbestimmungen ausreichen, das im Koalitionsabkommen vorgesehene Wohnungsbauprogramm voll durchführen zu können. Ich weise namens meiner Fraktion auf diesen Umstand hin und bin der Meinung, daß wir in gleichem Maße verfahren können, wie es bei der Übergangsregelung 1966/1967 geschehen ist. Daß dabei die in den Bundesorganen zur Beratung anstehenden wohnungsbaurechtlichen Bestimmungen Berücksichtigung finden müssen, versteht sich von selbst. Auch sollten wir uns weiterhin Gedanken darüber machen, wie sich der soziale Effekt der in den Wohnungsbau investierten Millionen verbessern läßt.

Mit dieser Bemerkung spreche ich am Rande die allgemein bekannte Tatsache der Fehlbelegung derjenigen Wohnungen an, deren Mieter seit langem und bei weitem aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsen sind, die einst maßgebend für die Zuteilung einer geförderten Wohnung waren. Bewundert habe ich allerdings die Formulierkunst unseres Herrn Bürgermeisters, wenn er davon spricht, daß die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zugleich ein Instrument sinnvoller Infrastrukturpolitik sei. Ich will gar nicht sagen, daß daran nichts ist. Aber läuft eine solche Betrachtungsweise nicht auch darauf hinaus, daß man sich streitet, ob nun die Henne oder das Ei zuerst da war?

Um zum nächsten Themenkreis überzuleiten, zur Personalwirtschaft, gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen zur staatlichen Verwaltung des Wohnungsbaus. Bremen ist weißer Kreis. Trotzdem verfügen wir nach wie vor über ein gut besetztes Amt für Wohnung und Siedlung. Die Berechtigung für das Weiterbestehen dieses Amtes wird, wenn ich die Dinge recht sehe, unter anderem damit begründet, daß das Amt bei der Zuteilung der Wohnungen an die Zuteilungsberechtigten laut Wohnungsbindungsgesetz eingeschaltet werden muß. Meine Frage: Könnte die Zuteilung der Wohnungen an die Berechtigten nicht unmittelbar durch die Wohnungsbaugesellschaften nach den gültigen Richtlinien vorgenommen werden? Dem Senator für das Bauwesen verbliebe dann nur noch die Funktion der Kontrolle und der Beschwerdeinstanz, die er ohnehin ausübt. Vielleicht liege ich nicht richtig. Aber wenn wir von Personalabbau sprechen, so müssen wir irgendwo einmal anfangen. Es nützt nichts, den Mund zu spitzen, es muß auch einmal gepfiffen werden.

(Abg. Meurer [CDU]: Jawohl, sehr gut!)

Dankbar wäre ich, wenn diese eben von mir gegebene Anregung nachdrücklich überprüft wird, nachdrücklich also mit dem Willen, auch dann zu einer Lösung zu kommen, wenn persönliche Härten damit verbunden sein sollten, nicht nur beim Amt für Wohnung und Siedlung, sondern in allen in Frage kommenden Bereichen.

Alle Jahre wieder stellen wir nämlich resignierend fest, daß die Personalkosten davonlaufen. Ist es bei dieser Lage der Dinge noch vertretbar, wenn trotzdem von Verkürzung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst gesprochen wird? Besteht nicht eine Möglichkeit, um die uns zu entgleiten drohende Entwicklung in den Griff zu bekommen, die Arbeitszeitverkürzung mit der Rationalisierung in den Ämtern zu koppeln? Ich bin nicht sicher, wie eine Urabstimmung im öffentlichen Dienst auslaufen würde, wenn über die Alternative weniger Arbeitszeit oder mehr Geld abzustimmen wäre.

(Abg. Uhde [SPD]: Beides! — Heiterkeit)

Wenn Sie jedesmal über beide Dinge abstimmen lassen, dann werden Sie immer ein Ja bekommen. Aber stellen Sie sich einmal der Alternative. Das wäre einmal ganz interessant; wir leben ja in einer Demokratie.

Nun noch etwas ganz Unangenehmes: Auch die Frage der geteilten Arbeitszeit der oberen Besoldungsgruppen sollte einmal daraufhin überprüft werden, inwieweit dieses Privileg im Einklang mit der von uns angestrebten Rationalisierung der Verwaltung und damit der angestrebten Kostenersparnis in der Personalwirtschaft insgesamt steht.

(Beifall bei der FDP)

Hier und heute nur diese kurzen Anmerkungen, um zu unterstreichen, daß uns noch manches einfallen muß, wenn wir die angestrebten Einsparungen im Personalhaushalt tatsächlich in den nächsten vier Jahren realisieren wollen.

Es ist nicht meine Absicht, den weiten Garten bremischer Politik zu durchpflügen und zu allen Punkten, die der Präsident des Senats in seiner Regierungserklärung angesprochen hat, Stellung zu nehmen. Meine Kollegen werden meine Ausführungen in einigen Punkten ergänzen. Im übrigen wird ausführlich Gelegenheit sein, wie ich schon sagte, bei der Haushaltsdebatte im nächsten Jahr.

Gestatten Sie mir nur noch ein kurzes Wort zu Bremerhaven und damit auch zum Verhältnis Bremen-Bremerhaven. Es wäre überspitzt, wenn ich sage, daß die Zukunft des Landes Bremen in Bremerhaven liegt. Es ist aber schon nicht mehr überspitzt, wenn ich sage, daß die Zukunft Bremens insgesamt am seeschifftiefen Wasser, und das ist eben in Bremerhaven tiefer als in Bremen, liegt. Das gilt für Handel, Schiffahrt und Industrie gleichermaßen. Ein besonderes Problem stellt und wird in Zukunft noch mehr die räumliche Trennung zwischen Bremen und Bremerhaven bedeuten. Erkennen wir das ganz nüchtern. Der Ausbau der Autobahn wird diese Verhältnisse bessern. Wird die Autobahn aber ausreichen, und wird es nicht nötig sein, daß Bremerhaven durch eine besondere Schnellbahn in den bremischen Nahverkehr einbezogen wird? Dieses nur als Anregung, denn wenn man in fünf bis zehn Jahren etwas haben will, muß man heute daran denken.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Zu spät!)

Bevor ich zum Schluß komme, lassen Sie mich einiges zu der Frage der Einführung des Mehrheitswahlrechts sagen. Es ist ja kein Geheimnis, daß das Bekenntnis zum Verhältniswahlrecht des Präsidenten des Senats, Herrn Bürgermeister Koschnick, und des Landesvorsitzenden der SPD, Herrn Senator Thape, eine Rolle bei den Koalitionsverhandlungen gespielt hat. Ich muß da ein wenig ausholen.

(Abg. Klein [CDU]: Nicht ganz demokratisch!)

Was ist nicht ganz demokratisch? Waren Sie das, Herr Klein, dann wundert es mich nicht!

Seit 1947 bemühe ich mich im Rahmen der FDP um die Politik, um den Aufbau und die Festigung einer demokratischen Ordnung in unserem Land. Ich glaube, ich habe darum nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, genauso wie der Herr Bundeskanzler oder der Herr Bundestagspräsident, meine Meinung über dieses umstrittene Problem zu sagen. Ich halte es schlicht für naiv — wohlgemerkt, nicht so sehr für boshaft oder gar gemein, sondern für naiv —, wenn diese beiden hohen Herren der CDU annehmen, man könnte die Demokratie mit Manipulationen des Wahlrechts vor Schaden bewahren.

(Abg. Filzen [CDU]: Sehr richtig!)

Vielleicht nicht bewußt, aber unterschwellig enthält dieser Drang zum Mehrheitswahlrecht leicht undemokratische Züge, Reminiszenzen in einer Partei, die zumindest in ihrem Beginn weltanschaulich bestimmt war. Im Grunde kann man sich nämlich bei der CDU einfach nicht vorstellen, daß die Demokratie in Deutschland gesichert ist, wenn man nicht mehr oben ist. Überspitzt ausgedrückt — ich darf vorausschicken, daß ich alter CVJM-er bin —, setzt man einen Angriff gegen „Mutter CDU" mit einer zwar ganz kleinen, aber doch noch geringen Gotteslästerung gleich. Das sagt man selbstverständlich nicht, empfindet es aber so im stillen Kämmerlein.

Anders ausgedrückt: Die CDU fühlt sich einfach nicht zum Opponieren geschaffen, sondern zum Regieren. So verkündete es küzlich auch noch Herr Dufhues. Anders kann ich mir nicht erklären, wie ein echter Demokrat sich dafür ensetzen kann, daß die Wahlen 1969 nicht mehr von politischen Auseinandersetzungen getragen werden, sondern durch eine seelenlose Funktion von Statistiken, mit denen man Computer füttert, vorweg entschieden werden sollen.

(Beifall bei FDP und NPD — Abg. Ströh [SPD]: Beifall von der falschen Seite! — Zurufe von der CDU)

Sie werden Ihren eigenen Untergang noch unterschreiben, warten Sie mal ab.

(Zurufe)

Es ist wahrscheinlich etwas falsch angekommen. Ich habe es noch nicht gemerkt.

(Glocke)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, die Terminnot steht hinter uns, und es wäre vielleicht

gut, wenn wir darauf achten würden, daß der Ablauf zügig erfolgt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wir haben noch gar keinen Hunger, Herr Präsident!)

Abg. **Schubert** (FDP): Sie haben ja heute in der Presse über das Gutachten der Professoren gelesen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Professoren sind auch Menschen!)

Sicherlich, Professoren sind gutgestellte Leute. Sie sind aber leider nun einmal keine Politiker, das ist der wesentliche Unterschied.

Worauf kommt es denn in erster Linie bei einem Wahlrecht an? Nicht darauf, ob es mehr oder minder gerecht ist, auch nicht darauf, ob es die Bildung von sogenannten regierungsfähigen Mehrheiten fördert. Zuallererst kommt es doch darauf an, daß ein Wahlrecht stetig ist und daß man es nicht alle Nase lang ändert oder zumindest ändern will. Schließlich wissen wir Eingeweihten von der FDP ganz genau, daß bei der Bildung wohl jeder CDU/FDP-Koalition im Bund die Erpressung mit einer Änderung des Wahlrechts Pate stand. Insofern befinden wir uns keineswegs einer neuen, uns unbekannten Situation gegenüber.

Aus eigener Erfahrung halte ich es auch nicht für erwiesen, daß das Mehrheitswahlrecht in den angelsächsischen Ländern maßgebend für deren relativ beständige Regierungen ist. Ich kann das aus Erfahrung sagen, weil ich, wie in diesem Hohen Hause ja teilweise bekannt ist, mich an einer der Wiegen der Demokratie, nämlich in Washington, jahrelang gerade mit dieser Frage befassen konnte.

Auch dort drüben werte ich die Beständigkeit des Wahlrechts höher als die Form. Über allem steht aber, daß, genau wie bei uns, die Demokratie nur Bestand haben kann, wenn sich eine genügend große Anzahl von Menschen politisch engagiert. Das ist drüben der Fall, und das ist bei uns — wie ich eingangs schon erwähnte — nicht so sehr der Fall. Die Wahlbeteiligungen sind hierfür nämlich keineswegs ein Maßstab. Die Wahlbeteiligung ist drüben im Vergleich zu unseren Zahlen übrigens relativ schlecht, mancherorts kaum oder unter 50 Prozent.

Die Weimarer Republik währte 15 Jahre, unsere Bundesrepublik bereits 22 Jahre, wenn man jeweils die Zeitspanne nach Beendigung des Krieges rechnet. Lassen Sie es mich ganz offen sagen, daß ich mit dem Ergebnis, das uns das personalisierte Verhältniswahlrecht beschert hat, gar nicht so unzufrieden bin. Auch als Liberaler bin ich sehr zufrieden. Fragen wir uns, wie man den Staat, den wir als Bundesrepublik kennen und den wir Älteren gemeinsam gebaut haben, bezeichnen könnte. Ist er etwa klerikal, ist er etwa marxistisch-sozialistisch? Ist er nicht vielmehr liberal? Insofern könnten wir als Liberale durchaus zufrieden sein.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das kann man!)

Auch gebe ich freimütig zu, daß in den beiden anderen Parteien ein gewisser Raum für Liberale besteht. Aber gerade dieser Angriff gegen unsere gewachsene Demokratie, die uns bis heute große Erfolge gebracht hat — wir sollten unser Staatswesen auch einmal positiv beurteilen —, zeigt, wie bitter notwendig es ist, daß Liberale in einer politischen Partei vereint sind. Auch in den anderen Parteien gibt es Liberale, wir kennen und schätzen sie. Das gilt in Bremen für SPD und CDU in gleicher Weise. Diese Feststellung trifft — wie ich eben sagte — insbesondere für Bremen zu. Sie haben ja auch Ihre Schwierigkeiten mit der Bundes-CDU.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Gefahr liegt nur leider darin, daß diese heimatfremden Liberalen in dem großen Verband, in dem sie sind, allzu leicht untergebuttert werden.

Die politisch interessierte Öffentlichkeit kennt ihre Abgeordneten. Bremen kennt seinen Hansing, Müller-Hermann, Tallert, Seifriz, Krammig; aus der Vergangenheit auch noch Löbe. Die Bevölkerung wie auch die Parteien wissen, was sie an und in ihren Bundestagsabgeordneten besitzen. Tradition beginnt sich zu bilden, und zwar nicht eine muffige Honoratiorentradition, sondern eine echte, fundierte, demokratische Tradition, der beste Schutzwall gegen jeden Radikalismus von links oder von rechts.

Ich frage, soll das alles wieder zerschlagen werden, nur weil eine Partei glaubt, daß Demokratie nur dann möglich ist, wenn sie oben bleibt? Wir mögen sie lieben oder nicht lieben! Wir haben aber etwas dagegen, wenn Abgeordnete wie Müller-Hermann oder Krammig nicht im Wahlkampf unterliegen, sondern einfach aus ihrer politischen Verantwortung wegmanipuliert werden. In anderen Teilen unserer Republik werden Abgeordnete der SPD das gleiche Schicksal erleiden. Insoweit geht es keinesfalls nur um die Beseitigung der FDP, gegen die wir uns selbstverständlich wenden, sondern um die Vernichtung eines gewachsenen Teils unserer jungen Demokratie, chirurgisch ausgedrückt, um eine Amputation mühsam erkämpfter demokratischer Substanz.

Beim Prozeß der Umstellung auf das Mehrheitswahlrecht wird die politische Auseinandersetzung zur Nebensache, die wahlarithmetische Manipulation zur Hauptsache. Ein Hochhaus an der Grenze eines Wahlkreises entscheidet dann, wohin der Wahlkreis geht. Das in den vergangenen 22 Jahren Gewachsene, was ich mit Tradition bezeichnete, wird sterben. Es beginnt etwas Neues, politisch nicht Vorherzuschauendes, schlicht gesagt, ein politisches Abenteuer. Und das alles nur, weil der Wind der Bundes-CDU ins Gesicht bläst?

Ich halte es für fair, auch gegenüber unserem Koalitionspartner, wenn ich diese Dinge in dieser Ausführlichkeit dem Hohen Hause vortrage. Von mancher Seite ist gesagt worden, daß die Zusagen der führenden Herren der SPD juristisch unerheblich

sind. Darauf kommt es nicht an. Entscheidend ist das Politische. Die Erklärungen der SPD zum Verhältniswahlrecht sind um so mehr zu begrüßen, weil es die SPD in Bremen wirklich nicht nötig hätte, sich gegen die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu sperren. Im Gegenteil, es ist nicht von der Hand zu weisen, daß aufgrund der nun einmal in Bremen gegebenen Verhältnisse es der SPD gelingen könnte, im Falle der Einführung eines Mehrheitswahlrechts noch mehr Abgeordnete als jetzt in den Bundestag zu schicken.

(Glocke)

Präsident Engel: Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit abgelaufen ist.

Abg. **Schubert** (FDP): Drei Minuten noch, Herr Präsident.

Präsident Engel: Drei Minuten seien Ihnen bewilligt.

Abg. **Schubert** (FDP): Jeder Partei ist es unbequem, gemeinsam mit einem Koalitionspartner regieren zu müssen. Auch die Große Koalition macht ja jetzt diese Erfahrung. Man gibt sich da aber Illusionen hin. Ein wesentlicher Teil der Demokratie besteht nun einmal, wie wir aus der politischen Praxis wissen, aus dem Zwang zum Kompromiß. Ob nun dieser Kompromiß innerhalb der einzelnen Fraktionen gefunden wird oder zusätzlich mit dem Koalitionspartner, ist im Grunde nur eine Frage der Methode. Einen Vorteil hat allerdings jeder Kompromiß. Lassen Sie mich dies mit einem abgewandelten Slogan aus der Waschmittelwerbung erklären:

(Abg. Boljahn [SPD]: Was?)

„Der politische Kompromiß zwingt das einseitig Parteipolitische hinaus und den sachlichen Kern hinein."

(Heiterkeit — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Und Grau raus!)

In diesem Sinne sind auch die Dinge bei den Koalitionsverhandlungen gelaufen. Damit wäre ich wieder in Bremen und komme nun tatsächlich zu meiner Schlußbemerkung. Die drei Minuten reichen!

Der Präsident des Senats spricht am Schluß seiner Regierungserklärung davon, daß wir mit Zuversicht in die Zukunft sehen können. Wir teilen diese Meinung, glauben aber, daß die Zuversicht mit Wachsamkeit und politischer Aktivität gepaart sein muß. Die Zukunft Bremens in Eigenstaatlichkeit ist kein Selbstläufer — die Älteren wissen, was das ist, ein Selbstläufer —,

(Heiterkeit bei der SPD)

sondern muß täglich neu errungen und im Sinne eines Gütezeichens für die politische Arbeit in der neuen Bürgerschaft täglich erneut unter Beweis gestellt werden. — Danke schön!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Nunmehr spricht der Abgeordnete Boljahn.

Abg. **Boljahn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe übertragen bekommen, zu der abgegebenen Regierungserklärung des Herrn Präsidenten des Senats vom 28. November 1967 politisch Stellung zu nehmen. Meine politischen Freunde und ich meinen, es ist ein Höhepunkt in der Geschichte der Bremischen Bürgerschaft, inmitten dieses Hohen Hauses im Rahmen der heute durchzuführenden Diskussionen um diese Regierungserklärung politisch Stellung zu nehmen. Ich habe damit gerechnet, daß etwas mehr Salz und etwas mehr Pfeffer von seiten der Opposition gegeben worden wäre, und ich muß feststellen, daß im wesentlichen eine Bejahung des vom Herrn Präsidenten des Senats hier Vorgetragenen erfolgt und bestätigt worden ist.

Die Schwerpunkte dieser Regierungserklärung sind niedergelegt im Koalitionsabkommen der beiden Koalitionsfraktionen von SPD und FDP. Uns beide verbindet eine gemeinsame politische Zusammenarbeit über zwanzig Jahre bremischer Nachkriegsgeschichte. Die Schwerpunkte dieses Regierungsprogramms sind Sicherheit des Arbeitsplatzes, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und damit eine weitere Steigerung des Lebensstandards und die Vervollkommnung der sozialen Sicherheit von uns allen. Grundlage dieser gemeinsamen Arbeit für das Wohl der Bürger des Zweistädtestaates Bremen und Bremerhaven, meine Damen und Herren, ist die Selbständigkeit unseres Landes.

Bremen als ein Teil des föderalistischen Staatsaufbaus der Bundesrepublik bekennt sich seit Jahrzehnten seiner Geschichte zu dem Grundsatz: „Bundesrecht bricht Landesrecht". Wesentliche Grundlagen unserer staatlichen Souveränität sind die Hafenanlagen in Bremen und Bremerhaven. Meine Damen und Herren, wir wissen um die Schwierigkeiten der Entwicklung für alle deutschen Küstenländer im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EFTA. Wir erkennen aber auch, daß in der Regierungserklärung des Senats der Freien Hansestadt Bremen Versuche unternommen worden sind, um zu einer engeren und umfangreicheren Zusammenarbeit nicht nur mit unserem Nachbarn Niedersachsen zu kommen.

(Vizepräsident Dr. Zander übernimmt den Vorsitz)

Beide Bundesländer verbinden nicht nur die Häfen an unserem gemeinsamen Strom, der Weser, sondern auch das Bemühen, unsere Wirtschaftsregion durch Industrieansiedlung und andere wirtschaftliche Maßnahmen zu verbessern. Wir sind keine

Kirchturmpolitiker. Wir wollen, wir müssen im Interesse des Ganzen diese Zusammenarbeit erweitern.

Bremens Bemühungen, den wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Zeit gerecht zu werden, schlagen sich auch in der Forderung des Container-Verkehrs nieder. In diesem Bereich, meine Damen und Herren, sind Bremen und Hamburg auf eine Zusammenarbeit angewiesen. Wir begrüßen daher die Bestrebungen des Senats, zusammen mit Hamburg zu einer gemeinsamen Container-Hafenanlage zu kommen. Wenn sich dafür die Wesermündung anbietet, meine Damen und Herren, dann sprechen dafür nicht das Prestige, sondern das seeschifftiefe Wasser und die damit gegebenen Möglichkeiten.

(Beifall bei der SPD)

Schwerpunkte dieser Entwicklung sind aber nicht nur auf diesem Sektor deutlich geworden. Es geht nicht nur um die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Arbeitsplatzes, sondern um die weitere Steigerung des Lebensstandards und die Vervollkommnung der sozialen Sicherheit von uns allen. Wir befinden uns in einer Phase der industriellen Entwicklung, in der die Entscheidung, meine Damen und Herren, darüber fällt, ob die Bundesrepublik in der nächsten oder übernächsten Generation noch zu den führenden Industrienationen gehört oder nicht. Diese Entscheidung fällt in erster Linie dort, wo für oder gegen die Prioritäten der öffentlichen Aufgaben entschieden wird, wo Investitionen für Forschung und Bildung beschlossen oder abgelehnt werden, oder zum Beispiel dort, wo falsche oder richtige Wachstumspolitik den Aufbau der notwendigen Industriekapazitäten hemmt oder fördert. Wir haben als Sozialdemokraten im Rahmen der abgegebenen Regierungserklärung des Senats feststellen müssen, daß wir gezwungen waren, den Bürgern unserer Stadt neue Steuern und Abgaben wie etwa Erhöhung der Grundsteuer, Anhebung der Gebühren für Müllabfuhr und Kanalbenutzung zuzumuten.

Meine Damen und Herren, wir haben im Oktober 1967 feststellen müssen, daß durch die neue Koalition in Bonn einige entscheidende Veränderungen von uns hingenommen werden mußten, aber ich möchte auch einmal mit Nachdruck am Anfang dieser meiner Ausführungen die Bemerkung machen, meine Damen und Herren von der CDU, daß der Zusammenbruch der Regierung der CDU/CSU/FDP im Herbst 1966 nicht nur eine Bankrotterklärung einer politisch leistungsunfähigen Regierungskoalition war, sondern zugleich die Offenbarung von entscheidenden Versäumnissen, die über anderthalb Jahrzehnte hinweg beim Wiederaufbau begangen worden sind und heute von den Bürgern unserer Stadt und unseres Landes mit getragen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

In der Bevölkerung hat man im vergangenen Herbst nicht gewußt, wieweit der Verfall der staatlichen Autorität schon vorangeschritten war, und wir von der Sozialdemokratie müssen in dieser Stunde zugeben, daß wir in den letzten Monaten nicht im vollen Bewußtsein der auf uns zukommenden Ereignisse die notwendige Aufklärung gegeben haben.

(Präsident Engel übernimmt wieder den Vorsitz)

Ein Offenbarungseid, den eine Politik ablegen muß, gibt selten Anlaß zur Freude. Der Offenbarungseid, den die zurückgetretene Bundesregierung in ihrer Finanzpolitik leisten mußte, ist für uns alle katastrophal. Die Anhebung der genannten Steuern und Gebühren ist angesichts dieses Desasters, das auch Bremen berührt, unvermeidlich, wenn, meine Damen und Herren, wichtige Gemeinschaftsaufgaben zum Wohle unserer Bevölkerung gelöst werden sollen.

Bremen hatte, meine Damen und Herren von der CDU, als der Bund sozusagen bankrott machte, als einziges deutsches Bundesland 1966 einen ausgeglichenen Haushalt aufzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Bremens Bürger können von uns verlangen, daß wir diese solide Finanzpolitik fortsetzen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, daß ich gleichzeitig die Möglichkeit benutze, um auf Kollegen einzugehen, die in diesem Hohen Hause die Opposition verkörpern. Herr Kollege Dr. Sieling, Sie haben davon gesprochen, daß Bürgermeister Koschnick ein Wort zur neuen Wirtschaftspolitik des Bundes gesagt hat, und Sie haben dann festgestellt: Sie haben in der Regierungserklärung davon gesprochen, daß die neue Bundesregierung neue Akzente innerhalb der Wirtschaftspolitik gesetzt habe. Das haben Sie gesagt, und fuhren dann fort: „Das stimmt auffallend. Mehr als einige neue Akzente sind es bis heute wirklich nicht gewesen."

Wenn das richtig wäre, dann wäre doch die ganze Politik dieser neuen Bundesregierung falsch. Jeder, der etwas von dieser Wirtschaft versteht, stellt doch fest, daß zwar langsam, aber in einer Folgerichtigkeit neue Wirtschaftswachstumstendenzen sichtbar werden und alle deutschen Bundesländer auf der Grundlage dieser Politik auch ihre Steuererwartungen in dieser positiven Entwicklung für morgen festlegen.

Aber dann haben Sie noch gesagt: Ich will nicht von Herrn Schiller sprechen, sondern was wir Herrn Erhard zu verdanken haben. „Seiner sozialen Marktwirtschaft" — so haben Sie wörtlich gesagt — „muß es zugerechnet werden, daß auch die Massenkaufkraft nach wie vor erhalten geblieben ist, und daß die sogenannte Krise das Masseneinkommen nur unwesentlich berührt hat. Nie hätte uns eine im Jahre 1949 angesetzte sozialistische Planwirtschaft so weit gebracht". — Soweit das wörtliche Zitat.

Gestatten Sie folgende Frage zur Beantwortung heute nachmittag: Meine politischen Freunde und wir in dieser neuen Regierungskoalition, wir verstehen nicht: Wenn Erhard so ein hervorragender Politiker gewesen ist, wenn diese Politik so erfolgreich gewesen ist, daß die Christlich-Demokratische Union diesen Mann in die Wüste geschickt hat. Wir verstehen auch nicht, wieso Sie jetzt den neuen Bundeskanzler, Herrn Kiesinger, dadurch abwerten, daß Sie jetzt den Herrn Professor Erhard über den grünen Klee loben.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir eine Bemerkung dazu. Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland hat einzig und allein eine Grundlage: die hingebungsvolle Arbeit von Millionen Arbeitnehmern, Unternehmern und aller in dieser Wirtschaft tätigen Menschen, die durch ihre Arbeitsleistung nach dem totalen Zusammenbruch den Nachweis erbracht haben, daß wir auch morgen leben wollen. Dafür sollten wir uns alle gemeinsam einsetzen, und dafür sollten wir auch gemeinsam alle „Dankeschön" sagen und nicht versuchen, das auf einen Mann zu übertragen, als wenn der nun der große Wunderdoktor gewesen sei.

„Maßhalten" war einmal die Parole, und dann kam die andere Parole: Leute kauft Kühlschränke, es kommt ein warmer Sommer. Als wir den Kühlschrank gekauft hatten, dann wurde wieder von „Maßhalten" geredet. Hier soll man sich das nicht so einfach machen und nicht versuchen, nun Erfolge einem Mann zuzuschreiben, denn Erfolge einer Politik haben immer die Grundlagen in der Zusammenarbeit aller Teile der Bevölkerung. — Meine Damen und Herren, Sie wollten das ja gern von uns wieder einmal gesagt bekommen!

Die Grundlage der vom Präsidenten des Senats vorgetragenen Regierungserklärung ist deshalb, meine Damen und Herren, auch die Gesundung der Finanzen des Landes Bremen. Wir gehen davon aus, daß die Politik, die sich dieser Senat in den nächsten vier Jahren vorgenommen hat, hinsichtlich der großen Gemeinschaftsaufgaben von Legislative und Exekutive gesteuert werden wird. Wir müssen aber auch mit allem Nachdruck im Rahmen dieser gemeinsamen Arbeit für die Bürger unseres Landes davon ausgehen, daß man sich daran gewöhnen muß, daß man von einer Gemeinschaft nicht mehr verlangen kann, als man selbst zu geben bereit ist. Wir wehren uns auch dagegen, daß dann, wenn man etwas zahlen muß, die Erklärung kommt: „Das wollten wir ja gar nicht, oder ich, Bürger A, möchte gern auf die staubfreie Müllabfuhr verzichten".

Was wir sicherstellen müssen, ist, daß nicht eine einseitige Belastung entsteht, indem Gruppen unserer Bevölkerung, die nicht zu den begütertsten zählen, diese Rechnung allein zu zahlen haben, sondern daß wir uns gemeinsam bemühen, einen Ausgleich innerhalb der Vielfältigkeit unserer Wirtschaft und der damit verbundenen Aufgaben zu finden. Meine Damen und Herren, wir können hier noch so schöne Reden halten: Der Kuchen, den wir haben, wird dadurch nicht größer, daß wir sehr oft davon reden, sondern wir müssen gemeinsam versuchen, im Einklang mit der Politik der neuen Bundesregierung höhere Steuereinnahmen auf der Grundlage einer gesunden Wachstumswirtschaft zu erreichen.

Wenn der Präsident des Senats in seiner Regierungserklärung davon ausgegangen ist, daß wir noch mehr als in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Niedersachsen suchen und weiterentwickeln müssen, so pflichten wir dem vollinhaltlich bei. Nicht gegeneinander, wie in der Vergangenheit sehr oft, sondern nur miteinander können die Probleme der Hafenpolitik an der Weser für morgen gelöst werden. Wir wissen aber auch, daß wir im Rahmen dieses großen Aufgabenbereichs auch über den Raum der Weser hinaus die Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Küstenländern zu suchen haben. Jetzt haben wir die große Chance, bei der neuen Bundesregierung die Problemstellung dieses Gebiets mehr als bisher zum Tragen bringen zu lassen, damit deutlich wird, daß in Bremen und an der Küste genauso hart gearbeitet wird, wie in jedem anderen deutschen Bundesland auch. Wir wissen auch, daß es im Rahmen der peripheren Lage, in die wir durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft geraten sind, auch besonderer Anstrengungen von uns allen bedarf, um den Anschluß herzustellen.

Wasser, Straße und Schiene müssen in dem gemeinsamen Verbund gesehen werden. Meine Damen und Herren, man kann zu dem Leber-Plan stehen, wie man will: Hier ist der erste Versuch gemacht worden, zu dieser Einheit Wasser, Straße und Schiene zu kommen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sehr gut!)

Ich meine, auch in diesem Bereich des Verkehrs und der Umstrukturierung wird der föderalistische Staatsaufbau in der Bundesrepublik seine große Bewährungsprobe haben, wenn er den Aufgaben der Zukunft gerecht werden will.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sehr richtig!)

Wir wissen um diese Schwierigkeiten, wir wissen auch, daß im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt und unseres Landes noch große Aufgaben vor uns stehen.

Meine Damen und Herren, hier wird deutlich und sichtbar für die, die hier in diesem Hohen Hause heute Politik machen können, wie dankbar wir Bürgermeister Smidt sein können, der vor Jahrzehnten diesen Weitblick im Rahmen unserer Hafenanlagen in Bremerhaven und Bremen gehabt hat.

(Abg. Fichtner [NPD]: 1841! — Senator Eggers: 1827, wenn Sie nichts dagegen haben! — Abg. Fichtner [NPD]: Das war nur eine Prüfung!)

Wir meinen auch, daß Bremerhaven nicht nur für die nächsten vier Jahre, meine Damen und Herren, sondern auch für die absehbare Zukunft Schwerpunkt der Hafenpolitik unseres Zweistädtestaates sein wird. Beim Großcontainer-Verkehr am seeschifftiefen Wasser, und, meine Damen und Herren, in Verfolg der technischen und der technologischen Entwicklung unseres Jahrhunderts müssen wir davon ausgehen, daß Bremerhaven der ideale Hafen für Massengutfrachter von morgen sein wird. Dabei denken wir aber auch insbesondere an die Stellung Bremerhavens als größten Fischereihafen des Kontinents, und hier muß auch etwas mehr geschehen als in der Vergangenheit. Wir müssen auch in neuer Zusammenarbeit mit den verschiedensten Gremien der Ernährungswirtschaft dafür sorgen, daß der Pro-Kopf-Verbrauch an Seefischen größer und den anderen europäischen Ländern angeglichen wird. Hier die Voraussetzungen im Rahmen der neuen Politik der Bundesregierung zu schaffen, ist eine der großen Aufgaben von Legislative und Exekutive.

Der Herr Präsident des Senats hat sich nicht nur darauf beschränkt, die Grundlagen der Politik der nächsten vier Jahre aufzuzeigen, sondern hat auch weit darüber hinaus versucht, Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Meine Damen und Herren, gestatten Sie auch einen kritischen Einwand. Die Grundlage der bremischen Hafenpolitik, Herr Senator Dr. Borttscheller, war eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive. Wir befürchten, daß im Rahmen der ganzen Umstrukturierung innerhalb der Hafenanlagen Tendenzen sichtbar werden, daß lukrative Umschlagsgüter von einigen privaten Unternehmungen wahrgenommen werden und die etwas arbeitsaufwendigeren und nicht so lukrativen dann bei der Anstalt „Bremer Lagerhaus-Gesellschaft" verbleiben. Uns verbindet, glaube ich, eine gemeinsame Arbeit, uns verbindet auch eine gemeinsame Zusammenarbeit, und wir möchten bitten, daß im Rahmen der guten Zusammenarbeit zwischen dem Hafensenator auf der einen Seite und der Deputation auf der anderen Seite über dieses Problem in aller Nüchternheit gesprochen wird.

Wenn man über Zukunftsaufgaben spricht — und es ist hier die Anlage der neuen Container-Brücke, die Anlage linkes Weser-Ufer so lobend erwähnt worden —, dann, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Sie aber etwas vergessen: Sie haben vergessen, daß es eine Gemeinschaftsaufgabe dieser Regierungskoalition gewesen ist, als wir damals gesagt haben, es kommt nicht nur darauf an, neue Hafenanlagen auf dem linken Weserufer zu erstellen, sondern den Antrag gestellt haben, der im Kreise meiner politischen Freunde erarbeitet worden ist, dieses linke Weserufer als eine wirtschaftliche Einheit anzusehen, mit Einschluß von Wohnung, Arbeitsplatz, Verkehr und so weiter. Und wenn ich Ihrer Diktion folgen darf, Herr Dr. Sieling, dann haben Sie eine Antwort darauf: Da haben Sie wieder einmal Glück gehabt, daß das so sauber hingekommen ist.

(Heiterkeit)

Glück hat bekanntlich in der Politik nur der, der auch den Mut hat, etwas zu leisten.

Auf diesem Gebiet also müssen wir im Rahmen der neuen Industrieansiedlung eine vorausschauende Politik treiben, und auf diesem Gebiet wollen wir neue Anstrengungen unternehmen. Meine Damen und Herren, es ist doch objektiv nicht wahr, daß hier festgestellt worden ist, Bremen habe auf dem Gebiet der Ansiedlung von neuen Industrien nichts getan! Woher kommt denn das Wachstum dieser Stadt, wie erklärt man sich denn, daß Bremen die drittgrößte wachstumsträchtigste Stadt der Bundesrepublik ist, daß die Zahl der Beschäftigten von Jahr zu Jahr zugenommen hat? Das kann man doch nur damit erklären, daß eben die Wirtschaftskraft dieser Stadt, dieser beiden Städte Bremen und Bremerhaven, sehr stark ausgeweitet worden ist. Ich glaube, diese Politik müssen wir fortsetzen, um neue Industrien nach Bremen zu holen, um damit unser Steueraufkommen zu verbessern.

Der Präsident des Senats hat im Rahmen seiner Regierungserklärung davon gesprochen, daß wir eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der Raumordnung mit Niedersachsen durchzuführen haben. Meine Damen und Herren, wir gehen in einer bestimmten Beziehung völlig konform. Ich habe heute hier nur Zustimmung gehört, von seiten der NPD, von seiten der CDU, von seiten der FDP und auch von meinen eigenen politischen Freunden: Es kann und darf nicht mehr so gehandhabt werden, daß sich nur Vertreter der Exekutive über Raumordnungsfragen unterhalten,

(Beifall bei FDP und CDU)

sondern es muß eine gemeinsame Zusammenarbeit der beiden Landtage von Niedersachsen und Bremen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten möglich sein, um die wirtschaftliche Ausnutzungskraft zu verstärken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Land Bremen hat erhebliche Vorleistungen gemacht. Wir haben unsere niedersächsischen Freunde vielfach erst zu ihrem Glück zwingen müssen, wenn ich an die Mittelweserkanalisierung, die Elektrifizierung der Bundesbahn, die Zurverfügungstellung der Mittel zur Fuldakanalisierung und so weiter, und so weiter denke.

Meine Damen und Herren, wir sollten nicht vergessen, daß die Politik der alten Bundesregierung eine einseitig ausgerichtete Politik war, eine Politik des einseitigen Ausbaus der Verkehrswege zu den Rheinmündungshäfen. Und auch das soll hier offen ausgesprochen werden: Wir wollen mit unseren holländischen und belgischen Freunden in der EWG fair zusammenarbeiten. Wir

sind keine Nationalisten. Wir wünschen den gesunden Wettbewerb auf der Grundlage der gleichen Startchancen. Diese Startchancen fordern wir für unsere Seehäfen. Das Werden und Wachsen einer größeren Zusammenarbeit der norddeutschen Küstenländer, meine Damen und Herren, bedingt aber auch, daß wir uns gemeinsam vom Parlament und von der Regierung bemühen, Spannungsfelder, die aufgetreten sind, abzubauen, daß man sich nicht Tage, Wochen und Monate über Tarifpolitik zu unterhalten hat und in der letzten Konsequenz nur zwei gemeinsame Verlierer auf dieser Entwicklungsstufe bleiben, nämlich Hamburg und Bremen.

Wir müssen uns gemeinsam auch darüber klar werden, daß mit dem Wachsen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dieses einheitliche Handeln, dieses gemeinsame Vorgehen der norddeutschen Küstenländer in wesentlichen Fragen die Voraussetzung dafür ist, daß wir im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unsere Stellung halten können, wenn wir im Rahmen von Absprachen einig und geschlossen in solche Auseinandersetzungen hineingehen. Wir wissen, daß dieses Wachsen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, meine Damen und Herren, mit Einschluß Englands, und das sei auch hier klar festgestellt, mit Einschluß der jetzigen EFTA-Länder, ohne erhebliche Opfer nicht abgehen wird. Opfer, meine Damen und Herren, die wir dann aber alle gemeinsam zu tragen haben.

Wir Sozialdemokraten sprechen sehr oft von Gemeinschaftsaufgaben. Wir haben auch im Rahmen der bisherigen Koalitionspolitik dafür entscheidende Voraussetzungen geschaffen. Meine Damen und Herren, wir meinen damit unser Schul- und Bildungswesen, und, Herr Dr. Sieling, das stimmt, sehr oft haben diese Fragen im Brennpunkt der politischen Diskussion gestanden. Das öffentliche Bewußtsein hat noch nicht begriffen, daß in der Welt des 20. Jahrhunderts das wirtschaftliche Potential und die politische Selbstbehauptung eines Staates vom Stande seines Bildungswesens abhängig sind.

(Beifall bei der SPD)

Die in den letzten Wochen getroffene Entscheidung der Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer können wir nur mit einer traurigen Feststellung zur Kenntnis nehmen. Wir müssen aber auch davon ausgehen, daß im Rahmen des föderalistischen Staatsaufbaus der Bundesrepublik hier bald, meine Damen und Herren, eine Entscheidung getroffen wird. Die Länder und der Bund zusammen haben die große verpflichtende Aufgabe unserer Zeit zu sehen. Dazu gehört die finanzielle Entscheidung für die Universität Bremen. Deshalb können wir die Ausführungen des Präsidenten des Senats nur vollinhaltlich unterstützen. Wir befürworten auch, daß Bremen beziehungsweise der Senat alle Maßnahmen trifft, die nach der notwendigen Regelung der finanziellen Beteiligung von Bund und Ländern oder eines der beiden Bereiche ein sofortiges Anlaufen des Universitätsbaus ermöglichen.

So sehr wir im Interesse der deutschen Wirtschaft und Forschung die Errichtung einer Universität in Bremen begrüßen, meine Damen und Herren von der Opposition, so deutlich müssen wir doch nochmals erklären, daß Bremen allein diese Aufgabe nicht meistern kann, wenn es nicht die Grundlagen seiner Existenz und seine nationale Aufgabe als Seehafen gefährden will.

Hier kann heute nicht zu allen wichtigen Bildungs- und Ausbildungsfragen Stellung genommen werden. Eins soll aber hier noch mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Meine Damen und Herren, wer sich darüber aufregt, daß einige Studenten gelegentlich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung lautstark von sich geben, der sollte vor allem auch die Stimmen jener Studenten, Schüler und berufstätigen jungen Menschen hören, die mit Recht verlangen, daß ihnen ein Bildungswesen zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen von Gegenwart und Zukunft wirklich gerecht wird. Wir wünschen daher die Diskussion mit der jungen Generation, wir sind dabei, wenn es zu neuen Möglichkeiten durch kooperativen Föderalismus kommt.

Uns fehlt in Bremen seit langem eine Stätte der freien Diskussion unter und mit jungen Menschen, an der sich alle beteiligen können, die sich für Politik und Gesellschaft interessieren. Die Volkshochschule verrichtet ihre anerkennenswerte Tätigkeit in vielen Gebäuden der Stadt, die sich nicht gerade für Bildungsarbeit eignen. Die sozialdemokratische Fraktion hat die feste Absicht, den Bau eines Gemeinschaftshauses für die Erwachsenenbildung im Laufe der Legislaturperiode zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, wir würden uns freuen, in diesem Fall unseren Koalitionspartner FDP und die CDU zu unseren Verbündeten zählen zu können.

Der Präsident des Senats hat in seinen weiteren Ausführungen über Probleme des sozialen Wohnungsbaus gesprochen. Meine Damen und Herren, schenken wir uns viele dieser Dinge. Herr Kollege Schubert, ob ein neues Gesetz oder eine Verantwortung ausreicht, ist gar nicht die Grundlage der Diskussion. Die Grundlage der Diskussion muß sein, daß wir dem Verfassungsartikel unseres Landes gerecht werden, der davon spricht, daß jeder Bürger Anspruch auf eine angemessene und ausreichende Wohnraumversorgung bekommt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Schubert [FDP]: Völlig klar!)

Wenn das die gemeinsame Grundlage ist, brauchen wir uns über das andere gar nicht zu unterhalten.

Wir wissen, daß das Millionen erforderlich gemacht hat. Wir wissen aber auch, meine Damen und Herren, daß der Städtebau und die Stadterneuerung von heute neue Aufgaben zu erledigen haben. Aufgaben, die Umwelt des Bürgers, seinen Lebens- und Bewegungsraum so zu

gestalten, daß er sich darin wohlfühlt, daß er in seiner Wohnung, in seinem Heim, in seiner Familie die notwendige Abgeschlossenheit hat, auf der anderen Seite aber den erforderlichen Kontakt zur Umwelt, zu seinen Mitbürgern, zur Gemeinde, zum Staat bekommt und auch letzten Endes in der Beziehung der einzelne den Kontakt mit der Gesellschaft nicht verliert.

Unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven, meine Damen und Herren, sind durchweg zu eng geworden für das pulsierende Leben in ihnen. Sie müssen einen neuen Zuschnitt erhalten. Die Frage ist, wie dieser Zuschnitt aussehen und wie er gestaltet werden soll. Deshalb müssen Forschung und Wissenschaft mehr als in der Vergangenheit helfen, Antworten auf diese Frage zu finden. Wir müssen auch für uns ein Bild der Raumordnung haben, wie ich es vorhin versuchte deutlich zu machen in unserem Verhältnis zum Nachbarland Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, wir sind eine wachsende, wir sind eine pulsierende Stadt. Unsere Städteplanung für die Stadt Bremen ist ausgerichtet auf eine Bevölkerungszahl von 800 000. Wir können hier reden über Verkehrsprobleme so viel wir wollen. Wenn wir die Verkehrsbeziehungen von morgen in den Griff bekommen wollen, dann dürfen wir nicht immer nur die Perspektive der Vergangenheit vor uns aufrichten, sondern dann müssen wir auch den Mut zu modernen neuen Lösungen für den Bürger von morgen entwickeln. Wir können die Grundstruktur unserer Stadt nicht mehr ändern. Dieses Gummiband von über 40 Kilometer Länge und einer Breite von 7 bis 8 Kilometer muß unter diesen neuen Aspekten des Städtebaus von morgen gesehen werden.

(Glocke)

Präsident Engel: Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß auch Ihre Redezeit abgelaufen ist. Wie lange, Herr Abgeordneter Boljahn, werden Sie noch in Anspruch nehmen müssen?

Abg. **Boljahn** (SPD): Herr Präsident, ich brauche nur noch anderthalb Minuten, im Gegensatz zu meinen Kollegen.

Präsident Engel: Dann bin ich vollkommen beruhigt.

(Heiterkeit)

Abg. **Boljahn** (SPD): Wenn ich das hier feststelle, dann meine ich, müssen wir gemeinsam — und das ist eine gemeinsame Aufgabe von Regierungsparteien und Opposition — den Versuch machen, Arbeit, Wohnung und Erholung in eine unmittelbarere Beziehung zu bringen als wir sie heute haben. Nicht, daß wir 60, 70 Prozent unserer Bürger quer durch die Stadt transportieren müssen! Da können wir unsere Straßen verbreitern so oft und so stark wir wollen, wir werden niemals zu verkehrsgerechten Lösungen kommen. Wir müssen heute auch von der Erkenntnis ausgehen, daß es im Rahmen von modernen Wohngebieten durchaus auch möglich ist, Versicherungsgesellschaften miterrichten oder mitarbeiten zu lassen, weil das gar nicht mit Lärm, Geruch und so weiter verbunden ist, um Arbeitswege abzukürzen und dadurch die Verkehrssituation zu verbessern.

Meine Damen und Herren, ich habe nur noch eine Minute. Wenn es darum geht, durch Politik den Rahmen für ein menschenwürdiges Leben unserer Bürger zu schaffen, dann muß unsere ständige Sorge nicht zuletzt jenen Menschen gelten, die durch ihre oft entsagungsvolle lebenslange Arbeit nicht nur den Aufbau ihrer Existenz, sondern auch den Aufbau unseres Gemeinwesens und unseres Staates mit getragen haben. Im Rahmen einer erfreulichen Zusammenarbeit haben wir ein beispielhaftes Programm des Baus von Wohnungen für alte Mitbürger anlaufen lassen, und, ich glaube, wir sind uns gemeinsam in diesem Hohen Hause darüber einig, daß wir jetzt auch den Bau von Altenpflegeheimen und Altentagesstätten als große Gemeinschaftsaufgaben den alten Mitbürgern gegenüber zu sehen haben.

Meine Dame, meine Herren von der NPD, Sie sollten das Schlußwort in meiner Rede haben, und einige Journalisten haben sie. Wenn ich davon ausgehe, was Herr Brouwer gesagt hat, dann haben einige meiner Freunde gesagt, dem könnten wir bald einen Aufnahmeschein für die SPD geben, denn soviel gemeinsame Erkenntnisse der von dieser Regierungskoalition getragenen Politik sind dabei sichtbar geworden. Das, was man hier sagt, und das, was man in anderen Bundesländern sagt, hat nur etwas nicht mehr Gemeinsames.

Wir sind der Meinung, daß die NPD ein Fremdkörper in unserer parlamentarischen Demokratie ist. Und, meine Dame, meine Herren, wir werden einige Ihrer Mitglieder, auch wenn sie sich neuerdings ein demokratisches Mäntelchen umlegen, sehr genau beobachten. Ich verfolge sehr aufmerksam das, was Mitglieder der NPD in deutschen Bundesländern als Parlamentarier sagen, und was ihre Gau- und Wanderredner auf vielen Veranstaltungen zum Besten geben. Das steht nicht im Einklang.

Wir meinen, Freiheit und Demokratie haben nur eine Chance, wenn wir sie täglich neu ernst nehmen, wenn wir sie gemeinsam verteidigen, gemeinsam, gegen die Kräfte des Ungeistes und des Rückschritts, und wenn wir bereit sind, auch Opfer zu tragen, damit unsere Bürger in der Zukunft noch besser als heute frei und sicher leben können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, wir haben ja nun unseren Fahrplan mit Verzögerung hinter uns gebracht. Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Den für 15 Uhr angesetzten

Sitzungsbeginn können wir nicht einhalten. Ich schlage Ihnen deshalb 15 Uhr 30 vor.

(Unterbrechung der Sitzung 13.28 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 15.30 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren fort in der Aussprache über die Regierungserklärung. — Vorab, meine Damen und Herren, möchte ich herzlich unsere Gäste in der heutigen Sitzung begrüßen. Es besuchen uns heute nachmittag eine Gruppe von Studienreferendaren, das Lehrerkollegium des Alten Gymnasiums und ein Lehrgang der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Oltmanns.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Ergänzung zu den Ausführungen meines Kollegen Schubert möchte ich zu der Regierungserklärung des Herrn Bürgermeisters Stellung nehmen und dabei speziell Bremerhavener Probleme ansprechen.

Meine Damen und Herren, Ihnen ist bekannt, daß sich die Wirtschaft Bremerhavens im wesentlichen auf drei Säulen stützt: Fischerei, Werften und Überseehafen. Das bedeutet, daß die Bremerhavener Wirtschaft einseitig, nämlich zu stark seewärts, orientiert ist. Für Bremerhaven gilt es daher in besonderem Maße, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern, das heißt, wie der Herr Bürgermeister bereits betonte, konjunkturstabilisierende Wirtschaftszweige zu fördern und neue Betriebe dieser Art anzusiedeln. Selbstverständlich muß es Aufgabe des Senats und des Magistrats der Stadt Bremerhaven bleiben, die drei großen standortbedingten Wirtschaftszweige in Bremerhaven weiterhin zu fördern.

Über die Fischwirtschaft ist leider mehr Ernstes als Erfreuliches zu berichten. Auf einen seit Jahren in Gang befindlichen Strukturwandel muß in diesem Zusammenhang hingewiesen werden: Die Änderung der Verbrauchergewohnheiten, die billigeren konkurrierenden Lebensmittel, der starke Rückgang der Fischgeschäfte im Binnenland von 5000 auf zirka 2500 hat die Fischwirtschaft vor ernste Probleme gestellt. Auch muß negativ vermerkt werden, daß die Anlandungen von Frischfisch in der Bundesrepublik stark zurückgehen; innerhalb der letzten zehn Jahre von 300 000 Tonnen auf zirka 150 000 Tonnen. Dieser Rückgang hat dazu geführt, daß die Umschlagsanlagen in Bremerhaven nicht mehr optimal ausgenutzt werden und die kontinuierliche Beschäftigung der Arbeitnehmer nicht immer gesichert ist.

Wir Freien Demokraten möchten den Senat dringend bitten, daß alles getan wird, damit die noch vorhandenen Frischfischkapazitäten in Bremerhaven gehalten werden, und insbesondere auch dafür zu sorgen, daß nicht weitere Reedereien von anderen Märkten abgeworben werden. Dieses würde wohl auch den Vereinbarungen der Länder Bremen und Niedersachsen über eine zukünftige enge Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Fischerei widersprechen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Oltmanns, ich muß pflichtgemäß auf die Bestimmung der Geschäftsordnung aufmerksam machen, wonach von diesem Platz aus in freier Rede gesprochen werden soll. Eine Ausnahme bildeten heute vormittag die ausführlichen Stellungnahmen der einzelnen Fraktionsvorsitzenden. Ich darf Sie bitten, sich nach dieser Bestimmung der Geschäftsordnung zu richten.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Das ist mir nicht bekannt. Darauf bin ich leider nicht vorbereitet.

Präsident Engel: Ich bedaure. Solche Fälle sind in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Erfolgreich war hingegen die Politik des Senats, den Tiefkühlfisch in Bremerhaven besonders zu fördern. Die Ergebnisse auf diesem Gebiet können als befriedigend angesehen werden. Bremerhaven ist in der Bundesrepublik der größte Anlandemarkt für Tiefkühlfisch geworden. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die ständig größer werdenden Schiffsgrößen für die Hafen- und Schleuseneinfahrten problematisch werden.

Es ist erfreulich festzustellen, daß der Senat der Werftindustrie seine besondere Aufmerksamkeit schenken will. Im Jahre 1966 war die Beschäftigungslage in den Bremerhavener Werften noch recht schlecht, während im Jahre 1967, ja bis zum Jahre 1969 die Beschäftigungslage auf den Werften in Bremerhaven als zufriedenstellend angesehen werden muß. Wir hoffen, daß der Senat weiterhin die entsprechenden Zuschüsse und Bürgschaften gewähren kann, damit die Anschlußaufträge für die Werften auch für die Zukunft sichergestellt bleiben.

In den früheren Jahren war das Gebiet südlich des Fischereihafens, insbesondere das Gebiet, das wir als Luneort kennzeichnen, der Fischerei allein vorbehalten. Heute besteht allerdings Einigkeit darüber, daß wegen der vordringlichen wirtschaftlichen Strukturverbesserung dieses Gebiet hier für allgemeine gewerbliche Zwecke genutzt werden kann. Wir freuen uns deshalb besonders darüber, daß in den vergangenen Jahren in diesem Gebiet in gemeinsamer Arbeit von Magistrat und Senat Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in beachtlichem Maße durchgeführt worden sind. Ich denke hierbei insbesondere an die Erschließung des Gebietes Deichhemme. Es ist ermutigend festzustellen, daß das Gelände Deichhemme, das ich soeben erwähnte, bis auf den letzten Quadratmeter für industrielle

Ansiedlung vergeben ist. Sie werden sich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aus Bremen, wenn Sie nach Bremerhaven einfahren, sicher über die rege Bautätigkeit freuen, die dort festzustellen ist. Hier wachsen die Neubauten für Gewerbe und Industrie. Es ist ein angenehmes Bild, das sich dem Beschauer bietet, und wir wollen hoffen, daß es auch in der Zukunft, in den nächsten Jahren, so bleiben kann.

Dankbar sind wir dem Herrn Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr dafür, daß er den Modellversuch für die neue Seeschleuse veranlaßt hat. Nach Vorlage der Gutachten hierüber werden wir uns in diesem Hohen Hause über ein solches Vorhaben, den Bau einer neuen Seeschleuse in Verbindung mit der Nutzung der Luneplate, unterhalten müssen. Ebenso freuen wir uns darüber, daß die Verrohrung eines kleinen Flusses südlich Bremerhavens mit Namen Rohr beschlossen worden ist und hier dann in Zukunft weiteres Industriegelände zur Verfügung steht.

Für den Norden unserer Stadt, den Überseehafen, kann ebenfalls über eine gute Entwicklung berichtet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet worden. Ich denke hier insbesondere an die Aufnahme der Fährverbindung nach England und an die Errichtung von Weserport und die Befestigung des Bodens der Erzlagerung Hafen Weserport.

Es freut uns Bremerhavener besonders, daß wir aus der Regierungserklärung und den Verlautbarungen des Senators für Häfen, Schiffahrt und Verkehr entnehmen können, daß das Schwergewicht für den Ausbau der Hafenanlagen für Land und Stadt Bremen in Zukunft in Bremerhaven liegen soll. Angesprochen werden soll in diesem Zusammenhang der Container-Umschlagshafen und das Container-Terminal, von dem wir hoffen, daß Hamburg und Bremen sich hier einigen könnten. Es ist ja leider, wie schon erwähnt, gestern in der Bürgerschaft in Hamburg abgelehnt worden. Wir hoffen aber, daß hierüber das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Erfolg dieser Pläne wird aber auch weiter davon abhängen, ob die Bundesautobahn zwischen Bremen und Bremerhaven fristgerecht fertiggestellt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und jetzt noch ein Wort zu den Finanzen. Wir Bremerhavener begrüßen es, daß durch die Koalitionsvereinbarung die volle Selbstverantwortung der städtischen Finanzgebarung auf die Stadt Bremerhaven übergeht. Wir freuen uns, daß unser Finanzsenator Rolf Speckmann seine Vorstellungen verwirklichen konnte. In Zukunft werden die aufkommenden Steuern der im stadtbremischen Hafengebiet ansässigen Firmen der Stadt Bremerhaven zufließen. Außerdem übernimmt das Land Bremen 95 Prozent der Personalkosten für die Vollzugspolizei und für die Lehrkräfte an den Schulen. Ferner wird durch die Koalitionsvereinbarung Bremerhaven in die Lage versetzt, 50 Millionen DM für die laufende Legislaturperiode aufzunehmen. Die Stadt kann jetzt für vier Jahre im voraus planen.

Alles in allem begrüßen wir Freien Demokraten die in der Regierungserklärung aufgezeigten Pläne und politischen Zielsetzungen. Dem neuen Senat wünschen wir Freien Demokraten aus Bremerhaven Glück und Erfolg bei seiner Arbeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus dem Katalog der in der Regierungserklärung aufgezeigten Probleme und Aufgaben möchte ich zwei herausgreifen, und zwar zunächst das Problem der Universität. Der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick, sagte in seiner Regierungserklärung unter anderem hierzu — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier zitieren —: „Vor der ersten großen Belastungsprobe des Kulturföderalismus stehen heute die Länder, wenn sie dem Wunsche Bremens nachkommen, in der nächsten Zeit darüber zu befinden, ob die Länder insgesamt — die Länder mit dem Bund, oder der Bund allein — zu den laufenden Kosten der Bremer Universität beitragen".

Wir sind mit dem Herrn Präsidenten des Senats der Meinung, und in diesem Hohen Hause gibt es wohl kaum eine andere Stimme — mir ist jedenfalls bisher, auch aus der vergangenen Legislaturperiode, keine andere bekannt geworden —, daß Bremen niemals allein die Belastungen tragen kann, die eine bremische Universität nun einmal mit sich bringt, und zwar weder auf die Kosten für die Gründung einer Universität bezogen, noch auf die Kosten, die in Zusammenhang mit der laufenden Unterhaltung stehen.

Aber stellen wir uns vielleicht einmal die Frage: Sind diese Belastungen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben, und sind die Probleme, mit denen wir uns im Rahmen der nun acht Jahre andauernden Beratungen über die Universität befassen, vielleicht nicht ein Mangel, der aus dem Fehlen eines Bundeskultusministeriums herrührt? Meine Damen und Herren, die Freien Demokraten betrachten es nun schon bald als eine Uraltforderung, ein solches Kultusministerium auf Bundesebene zu errichten, ohne damit allerdings vom extremen Länderföderalismus in das Extrem des Zentralismus zu verfallen. Eine gut ausgewogene Mitte scheint uns hier das rechte Maß der Dinge zu sein.

Meine Damen und Herren, ich bin nicht der Meinung des Herrn Kollegen Brouwer, der heute morgen meinte, die bremische Universität stelle sich vielleicht wie ein Abenteuer dar. Ich meine vielmehr, daß wir, auf dem Boden der Tatsachen

stehend, uns weiterhin mit dieser Frage auseinanderzusetzen haben. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, daß nach allem, was hinter uns liegt, ein neuer Anfang gemacht werden muß — wenn Sie so wollen —, allerdings ein fortschrittlicher Anfang, der der jetzigen Situation entspricht, wie sie sich uns auf dem Gebiet der Universitäten und Hochschulen in vielerlei Problemen gerade in der jetzigen Lage darbietet. Ob nun diese oder jene Form, sei es die Beratung der Universität Göttingen oder die Frage der Patenschaft durch die Universität Göttingen oder die Berufung eines neuen Gründungsausschusses, in die Wirklichkeit umgesetzt werden wird, so sind wir auf jeden Fall der Meinung, daß dieser fortschrittliche neue Anfang immer dabei von uns allen im Auge behalten werden sollte.

Denken wir daran, was sich inzwischen an den deutschen Universitäten gerade in den letzten Monaten gezeigt hat. Ich glaube, es gibt kaum jemand, der der Meinung ist, daß man Herrn Dutschke oder Herrn Teufel mit der deutschen Studentenschaft identifizieren kann. Aber wir sollten diese Erscheinungen, wie sie sich vor uns auftun, ernst nehmen. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vielleicht noch einmal zitieren, diesmal aus einem Artikel des „Sonntagsblattes" vom 5. November dieses Jahres unter der Überschrift: „Woran die Hochschule krankt". Dort wird unter anderem ausgeführt:

„Es fehlt" — gemeint ist die Struktur an den Universitäten — „das wirkliche Gegengewicht. Das zeigt sich nicht zuletzt deutlich an den Organen der Willensbildung einer Hochschule. Obwohl eine Hochschule keine Einrichtung von Professoren für Professoren ist, wie etwa eine wissenschaftliche Akademie, sondern eine institutionalisierte von der Gesellschaft alimentierte Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden darstellt, und obgleich deshalb Angelegenheiten aller Mitglieder der Gemeinschaft zu behandeln sind, erledigen meistenorts die Professoren alles allein. Nur zögernd setzt sich die Beteiligung von Assistenten und Studenten durch. Der Weg über die bloße Anhörung zur vollen Mitentscheidung scheint noch lang zu sein".

Die FDP-Fraktion, meine Damen und Herren, meint, wir alle sollten auf möglichst breiter Basis dafür sorgen — soweit es im Bereich unserer Möglichkeiten steht —, daß an der künftigen Universität dieser Weg verkürzt wird. Soweit zur Universität.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie zum Abschluß meiner Ausführungen einige Worte zu dem Problem Wollingst, das heute morgen schon vom Herrn Kollegen Dr. Sieling hier angesprochen wurde. Ich habe in diesem Hohen Hause wiederholt in den Haushaltsberatungen oder bei anderen Gelegenheiten und nicht zuletzt in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß diese wohl in der Bundesrepublik — das kann man heute wohl ohne Übertreibung sagen — einmalig dastehende Form der politischen Bildung für Jugendliche, Schüler und auch Erwachsene von der Bürgerschaft weitgehend unterstützt werden sollte. Die FDP-Fraktion begrüßt es, daß Herr Präsident Engel sich in einer Verlautbarung, die in der bremischen Presse vor kurzem erschien, für die Beibehaltung dieser Seminare der politischen Bildung ausgesprochen hat.

Präsident Engel: Herr Abgeordneter John, darf ich aufgrund des mir zustehenden Rechtes einschalten: So habe ich das nicht gesagt,

(Abg. Schubert [FDP]: So haben wir es verstanden! — Heiterkeit)

sondern ich habe zum Ausdruck gebracht, daß nicht die Bürgerschaft es war, die beschlossen hat, Wollingst abzuschaffen.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, ich danke Ihnen für den Hinweis. Meine Absicht lag darin, Ihnen für die Bereitschaft, sich dazu zu äußern, zu danken. Weiteres wollte ich nicht zum Ausdruck bringen.

Präsident Engel: Ich nehme es gern zur Kenntnis.

Abg. **John** (FDP): Meine Damen und Herren, wir meinen als FDP-Fraktion, daß der Wille der Bürgerschaft, möglichst des gesamten Parlamentes, in den Haushaltsberatungen, die vor uns liegen, vielleicht auch bei anderer Gelegenheit, in dieser Hinsicht durch entsprechende Beschlüsse zur finanziellen Sicherung dieses Unternehmens zum Ausdruck kommen sollte, wenn ich es einmal so ausdrücken darf, weil wir meinen, daß das dort investierte Kapital für die politische Bildung ein gut investiertes Kapital für die Demokratie ist.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Grundsatzerklärungen am heutigen Vormittag ist es nun meine Aufgabe, auf die Erklärungen der Sprecher der Fraktionen zu antworten und für den Senat zu versuchen, eine zufriedenstellende Antwort zu geben.

Ich darf Ihnen zunächst einmal ganz herzlich danken für die Form und die Art, wie Sie sehr sachlich die Regierungserklärung untersucht und sich Ihrerseits bemüht haben, Ergänzungen, Anregungen und Vorschläge für die Gestaltung der Arbeit in den nächsten vier Jahren zu geben. Dieser Dank ist an alle vier Fraktionen gerichtet. Ich meine, daß es auch für mich von einer nicht unbeträchtlichen Bedeutung war, daß doch in so starkem Maße Opposition wie Regierungskoalition sich mit den Grundgedanken, den Grundsätzen und den Planungen dieser Regierungserklärung einverstanden erklärt haben, wenngleich differenziert hier und da Besorgnisse, Bedenken oder neue Vorschläge entwickelt wurden.

Ich glaube allerdings auch, daß die von mir für den Senat zu vertretende Regierungserklärung im

wesentlichen auch nichts anderes beinhaltet hatte als das, was in langen, gemeinsamen Arbeiten zwischen Senat und Parlament entwickelt, vorgedacht, vorgeplant hier Ihnen konkretisiert vorgelegt wurde. Und wenn dann geklagt wurde — ich glaube, Herr Dr. Sieling war es —, daß ich in der einen oder anderen Frage nicht konkret genug gewesen wäre, dann darf ich Ihnen sagen, es ist besser, und es ist sachlich der Aufgabe dienlicher, wenn ich die Perspektiven aufreiße, auf die wir gemeinsam zusteuern wollen, die wir gemeinsam erreichen wollen, als daß ich konkrete Prognosen stelle, von denen heute keiner sagen kann, ob sie letztlich im Detail erfüllbar sind.

Das, was wir einmal glaubten in einem Zustand des Zukunftsoptimismus, daß alles vorher erkennbar und erklärbar sei, daß die Zuwachsraten der Wirtschaft, die ja sehr wesentlich das Gestalten im bremischen Haushalt bedingen, von vornherein unveränderlich seien, von diesem Zukunftsoptimismus sind wir doch wohl gemeinsam seit ungefähr anderthalb Jahren befreit worden. Leider, muß ich sagen, befreit worden, oder Gott sei Dank, weil wir damit auch den Raum schaffen für eine sehr sorgfältige und sehr gründliche Vorüberlegung in die Zukunft, und zwar in die nähere Zukunft von vier Jahren und in die weitere Zukunft etwa an dem Ende dieses Jahrhunderts.

Das zur generellen Seite der heutigen Aussprache, und ich darf ja wohl die beiden Erklärungen der Herren Abgeordneten Oltmanns und John als ergänzende Erklärungen zu den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der FDP verstehen, darf insofern also auch die Dinge mit einbeziehen in meine grundsätzlichen Überlegungen.

Ich stand vor der Frage, Ihnen jetzt eine Gesamtausführung darzulegen, mit Ihnen über einige Grundsätze zu sprechen, oder konkret auf die Anregungen und Wünsche einzugehen, die heute morgen geäußert worden sind. Ich habe mich zum letzteren entschlossen, um Ihnen eine Antwort zu geben auf die Fragen, die gestellt worden sind.

So darf ich auch in der Reihenfolge der Redner von heute morgen anfangen mich zu bemühen, Ihnen Aufklärung zu geben da, wo Sie Aufklärung heischen, Antwort zu geben da, wo Sie Antwort gefordert haben, Auskünfte zu erteilen da, wo Sie Auskünfte verlangten. Ich möchte es mir versagen, auf die notwendigerweise polemischen Randerscheinungen, die natürlich auch von der Opposition zur Regierungserklärung gemacht werden müssen, einzugehen. Das lassen Sie uns wieder im nächsten Wahlkampf gemeinsam machen.

(Heiterkeit)

Wir kennen uns doch alle hier. Wozu sollen wir uns hier was vormachen, so daß wir diesen Teil abschalten können. Das waren die letzten Pflichtübungen noch für den Ausklang des Wahlkampfes.

(Beifall und Heiterkeit)

So lassen Sie mich zunächst einmal eine grundsätzliche Bemerkung machen. Diese Regierungserklärung ist überschattet, im wahrsten Sinne überschattet von der Vorstellung der Koalitionsparteien und des Senats zur Deckung eines vierjährigen Gesamthaushalts, und damit überschattet auch von den Problemen, einzusparen da, wo man einsparen kann, in der allgemeinen und inneren Verwaltung, bei den Personalkosten auf der einen Seite, und zum anderen überschattet durch die Notwendigkeit, zusätzliche Einnahmen in Bremen zu erschließen.

Zusätzliche Einnahmen heißt Grundsteuererhöhung, heißt Erhöhung der Müllabfuhr- und Kanalbenutzungsgebühren. Und ich hätte es ganz sicher nicht verstanden, wenn die Christlichen Demokraten dazu ja gesagt hätten. Das ist ja wohl die Pflicht gerade der Opposition, den Finger auf die Wunde zu legen, wenn es gilt, der Regierung etwa Geld zu versagen und dafür zu sorgen, daß sorgfältig gewirtschaftet wird.

Gleichwohl sind in der heutigen Erklärung des Herrn Abgeordneten Dr. Sieling in verschiedenen Formen neue Forderungen an den Staat und an die Gemeinde angemeldet worden, etwa in der Familienplanung. Oder: der Schulbau reicht nicht aus, hier ist noch mehr zu tun, hier ist noch etwas zu zahlen, hier müßte ausgebaut werden. Im gleichen Umfang ist aber nicht in einer Weise gesagt worden, wie von unserem Programm — 600 Millionen DM Investitionen — Abstriche vorgenommen werden können, um eventuell damit die notwendigen Mehrausgaben zu decken. Wenn man das nicht kann — und das räume ich doch ein —,

(Beifall bei SPD und FDP)

dann müssen wir uns gemeinsam überlegen, wie diese Mehrausgaben, die man selbst noch über unsere Vorstellungen hinaus fordert, auch finanziell abgedeckt werden können.

(Abg. Sagner [CDU]: Haben wir doch gesagt!)

Nein, das haben Sie nicht gesagt, Herr Sagner. Ich bitte, zuzuhören, ich komme noch darauf, was Sie gesagt haben.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das war nur eine Zwischenbemerkung!)

Ich spreche im Augenblick von dem Mehrprogramm, das Sie gefordert haben, und darauf habe ich keine Antwort bekommen, es sei denn, Sie unterstellen, wir könnten die Steuersätze höher schätzen, dann kämen Sie aber verdächtig in die Nähe, die gerade Herr Brouwer beanstandet hat, nämlich in die Nähe eines Mogel-Haushalts, den wir nicht wollen und den wir auch bisher noch nicht nötig hatten, hier zu vertreten.

Die einzige Einsparung, die konkret von der CDU vorgeschlagen worden ist, ist: baut sachdienlich,

baut schlicht und hübsch, aber nicht aufwendig, dann spart ihr 25 Millionen DM ein.

(Zuruf von der CDU: Bis 30 Millionen!)

Bis 30 Millionen. Nun gut! Also ich muß Ihnen sagen, das ist eine platonische Erklärung. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir gemeinsam bei allen öffentlichen Bauvorhaben darauf zu achten haben, daß wir sorgfältig planen und daß wir jeden überflüssigen Aufwand fallen lassen.

(Abg. Klein [CDU]: Und richtig abrechnen!)

Herr Klein, ja, ich bin mit Ihnen der Meinung: und richtig abrechnen, ganz selbstverständlich. Auf der anderen Seite sollten Sie doch mindestens in einem Fall froh sein, wenn Sie ein Objekt erwischt haben, wo es Ihrer Meinung nach nicht ganz in Ordnung war, daß Sie auf diese „Kaiserliche Werft" immer wieder zurückkommen können; Sie leben ja schon ein paar Jahre davon.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und FDP — Zurufe von der CDU)

Nein, mit Ihnen bin ich ja der Meinung, auch in diesem Fall muß sorgfältig abgerechnet werden, denn es ist Pflicht und Recht des Parlaments, auf sorgfältige Abrechnung zu drängen, und es ist Pflicht und Recht des Senats, dafür zu sorgen, daß es geschieht, so daß wir uns also völlig einig sind.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist ja großartig!)

Ich würde allerdings sagen, daß wir mit der Erklärung, baut schlicht und einfach, und dann können wir einen solchen Betrag einsparen, sicher im Anfang nichts anfangen können. Wir können allerdings ganz sicher diese Anregung aufgreifen, um bei den künftigen Planungen zu überprüfen, ob sie eventuell unter dem Vorzeichen zu großen Aufwands, zu aufwendiger künstlerischer Gestaltung oder zu anderen nicht notwendigen Dingen stehen, und wir werden dann prüfen, ob wir Mittel sparen können. Aber sehen Sie, unterstellen wir einmal, wir würden beim Bau eines Gymnasiums eine halbe Million DM einsparen, dann würden wir die ja nicht nehmen, um andere Aufgaben durchzuführen, sondern wir würden mit dieser halben Million neue Schulräume bauen, so daß doch da im Schulsektor die Einsparungen, die wir im Aufwand vornehmen, sich automatisch niederschlagen in neuen Klassenräumen. Und wenn wir billigere Straßen bauen können — ich weiß es nicht —, dann werden wir eben mehr Kilometer Straßenfläche erstellen können. Aber als Einsparungsgrundsatz werden wir hier keine öffentlichen Mittel einsparen können,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Völlig richtig!)

so daß ich glaube, daß die Opposition insoweit uns nicht gesagt hat, wie wir anstelle unserer Maßnahmen andere Maßnahmen ergreifen können, um Lücken, die in vier Jahren eintreten können, zu schließen.

Nun glaube ich allerdings auch, daß sie dazu gar nicht verpflichtet ist. Sie kann ihre Bedenken geltend machen. Sie muß sich allerdings von uns entgegenhalten lassen, daß wir, die wir in der Verantwortung stehen, in der Verantwortung auch von Ihnen stehen, uns Gedanken machen müssen, wie wir Ihnen in vier Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, damit Sie uns dann nicht vorwerfen können, daß wir hier fahrlässig in Defizite hineinmarschiert sind, die unter Umständen der nächsten Bürgerschaft die Arbeit einfach unmöglich machen. Von daher kämpfen wir für ausgeglichene Haushalte,

(Abg. Schubert [FDP] und Senator Dr. Borttscheller: Sehr richtig!)

für eine solide, vielleicht etwas hausbackene Finanzpolitik.

Aber ich bin bereit, diese hausbackene Haushaltspolitik zu vertreten, weil es mir darauf ankommt, auch dem Parlament beim nächsten Mal — und hoffentlich auch dem Senat beim nächsten Mal, hoffentlich auch unter meiner Führung — die Gelegenheit zu geben, aufzutreten mit Planungen für die zukünftige Zeit. Wir müssen also den Mut haben, bestimmte Entscheidungen zu treffen. Und nun sagen Sie, na ja, was habt ihr in Bremen denn schon anders gemacht, als was ihr dem Bund vorwerft: Haushaltssicherungsgesetze. Ihr nehmt doch nach der Wahl dem Bürger das weg, was ihr vor der Wahl versprochen habt. — Das ist leider nicht so, oder, besser gesagt, das ist Gott sei Dank nicht so. Leider, nur wegen der Replik.

Im Bundestagswahlkampf 1965 hat verantwortlich die Bundesregierung es zugelassen, trotz eines Machtinstruments im Grundgesetz Ausgabenmehrbeträge beschließen zu lassen, die nicht gedeckt waren. Und sie hat das Veto gegen diese Gesetze nicht eingelegt. Ganz im Gegenteil, sie hat mit zustimmender Stellungnahme diese Gesetze an den Bundesrat weitergeleitet, damit auch die Länder zustimmen sollten. Und als der Wahlkampf beendet war, dann hat man durch Haushaltssicherungsgesetze alles das zurückgenommen, was man vorher beschlossen hatte. Wir haben in Bremen dagegen keine Maßnahme zurückzunehmen, die bis zum Jahr 1967 versprochen und angefangen war. Wir haben nur vorzusehen, daß zwischen 1967 und 1971 die Maßnahmen, die wir durchführen wollen, auch finanziell abgedeckt sind. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zweitens, ich halte auch nichts davon, Äpfel und Birnen zu vergleichen, es sei denn, wir sagen, beides ist Obst. Aber wenn wir in diese Sachdebatte hineingehen, dann müssen wir doch anerkennen, daß diese Maßnahme auf der Bundesebene, durch Haushaltssicherungsgesetze gesetzlich beschlossene Rechtsverpflichtungen aufzuheben, zu verändern, zu

verringern oder ganz ungültig zu machen, sehr entscheidend dazu beigetragen hat, daß in der Öffentlichkeit ein Mißbehagen über diese Form der Demokratie eingetreten ist.

(Abg. Dr. Franke [SPD]: Sehr richtig!)

Uns kann man gegebenenfalls vorwerfen — und das muß ich gegen mich gelten lassen —, daß wir nicht deutlicher vor der Wahl gesagt haben, daß es auch gegebenenfalls zu Steuererhöhungen kommen könnte. Ich räume ein, diesen Vorwurf haben wir einzustecken, und den müssen wir gegenüber der Bevölkerung vertreten. Auf der anderen Seite aber war es auch gerade die Forderung der Opposition, die uns in der Frage festlegt, nicht mehr finanzielle Verpflichtungen einzugehen, als wir finanziell auch abdecken können. Nach Ihren eigenen Darlegungen gibt es keinen Bereich bei Ihren Mehrforderungen oder bei Ihren sonstigen Uberlegungen, wo wir diese Summen einsparen können.

Mein zweites Argument, das ich ansprechen muß — ich glaube, Herr Schubert hat es auch schon angedeutet —: Wir sind in der großen Auseinandersetzung um die Finanzierung der bremischen Universität davon abhängig, daß auch die anderen Länder tatsächlich durch materielle Hilfen oder durch eine politische Grundsatzentscheidung — daß wir mit dem Bund verhandeln können — uns helfen. Wir haben in der Vergangenheit wiederholt erleben müssen, daß uns diese Länder vorgeworfen haben, daß wir in unserem eigenen Bereich unsere eigenen Einkommens- oder Steuerquellen nicht ausschöpfen, während sie von ihren Bürgern ganz andere Belastungen fordern müssen. Ich muß dieses Argument, das nicht vordergründig sticht, für diese Gebührenerhöhung aber mit in die Erinnerung des Parlaments rücken, damit Sie wissen, vor welchen Schwierigkeiten wir bei Verhandlungen stehen.

Nun hat die Christlich-Demokratische Union gesagt, in einer Frage sind wir einig, in Fragen der Eigenstaatlichkeit stehen wir zusammen, gegen jeden Angriff, gleich, woher er kommt, sei es Kühn, sei es Meyers, Nes van Ziegler oder ein anderer. Ich darf mich hier für den Senat für diese Erklärung ganz herzlich bedanken. Die CDU hat zum ersten Mal deutlich gemacht, als ein Sozialdemokrat — Nes van Ziegler — die Forderung erhob, Bremen könne doch in Niedersachsen eingemeindet werden, daß sie gegen diese Eingemeindungsvorschläge eintreten werde. Das hat mich gefreut. Ich hätte mich mindestens ebenso sehr gefreut, wenn sie es auch getan hätte, als damals Meyers eine solche Forderung erhoben hat.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr richtig! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Haben wir auch getan! — Abg. Fischer [CDU]: Bei Kühn haben wir es auch gemacht!)

Da standen wir ganz allein. Ich räume zwar gern ein, daß Sie vielleicht ein geheimes Schreiben losgeschickt haben. Das weiß ich nicht. Fest steht jedenfalls, und soweit jedenfalls können wir den bremischen Zeitungen glauben, daß die bremische CDU nicht Manns genug gewesen ist, das der bremischen Presse beizubringen, denn dann wäre dieses andere Votum auch in den hiesigen Zeitungen erschienen. In keiner Zeitung finden wir eine solche Erklärung von Ihnen.

(Abg. Klein [CDU]: Sie lesen doch das „Bremer Echo"! — Heiterkeit)

Herr Klein, da muß ich sagen, leider ja!

(Heiterkeit — Abg. Kulenkampff [CDU]: Aber wahrscheinlich nicht gründlich genug!)

Aber diese Deklamation, in die eigene Parteizeitung etwas reinzuschreiben, was man offiziell nicht sagen will, kennen wir aus unserer eigenen Zeitung.

(Stürmische Heiterkeit)

Das nehme ich nicht ganz so ernst. Von daher also sollten wir uns auch nicht unterhalten.

Aber wir wollen doch gar nicht über Vergangenes rechten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt auf die Zukunft an, und da ist uns jeder Bundesgenosse willkommen. Wir sollten aufhören, wie bei der „Kaiserlichen Werft" immer in der Vergangenheit zu schwelgen. Das gilt für diesen Vorwurf, wie auch für einige andere, die heute hochgekommen sind. Aber ich werde mir erlauben, noch hinterher einige Bemerkungen dazu zu machen.

Herr Dr. Sieling hat auch gefragt: Wie wollt ihr eigentlich einsparen bei den Personalkosten, wenn ihr zum gleichen Zeitpunkt übertriebene Forderungen des öffentlichen Dienstes unterstützt. Da kann ja nur Koschnick gemeint sein, der an Lücke geschrieben hat, wir möchten zusammenkommen. Ja, ich habe das gefordert, weil ich es für katastrophal gehalten hätte, wenn Bund, Länder und Gemeinden in dieser Tarifauseinandersetzung auseinandergebrochen wären. Wir waren mit Herrn Bundesminister Lücke einer Meinung, Bundesregierung und Länderregierungen, aber die Gemeinden drohten ja auszubrechen, und wir hätten einen Streik bekommen bei den Gemeinden. Das wäre ganz sicher für das Ansehen des öffentlichen Dienstes nicht dienlich gewesen und hätte auch die Stellung der öffentlichen Arbeitgeber nicht erleichtert. Ich bin auch der Meinung, daß die abgeschlossene Tariferhöhung tragbar ist. Tragbar, für den einen oder anderen mit größeren Schwierigkeiten verbunden, aber das ist auch in der privaten Wirtschaft so, daß Tariferhöhungen, die beschlossen werden, auch die Unternehmer unterschiedlich treffen.

(Abg. Schubert [FDP]: Das ist immer so! — Abg. Boljahn [SPD]: Natürlich!)

Sie haben nun gefragt, man kann doch nicht auf der einen Seite sparen wollen und zugleich auf der anderen Seite Lohnforderungen unterstützen, die naturgemäß später über die nachziehenden Bezüge der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes den Staatshaushalt zusätzlich belasten. — Nur zur Information: Es waren Lohn- und Gehaltsforderungen, es waren Lohn- und Gehaltstarifverträge, die abgeschlossen wurden für Arbeiter und Angestellte. Nachziehen werden die Beamten. Sie müssen wissen, daß die Gehälter bei den Löhnen behandelt werden und nicht bei der Beamtenbesoldung. Das nur zur Erklärung, damit wir nicht aneinander vorbeireden.

Also nachziehen werden die Besoldungsbezüge der Beamten. Und wie Sie wissen, Herr Dr. Sieling, sind bereits vorgezogen strukturelle Verbesserungen durch die erste Bundesnovelle mit der Bundesmaßnahme per 1. Juli 1967 für die Bundesbeamten. Die Länder werden folgen zum 1. 1. 1968, und ich darf hier wiederum erklären, daß der Bremer Senat im Bundesrat dafür gekämpft hat, daß auch für die Landesbediensteten, Kommunalbediensteten, der 1. 7. 1967 zur Anwendung kommt, um ein gleiches Recht für Bundesbeamte, Landesbeamte und Kommunalbeamte zu erreichen. Das ist leider von der Mehrheit der Länder abgelehnt worden.

Ich darf Ihnen heute hier erklären, daß wir Ihnen eine Besoldungsnovelle vorlegen werden, die zum 1. 1. 1968 eine gleiche Behandlung der bremischen Beamten mit den Bundesbeamten vorsieht. Wir müssen auch diesen Weg der Gleichbehandlung gehen, weil wir es uns auf die Dauer einfach nicht mehr leisten können, daß mit unterschiedlichen Besoldungsgrundlagen ein Ausverkauf und ein Abwerben von öffentlichen Bediensteten vorgenommen wird, was in der Sache nicht mehr gerechtfertigt ist.

(Beifall)

Aber wenn ich auf der anderen Seite von Einsparen im Personalhaushalt spreche, dann denke ich an Rationalisierung da, wo sie möglich ist. Dann denke ich daran, daß wir versuchen müssen, mit dem vorhandenem Personal auszukommen und nicht immer die Flut von neuen Planstellen pro Jahr zu erleben. Wobei ich weiß, daß einige Bereiche wohl neue Planstellen bekommen werden, bei den Lehrern beispielsweise oder bei der Polizei, um einmal zwei Bereiche anzusprechen. Und dennoch müssen wir hier begrenzen, weil das noch die einzigen Möglichkeiten sind, Personalkosten zu limitieren. Bei den eigentlichen Tätigen, meine Damen und Herren, können wir doch wohl nicht anfangen, denn zu glauben, daß der öffentliche Dienst nur deswegen schlecht bezahlt werden muß, weil unsere Finanzlage nicht mehr ganz so rosig ist, ist doch wohl kein vertretbarer Standpunkt.

Der öffentliche Dienst muß angemessen behandelt werden; der Beamte, der Angestellte, der Arbeiter. Er wird nie an der Spitze der Lohn- und Gehaltsbewegung marschieren können, weil die gesicherte Arbeitsstelle im öffentlichen Dienst auch ein profunder Schatz ist, den man mit sehen muß. Und die sonstigen Leistungen im öffentlichen Dienst, die Nebenleistungen, sind auch nicht verachtenswert. Aber er wird auch nicht als letzter Mann, als letztes Glied in einer Entwicklung zu sehen sein, denn wir sind auf die Loyalität und auf die Treue der Angehörigen im öffentlichen Dienst im besonderen Maße angewiesen, wenn dieser demokratische Staat verfestigt werden soll. Von daher angemessene Besoldung, angemessene Vergütung für die Angestellten, angemessener Lohn für die Arbeiter.

(Beifall)

Sodann ist gesagt worden, es wäre ein Wort der Erläuterung von Nutzen über die Koordinierungsstelle, die ich bei der Senatskanzlei einrichten möchte. Und dann ist gesagt worden, die Behauptung, diese Kräfte, die ich brauche, würden keine Neubelastung für den Haushalt mit sich bringen, weil sie aus anderen Verwaltungen abgezogen würden. Dazu muß ich sagen, diese Behauptung ist von mir nicht aufgestellt worden. Wenn ich zur Haushaltsberatung mit Forderungen wegen der Koordinierungsstelle komme, dann bedeutet es natürlich eine Mehrbelastung. Ich muß Ihnen sagen, dafür brauche ich neue Planstellen, die kann ich nicht von woanders herziehen.

Diese Mitarbeiter der Koordinierungsabteilung bilden auch keine Einsparungskommissionen. Der öffentliche Dienst kann sich selbst schlecht kontrollieren. Das erleben wir immer wieder. Alle Kommissionen, die wir einsetzen, bringen nichts ein. Das haben wir leider mit großem Bedauern festzustellen. Es geht mir bei dieser Abteilung darum, etwas mehr zu koordinieren. Die verschiedenen Möglichkeiten bremischer Politik, zwischen Bremerhaven und Bremen, zwischen den Ressorts selbst. Irgendwo müssen die Dinge zusammenlaufen, um auch zu einer konzentrierten Arbeit zu kommen. Typisches Beispiel war die gemeinsame Aktion des Hafensenators, des Arbeitssenators und des Wirtschaftssenators für eine Lösung der Probleme der Hafenarbeiterschaft. Auf diesem Bereich und auf anderen brauchen wir das Zusammenfließen der unterschiedlichsten Meinungen aus den Ressorts, und irgendwo muß Koordination vorgenommen werden. Und nach der Verfassung obliegt mir die Aufgabe der Koordination. Diese Aufgabe, die früher nicht so dringend war wie heute, muß aber wahrgenommen werden, wenn wir die Aufgaben der Zukunft bewältigen wollen. Von daher werde ich mit neuen Forderungen kommen, die Sie mir ablehnen können aus sachlichen Gründen. Aber ich bitte darum, mir abzunehmen, daß eine Behauptung, man könne sie woanders einsparen, von mir nicht aufgestellt wurde.

Gesagt worden ist darüber hinaus: Sie wollen da nun eine Grundsteuererhöhung bringen, und es kommen doch nun bald die neuen Einheits-

werte. Und wenn die neuen Einheitswerte kommen, dann kommen ja ganz höhere Beträge heraus, daß Dreifache, Fünffache, teilweise Zehnfache. Was ist dann mit den alten Hebesätzen, wollt ihr denn die erhöhten Hebesätze behalten, ist das schon einmal im Senat überlegt worden? — Darauf eine klare Antwort: Ja, es ist bereits im Senat überlegt worden! Oder noch eine klarere Antwort: Kein ernst zu nehmender Mensch im Bundestag, im Bundesrat oder etwa in den Kommunalparlamenten denkt daran, bei den veränderten Einheitswerten die gleichen Hebesätze zu behalten. Das würde ja eine maßlose Erhöhung der Gemeindesteuern bedeuten und eine erhebliche Belastung der Bürger. Dann müssen wir einfach mit einem neuen Bemessungsrecht anfangen, einen vernünftigen Weg in der Grundsteuer zu finden. Das ist übrigens eine Feststellung, die nicht nur von mir kommt, die sogar von Ihrem Parteifreund Lücke voll unterstützt wird, der ja dafür einen Teil Mitverantwortung auf der Bundesebene trägt.

(Abg. Sagner [CDU]: Wir wollten das gern von Ihnen hören!)

Sie haben das auch gern von mir gesagt bekommen. Es ist ja auch Ihr gutes Recht. Wenn Sie mir Fragen stellen, bekommen Sie Antworten von mir. Immer in der bekannten Art, immer freundlich zueinander.

(Heiterkeit — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wir fragen ja auch freundlich!)

Ich klage nicht.

Sie sagen nun, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, das, was ihr in Bremen mit den Steuern betreibt, ist doch nichts anderes, als wolltet ihr Sozialdemokraten die Vergünstigungen, die der Bund den bremischen Bürgern gewährt hat, nun dadurch wieder abbauen, indem ihr Gebühren- und Steuererhöhungen durchführt. — Das ist leider so. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe in meiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß wir jährlich rund 59 Millionen DM verlieren durch bundespolitische Maßnahmen, nicht an den Bund, sondern durch bundespolitische Maßnahmen. Hätten wir diese 59 Millionen DM noch in der Kasse, brauchten wir uns über diese ganzen Fragen nicht zu unterhalten.

Aber ich muß darauf aufmerksam machen, die Steuerveränderungen, die der Bund kurz vor 1965 beschlossen hat, vor dem Bundestagswahlkampf, waren Steuerveränderungen in der Gewerbesteuer. Da brauchte er nicht zu zahlen, da mußten die Gemeinden zahlen. Es waren Veränderungen

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Da mußten zu 60 Prozent, zu mehr als 60 Prozent, die Länder zahlen, und der Bund nur zu 40 Prozent. Das heißt, der Bund hat eine Steuersenkung vorgenommen für Bereiche, für die er am wenigsten haftete. Und das wollte ich damit deutlich machen, daß auch hier eine in sich ungerechte Form des Steuerausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorgenommen worden ist. Das allein ist meine Antwort auf diese Ihre Bemerkung.

Zu den Bewirtschaftungsmaßnahmen brauche ich nicht sehr viel zu sagen. Wir wollen weder im Schoße der Finanzdeputation noch sonstwo etwas zurücknehmen, was wir gesetzlich versprochen haben. Aber wir wollen auch mit Hilfe der Bewirtschaftungsmaßnahmen feststellen, wie hoch die öffentlichen Kassenzuflüsse sind und wie wir sie sinnvoll mit den öffentlichen Ausgaben in Verbindung bringen. Wir wollen nicht unbesehen von der Kassenwirtschaft heute Haushaltspolitik betreiben, und ich darf Herrn Kollegen Speckmann sehr danken dafür, daß es uns gelungen ist, in den letzten beiden Jahren trotz schwieriger Kassenlage unser Regierungsprogramm zu Ende zu führen. Mit Verzögerungen natürlich. Aber lieber ein Programm mit Verzögerung zu Ende führen, als etwas zurücknehmen, was man vorher lauthals versprochen hat.

(Abg. Schubert [FDP]: Das ist ganz klar!)

Nun kommen wir zu dem Problem Großcontainerumschlag Hamburg/Bremen. Sie sagen zu Recht, Herr Dr. Sieling, Sie wollen nicht nur aus den Zeitungen vernehmen, was da geplant ist. Ich darf Ihnen heute hier sagen, warum ich nicht in der Lage bin, bis en detail vor diesem Hohen Hause auszupacken, welche Vorstellungen wir über eine gemeinsame Aktion Bremen-Hamburg in Bremerhaven haben, weil wir uns in Verhandlungen mit Hamburg befinden. Es gibt auch hier ein Mittelmaß von Kooperation, über die man nicht sprechen kann, wie Sie zugeben werden.

Wir möchten ganz gern die Konkurrenz der Rhein-Schelde-Häfen, Rotterdamm und Antwerpen insbesondere, zu den Nordseeküsten, zu der deutschen Nordseeküste dadurch abfangen, daß es auch zu einer Kooperation zwischen Hamburg und Bremen kommt. Dabei wollen wir die Standortvorteile, die die Küste nun einmal bietet, gemeinsam nutzen. Dieser Standortvorteil ist in Bremerhaven: das seeschifftiefe Wasser, die kürzere Fahrenszeit der Schiffe. Wir werden erleben müssen, daß trotz dieses Standortvorteils auch Reeder natürlich noch Hamburg und Bremen anlaufen werden, weil sie den Flußweg für sich als günstiger betrachten. Wir werden mit Hamburg weiter ringen, auch wenn Herr Senator Kern, wie ich heute aus den Zeitungen vernommen habe, uns eine Absage erteilt hat. Das Angebot an Hamburg bleibt. Die Modifikationen werden untersucht werden können. Wir werden aber auf jeden Fall, wenn wir kokurrenzfähig bleiben wollen an der Nordseeküste, unser Container-Terminal in Bremerhaven bauen und hoffen da auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dabei müssen wir erkennen — und Sie haben völlig recht, Herr Dr. Sieling, wenn Sie auf die veränderten Umschlagssituationen im Hafen eingehen —, daß wir uns im Hafen verspätet, später als alle anderen Industriebereiche, umstellen müssen von herkömmlicher traditioneller Umschlagsform zu einer industriellen Umschlagsform. Das, was in Containern, was in Palettenform, was mit Gabelstaplern und neuen modernen Geräten und Schuppen erreicht wird, ist etwas, was vor dreißig, vierzig Jahren noch nicht gesehen worden ist. Die Vorstellung der Industrie mit den modernen Mitteln der Industrie, auch mit dem Geld, dem Kapitaleinsatz der Industrie und mit der Produktionsweise wird sich immer mehr in unseren Häfen durchsetzen.

Wir werden viele gemeinsame Sorgen haben, die mittelständische Hafenwirtschaft umzustellen auf diese neuen großen Aufgaben. Das ist ein Problem für die Arbeiter genauso wie für die vielen Stauereibetriebe, für die vielen kleinen Transportunternehmungen, zu denen wir irgendwie eine Beziehung finden müssen, damit sie nicht allein und ungeschützt vor dieser industriellen Entwicklung stehen. Wir brauchen hier gemeinsame Überlegungen. Bei der Zusammenarbeit dieses Hohen Hauses in Hafenfragen und insbesondere der Hafendeputation sehe ich auch gar nicht schwarz. Wir werden dieses gemeinsame Ziel erreichen.

Aber wenn Sie nun sagen, wir haben alles zu tun, durch Umschulungsmaßnahmen die Menschen, die wir im Hafen freisetzen, woanders unterzubringen, dann muß ich Ihnen sagen, ich habe mit Ihnen das gleiche geglaubt und mußte feststellen, daß die Mobilität eines Arbeiters nicht unbeschränkt ist. Es gibt eine Lebensgrenze, von der ab wir nicht mehr umschulen können, weil keine Firma einen auch umgeschulten Arbeiter mehr nehmen wird. Die Grenze liegt bei 50 Jahren. Wir haben nicht nur das Problem des überalterten Angestellten, wir haben heute auch das Problem des überalterten Arbeiters. Wir müssen also versuchen, für den Überalterten im Betrieb groß Gewordenen betriebliche soziale Lösungen zu finden. Für den jungen Mitarbeiter, ob Angestellter oder Arbeiter, gilt es allerdings, soviel an Grundvoraussetzungen zu schaffen, daß er Mobilität genug erbringt, um sich den veränderten Wirtschaftsformen gewachsen zu zeigen. Das wird unsere große Aufgabe sein, an der wir gemeinsam zu arbeiten haben.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Finanzplanung sagen. Wir hätten über die Finanzplanung sehr viel sagen können. Wir stehen aber vor einer großen Haushaltsdebatte. Ich bin wirklich der Meinung, diesen Bereich Finanzplanung sollten wir im Rahmen der Haushaltsdebatte ansprechen. Der Finanzsenator und der Sprecher des Haushaltsausschusses werden sich stellen müssen, und wir werden uns dann gemeinsam stellen. Das können wir also heute ausklammern.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr richtig!)

Daß Ihnen gelegentlich in Ihren Ausführungen auch eine Formulierung von Herrn Koschek eingeschlüpft ist, nehme ich Ihnen nicht weiter übel. Vonwegen wir hätten keine Konzeption wegen der Wirtschaftsansiedlung. Nun muß ich Ihnen auch wieder sagen, ständig wiederkehrende Behauptungen bringen noch keine Beweise, aber sie lassen mitunter Beweise vermuten. Ich bin mit Ihnen der Meinung, es kann gar nicht allein Angelegenheit eines Senators oder des Senats oder einer Verwaltung sein, sich den Kopf zu zerbrechen, was man an Industrieförderungsmaßnahmen in Bremerhaven und Bremen machen kann. Dazu brauchen wir die Hilfe aller Aufgeschlossenen, insbesondere des Parlaments.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Und wenn wir hier gemeinsame Hilfen entwickeln können, werden Sie von seiten des Senats nur Unterstützung finden.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Das habe ich doch gesagt!)

Herr Dr. Schäfer, kein Wort gegen Sie! Ich bemühe mich jetzt, Ihre Anregung aufzugreifen, sie positiv zu beantworten. Was ich möchte, ist, daß wir uns gemeinsam möglichst nicht in öffentlicher Sitzung, sondern auch einmal in geschlossener Klausur den Kopf zerbrechen, was wir im Unterweserraum insgesamt tun können.

(Abg. Klein [CDU]: Das wäre doch was für den Ausschuß!)

Sie können doch vom Senat nicht erwarten, daß ich zu Ausschüssen des Parlaments Stellung nehme. Herr Klein, dann würden Sie mich wahrscheinlich wieder rügen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und FDP)

Das ist doch Ihre Angelegenheit!

(Abg. Klein [CDU]: Ich würde mich sehr freuen!)

Ich würde Ihnen also folgendes sagen: Wir müssen allerdings bei dieser Überlegung über Wirtschaftsförderung in unserem Raum dabei nicht nur die engen Grenzen der Stadtgemeinde Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven sehen, wir brauchen den Unterweserraum. Wir müssen den ganzen Raum attraktiv machen, damit wir hier unseren Metropolcharakter erhalten können, um mit unserem Dienstleistungsgewerbe ein Maximum an Sozialprodukt zu erarbeiten, was einfach für die Entwicklung Bremens notwendig ist. Und wir müssen vielleicht auch einmal eine herkömmliche Vorstellung von Industrieansiedlung und -umsiedlung über Bord werfen, um zu einer größeren Kooperation zu kommen. Denn wenn wir alle davon ausgehen, es kann nur in unseren Stadtgrenzen gehen, dann brauchen wir keine Regionalplanung mit Niedersachsen, dann brauchen wir uns nicht mit Kommunalvertretern von Niedersachsen hinzu-

setzen, denn die wollen genau das gleiche. Das können wir nur, wenn wir bereit sind, den gesamten Raum als eine Einheit zu betrachten. Und hier, glaube ich, haben Sie, Herr Dr. Sieling, und haben Sie, Herr Boljahn, in zwei Vorschlägen gesagt, wir brauchen eine stärkere Kooperation der Exekutive und der Legislative. Wenn wir Ihnen dabei helfen können, wir sind gern dazu bereit.

(Beifall)

Nun möchte ich mich auf einige Sachfragen beziehen, die nicht mehr mit dem früheren Wahlkampf zusammenhängen und vielleicht auch mit dem künftigen nicht zusammenhängen müssen, sondern mit den Dingen, die Sie gesagt haben. Sie sagten, die neue Wirtschaftspolitik, um die es im wesentlichen auf der Bundesebene geht, hätte nur einige neue Akzente gesetzt.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Haben Sie gesagt!)

Nun gut! Mehr als einige neue Akzente sind es bis heute wirklich nicht gewesen, haben Sie gesagt.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ja!)

Gut, bleiben wir dabei. Herr Dr. Sieling, es ist natürlich eine Frage, was man unter Akzenten versteht. Sie sind Philologe, Sie können das besser ausdeuten als ich. Ich würde allerdings sagen, wenn ich die letzten Anzeigen — ich habe sie hier — des früheren Bundeskanzlers nachlese, die noch im Jahre 1965 erschienen sind — ich lese gelegentlich auch Ihre Anzeigen, und weiß, was Herr Erhard damals gesagt hat —, dann sprach er zum Schluß nur noch von Stabilität. Das ganz entscheidende neue Moment der Wirtschaftspolitik ist, daß wir heute nicht mehr von Stabilität sprechen, sondern

(Abg. Boljahn [SPD]: Von Wachstumspolitik!)

von Stabilität und Wachstum.

Diese Wachstumsvorstellung ist eine der entscheidenden Voraussetzungen, damit wir nicht wie 1930/31 in eine Degression der Wirtschaft hineinsteuern, sondern daß wir auch gleichzeitig langfristig geplant Wachstumsgrundsätze mit aufnehmen. Und der ganze Streit um das Stabilitätsgesetz löste sich in dem Zeitpunkt im Bundestag und im Bundesrat auf, als es Schiller gelungen war, auch den Wachstumscharakter mit aufzunehmen. Gar nicht allein, mit Zustimmung der CDU natürlich, denn auch Herr Schiller ist kein Supermann, er braucht auch dazu die Unterstützung seines Kabinetts und der Koalition. Das Problem mittelfristige Finanzplanung ist jahrelang weit von sich gewiesen worden. Das Wort Planung war ja schon ein Gegenstand für Wahlkämpfe allein. Auf dem Domshof kann ich Herrn Erhard noch gut hören.

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Für ihn war doch die Vorstellung, Planung müsse sein, fast unsittlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Oder das Problem Globalsteuerung. Das waren doch alles Dinge, die heute selbstverständliche Bestandteile einer gemeinsam von CDU und SPD getragenen Wirtschaftspolitik sind, einer Politik, die nur in Grenzfällen von den Freien Demokraten auf der Bundesebene angegriffen wird, weil auch in bestimmten Fragen die Freien Demokraten hier in den grundsätzlichen Dingen mit uns gemeinsam ziehen. Und wenn man dazu sagt, das sind nur einige geringe Akzente, nun schön! Diese einigen geringen Akzente sind aber so wesentlich, daß sie das, was früher gewesen war, doch erheblich auf den Kopf gestellt haben.

Nun, Sie sagen, das haben wir Herrn Erhard zu verdanken. Jetzt möchte ich für den Senat in aller Eindeutigkeit sagen, der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird die großen Verdienste von Herrn Erhard, die er in den Zeiten des Aufbaus hatte, nicht schmälern wollen. Die sind unbestritten. Aber genauso unbestritten ist, daß, als die Wiederaufbauperiode abgeschlossen war, als die Wirtschaft sich konsolidierte, Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard nicht in der Lage war, mit den Problemen der Wirtschaft fertigzuwerden. Das haben nicht Sozialdemokraten festgestellt, das haben Christliche Demokraten festgestellt. Und ich meine auch, was soll's! Auch hier keine rückschauende Geschichtsverfälschung! Ob Nölting 1949 der richtige Mann gewesen wäre? Sie haben andere Meinungen als wir. Tragen wir es doch mit Würde! Keiner der jungen Generation fragt mehr danach, was 1949 richtig oder falsch war. Wir wollen wissen, wie wir heute oder morgen mit den Problemen der Wirtschaft fertigwerden wollen, und darum geht es.

(Beifall bei SPD und FDP)

Von daher also auch kein weiteres Wort zu Herrn Erhard, weder zum Positiven noch zum Negativen, sondern, was können wir gemeinsam für morgen tun! Das darf ich zunächst zu diesen Dingen sagen.

Nun noch einige Fragen. Sie wünschen ein Familienreferat, das viel stärker koordinieren sollte familienschützende, familienunterstützende Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnung, Gesundheit, Bildung. Das wird ein Referat in einem Ressort nicht machen können. Wir werden in den Ressorts gemeinsam arbeiten müssen. Aber auch hier glaube ich, daß eine Koordinierungsabteilung helfen kann, die Dinge zusammenzuführen, und die Familienmaßnahmen werden dann in einer der beiden Deputationen zu besprechen sein, die bei Frau Senator Mevissen gebildet sind, ich weiß nicht, ob Jugend oder Wohlfahrt zuständig ist.

(Frau Bürgermeister Mevissen: Jugend!)

Jugend ist zuständig. Dort werden die Dinge zu

besprechen sein. Dort wird Familienpolitik betrieben. Vielleicht kann man sie anders betreiben. Dann muß man darüber sprechen. Aber gemacht wird es. Wir werden es weiter machen.

Dabei ist die Frage gestellt worden: Wie haltet ihr es mit dem Karlsruher Urteil vom 18. Juli 1967? Und, es wäre ein tolles Stück, daß ich davon überhaupt nicht gesprochen hätte, über ein gesellschaftspolitisch so wichtiges Urteil. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon ausgegangen erstens, daß sich der Senat vorher schon bemüht hatte, in Partnerschaft zu den freien Verbänden zu einem vernünftigen Übereinkommen zu kommen. Da kann man sich lediglich über unterschiedliche Modifikation streiten. Das war das besondere Vergnügen mit meinem Freund Reinhard Ehlers. Zweitens, nach diesem Urteil kann ich nur eindeutig erklären: In Respekt vor diesem Urteil wird der Senat zu handeln haben, wie in der Vergangenheit so in der Zukunft, und wir werden auch nuancieren müssen gegenüber der Vergangenheit. Das wollen wir, denn man kann nicht nach Karlsruhe gehen und eine Rechtsentscheidung verfassungsmäßiger Art anfordern, um sich hinterher nicht daran halten zu wollen. Wir wollen dieses Urteil voll beachten in der Auswirkung, wie es vorgesehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb kann ich auch nur sagen, was soll die Frage: Welche grundsätzliche Einstellung hat der Senat gegenüber den freien Trägern der Jugendsozialhilfe? Nur eine gute! Nur eine gute!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Die beste! — Beifall bei der SPD)

Gar kein Streit darüber. Ich komme selbst aus dieser Arbeit. Das kann gar nicht bestritten werden. Und wie es mit den Haushaltsplänen wird, darüber unterhalten wir uns während der Haushaltsdebatte. Da haben wir noch gute Gelegenheit, darüber zu sprechen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Alle Jahre wieder!)

Im übrigen, meine ich auch, sollten einige Nuancierungen verdeutlicht werden. Sie sagen hier, im Hinblick auf das Gesundheitswesen sind Sie sehr erfreut über die Zusage, daß in Zukunft die nichtkommunalen Krankenhäuser in angemessener Form mit Staatszuschüssen versehen werden sollen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Die würden sonst gar nicht mehr existieren!)

Ich muß zunächst einmal darauf aufmerksam machen, das Wort „in Zukunft", das hat mich gestört. Das Diakonissenkrankenhaus ist doch genauso in der Vergangenheit unterstützt worden. Wir bauen jetzt das Josephstift aus, und wir bauen das Rote-Kreuz-Krankenhaus aus, weil ich einfach meine, die Einheit der gemeinnützigen und öffentlichen Krankenhäuser sollte gewahrt werden. Wir werden gemeinsam in diesem Bereich arbeiten, und ich glaube, das, was jährlich in diesem Bereich durch die öffentliche Hand geschieht, ist so sehenswert, daß wir nicht von der Zukunft sprechen sollten, sondern von der weiteren gemeinsamen Leistung auf diesem Gebiet.

Ich weiß nicht, ob meine Regierungserklärung in einer Form mißverstanden sein sollte, mindestens bei den Schulmeistern der Oppositionsfraktion. Es heißt hier bei Herrn Dr. Sieling: „Für umfangreiche Experimente und Schulversuche, die den gesamten Unterricht stören, ist nach Ansicht der CDU-Fraktion kein Raum". Das ist auch meine Meinung. Aber daß wir tatsächlich Schulversuche durchzuführen haben, das halte ich für eine dringende Gebotenheit.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer sehr gründlichen Untersuchung an einzelnen Schulen, mit einem geeigneten Lehrerkollegium — der öffentlichen oder freien Schulen, das ist mir völlig gleich — muß einfach hier versucht werden, neue Formen des Lehrens und des Lernens und des schulischen Betriebs durchzuführen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Jawohl!)

Das Wort „keine Experimente" für unser Schulwesen wäre tödlich.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD — Abg. Meurer [CDU]: Sehr richtig!)

Aber ebenso eindeutig ist: Die Schule braucht Ruhe. Wir können nicht glauben, daß man in allen Bereichen zur gleichen Zeit mit allen Dingen Schulversuche unternehmen darf. Nein, wir brauchen eine ganz bestimmte Beständigkeit in unserem eigenen Schulsystem selbst, und wir brauchen auch für Lehrer und Schüler diese notwendige Gelassenheit, um wirklich zu den Bildungszielen zu kommen, die wir anstreben. Aber die Bildungsziele wachsen, sie ändern sich, sie wechseln, und wir müssen mit Versuchen allmählich feststellen, wohin das neue Bildungsziel geht, nicht im ideologischen, sondern im tatsächlichen Bereich der Pädagogik.

Zu der Erwachsenenbildung, Herr Dr. Sieling, glaube ich, hat Ihnen Herr Boljahn eine Antwort gegeben, die recht positiv ist. Sie sprechen von mehr Förderung für Erwachsenenbildung, Herr Boljahn kommt zu dem Ergebnis, wir möchten ein Haus der Erwachsenenbildung haben; nennen wir es einmal so. Der Senat sieht sich außerstande, hierzu eine abschließende Erklärung abzugeben. Er ist dem Grunde nach aufgeschlossen für eine solche Einrichtung. Wir werden aber gemeinsam zu prüfen haben, ob wir das dafür erforderliche Geld aufbringen können. Das sind zwei verschiedene Schuhe, die wir gemeinsam prüfen wollen. Ich halte allerdings sehr dafür, daß wir irgendwo eine Stätte haben, wo in freier eigener Entscheidung junge Bürger und erwachsene Bürger sich hinsetzen können, um sich schulisch weiterzubilden, um sich geistig weiterzubilden, aber auch, wo sie politische

Möglichkeiten haben, die Auseinandersetzung zu führen, die wir nach meiner Meinung zum Teil versäumt haben, mit der jungen Generation zu führen. Ich darf nachher noch einige Worte dazu sagen.

Zu Herrn Dr. Sieling darf ich noch ein letztes Wort zur Universität sagen. Sie haben mich gefragt: Wie kommen Sie eigentlich dazu, 50 Prozent der Universitätskosten zu versprechen, ist das nicht ein bißchen leichtfertig? — Ich darf Ihnen sagen, daß die Länder, alle Länder ohne Unterschied, ob sie schwarz, schwarzrot oder anders couleurt sind, uns entgegenhalten, daß Bremen sich in der Vergangenheit von gewichtigen Aufgaben der Hochschulpolitik gedrückt hat, daß wir pro Kopf der Bevölkerung viel, viel weniger für Hochschuleinrichtungen ausgeben als sie. Der Maßstab für die Betrachtung des finanziellen Vermögens Bremens ist nicht mehr die reale Zahl der Kosten für die Universität, sondern sind die Kosten, die das Saarland aufbringt, die Rheinland-Pfalz und die Schleswig-Holstein aufbringt. Und diese Länder bringen in der Regel zwischen 60 und 80 Millionen DM auf.

Von daher entfält im Schnitt pro Kopf der Bevölkerung berechnet auf Bremen eine Summe von 25 bis 30 Millionen DM. Wir müssen mit diesen Kosten rechnen, und zwar müssen wir damit rechnen, ob wir eine Universität bekommen oder nicht. Bekommen wir keine Universität, werden wir über kurz oder lang einen Sonderfinanzausgleich bekommen, wo dann die Mittel von Bremen auch abgezogen werden in andere Universitäten hinein. Umso mehr meine ich, sollten wir uns gemeinsam anstrengen, zu einer Hochschuleinrichtung zu kommen, weil ich auch glaube, daß hier der Standort in Bremen richtig ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist auch für Bremen aus spürbarem Grunde gut, wenn auch auf diesem Gebiet ein klein wenig anderer Wind durch die Mauern unserer Stadt wehen wird.

(Beifall — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Allerdings, Sie wollen konkret wissen, was wir nun vorhaben. Ich darf Ihnen zunächst sagen, morgen wird der Bildungssenator nach Göttingen fahren um mit Göttingen über die Möglichkeiten eines Partnerschaftsangebots zu sprechen. Wir werden ganz sicher auch noch mit dem Kreis der Professoren sprechen, der sich uns angetragen hat, um zu helfen. Wir werden mit ihnen sprechen müssen, weil wir auch einige Grundsätze gemeinsam mit ihnen besprechen müssen. Wenn ich nur einen Grundsatz sagen darf, der nach meiner Meinung selbstverständlich sein sollte: Bei der Planung einer neuen Universität kann Bremen nicht an dem Mittelbau vorbeigehen und nicht an den Studenten.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Wir müssen also von daher vorher mit ihnen sprechen. Aber über das, was besprochen werden kann, und wie gesprochen werden muß, kann ich hier vor dem Hohen Hause nicht sprechen. Nur sollen Sie sehen, daß wir unmittelbar am Mann sind.

Zweitens: Wir wollen Anfang Januar erneut mit Bundesminister Stoltenberg in ein Gespräch eintreten über die mögliche Form einer Bundeshilfe, wenn die anderen Länder zustimmen. Wir möchten so schnell wie möglich nach der Februar-März-Entscheidung der Ministerpräsidenten dann die erforderliche Klarheit haben. Wir werden dann prüfen müssen, ob unsere bisherigen Voraussetzungen ausreichend waren oder ob wir neue Formen finden müssen, um eine Universität in Bremen zu gründen, meinetwegen eine Stiftungsuniversität. Darüber muß man sich dann den Kopf zerbrechen. Wir werden unaufgefordert auf sie zurückkommen.

Wir glauben, daß es eine Frage der kulturpolitischen Aufgeschlossenheit der Länder und des Bundes ist, bei der Hilfe für diese Universität in Bremen zu beweisen, was ihnen die Hochschulgründung wirklich wert ist, wobei ich Ihnen genau sagen möchte, daß natürlich auch in dem Umfang, wie etwa der Bund dazu beitragen wird, auch der Einfluß des Bundes auf diese Universität gesichert sein muß.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig!)

Denn wir können nicht nur erwarten, daß man uns Geld gibt, sondern die Geldgeber sollen auch im angemessenen Umfang mitgestalten können. Das ist unsere Meinung. Was wir wollen, ist nicht die bremische Universität, sondern wir wollen eine Universität in Bremen haben. Es ist unser Ziel, hier eine Hochschuleinrichtung zu errichten.

(Beifall)

Aber genauso eindeutig wollen wir auch sagen, daß aus diesem Hohen Hause, daß aus Ihrer Verpflichtung und aus unserer Verpflichtung im Senat ein Gemeinsames erwachsen muß, um auch diese Universität so modern wie möglich zu machen.

(Beifall)

Es wird aber keine Idealuniversität werden, denn wenn schon die reichen Länder sich keine Idealuniversitäten leisten können, werden wir es auch nicht können. Wir werden uns auch hier auf mittlere Wege einstellen müssen. Aber wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen, und wir müssen sie gemeinsam nutzen wollen. Dafür brauchen wir das parlamentarische Gespräch, dafür brauchen wir Ihre Mithilfe.

Ich glaube, daß ich damit zur Universität alles gesagt habe, was Sie an sich von mir hören wollten. Ich möchte auch nicht darauf eingehen, daß Herr Jackisch meinte, wir würden die Gebühren erhöhen, um die Universität zu finanzieren. Herr Jackisch war zu lange im Beirat.

(Heiterkeit)

Die Sorge brauchen Sie nicht zu haben. Wir kom-

men darauf später zurück. Für den Bereich der Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Hamburg darf ich nur sagen: Wir hoffen sehr auf eine Zusammenarbeit, wir rechnen aber nicht mit Geld. Ich muß Ihnen sagen, daß sich Niedersachsen ganz eindeutig außerstande erklärt hat — sogar für die Jahre 1970/71 —, irgendeine Finanzzusage zu machen, da es mit seinen eigenen Hochschulkosten so stark in der Kreide ist, daß es Mühe hat, seine eigenen Aufgaben wahrzunehmen. Aber Niedersachsen möchte, daß in Bremen eine Universität entsteht, da haben Sie recht.

Ich freue mich sehr, Herr Dr. Sieling, daß sich Ihre Hamburger Kollegen bereit erklärt haben, aus der Opposition heraus dem Wunsch Bremens auf finanzielle Unterstützung beizutreten. Ich bin nicht ganz sicher, daß sie das tun würden, wenn sie an der Regierung sind.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Auch nicht Niedersachsen! — Senator Eggers: Nein!)

Ihren Fraktionswillen räume ich ein, aber fragen Sie bitte nicht ihren Kultussenator, wie er es finanzieren soll; sie können es einfach nicht. Das muß man halt einsehen.

Ich freue mich im übrigen, wenn Fraktionsvorsitzende dieses Hauses sich mit anderen auswärtigen Freunden in Verbindung setzen, um Hilfen herbeizuführen. Das ist doch ein Teil unseres gemeinsamen Auftrags für Bremen. Von daher meine Anerkennung dafür. Ich glaube nur nicht, daß wir mit zuviel Hilfe bei den Hamburgern rechnen dürfen. Auch aus anderen Gründen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Das soll unsere gute Beziehung zu Hamburg nicht stören.

Nun, das also zu der Erklärung der Christlichen Demokraten.

Zu Ihnen, Herr Brouwer, darf ich sagen, daß ich mich wirklich gefreut habe, in welch starkem Maße Sie bereit waren, die Grundsätze der Regierungserklärung anzuerkennen, und dort Ihre Finger warnend zu erheben, wo Sie meinen, wir würden hier nicht ganz sachgerecht vorgehen.

Unter Hinweis auf den Haushalt 1967 — Sie sprachen von dem In-die-Tasche-Lügen und vom Mogelhaushalt und von Haushaltssicherungsgesetzen — darf ich Ihnen sagen: Das werden Sie jetzt durch Ihre Tätigkeit in der Finanzdeputation erleben, es geht nicht um Haushaltssicherungsgesetze, sondern es geht um die Kassensicherung, warum wir heute in die Bewirtschaftung eintreten und warum wir sie gemeinsam durchführen wollen.

Wir haben auch keine Wahlgeschenke gemacht, und wir haben keine zurückzunehmen. Ich bin sowieso der Meinung, daß die Bürger sehr hellhörig dabei sind, was Wahlversprechungen sind und wie sie gehalten werden. Wir allesamt, gleich wo wir stehen, müssen das immer mehr beachten. Und so ist auch die Regierungserklärung kein Programm für das Wahljahr 1969, denn das kann allein schon nicht sein wegen der Gebühren- und Steuerregelungen, die ich Ihnen da aufgezeigt habe. Es ist ein Programm, das nach meiner Meinung realisierbar ist, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland den Weg nimmt, den ich vermute, und der von den Wirtschaftsinstituten prognostiert wird.

Sollten wir einen erneuten Abfall der Wirtschaft bekommen, werden wir die Steuerkraft nicht haben, dann werden wir Abstriche machen müssen, hier in diesem Hohen Hause, offen und ehrlich. Wenn wir die Steuern bekommen, die wir prognostiert haben, dann können wir die 600 Millionen DM durchsetzen. Darum wollen wir uns gemeinsam bemühen.

Insofern auch, glaube ich, ist die Bremer Universität kein Abenteuer. Aber ich bin mit Ihnen der Meinung, die Grenzen des Kulturföderalismus müssen durchbrochen werden, wenn es um nationale Aufgaben geht. Nur haben Sie das Troeger-Gutachten falsch zitiert. Das Troeger-Gutachten sieht nur Mittel des Bundes vor als Vorschlag für den Ausbau und Aufbau der Universitäten, nicht aber für die laufende Finanzierung. Uns geht es aber um die laufende Finanzierung, weil wir für die andere bereits ein Staatsabkommen haben, auch mit dem Bund. Das ist also die Schwierigkeit, um die es im Augenblick geht.

Ich glaube allerdings auch noch, Herr Brouwer, daß wir mit Industrieansiedlungen langfristiger Art rechnen können. Ich halte es nicht für illusionär, denn die Standortvorteile, die der Strom zwischen Bremerhaven und Bremen bietet, sind attraktiv für eine Industrie, die auf Wachstum orientiert ist.

Das wird natürlich im Jahre 1967, 1968, 1969 besondere Schwierigkeiten haben, weil es heute in Deutschland einige Bereiche gibt, die in besonderem Maße attraktive Angebote machen können, etwa das Ruhrgebiet.

Wir müssen dafür arbeiten, daß darauf folgend der Industrie, die zu uns kommen will — denn wir können ja immer nur mit denen verhandeln, die kommen wollen, nicht mit denen, die wir haben möchten —, ein Gelände angeboten wird, und ein attraktives Angebot gemacht wird, das auch für sie von besonderer Bedeutung ist. Wer hätte denn gedacht, daß Klöckner doch noch ein solcher Schlager werden würde. Erst kam Klöckner, da haben wir zuviel gehofft, dann haben wir eines Tages ganz wenig gehofft, und inzwischen sind wir uns ganz sicher, daß Klöckner mit einem idealen Standort in Bremen eine außerordentlich große Bedeutung für die künftige Entwicklung in Bremen haben wird.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sehr richtig!)

Andere Gemeinden werden darüber klagen, wo Klöckner bisher war.

(Abg. Boljahn [SPD]: Hagen-Haspe!)

Das also zu diesem Bereich.

Nun noch zum Problem der Mittelstandsförderung. Wir wissen, daß gerade der Mittelstand sich heute im schwersten Konkurrenzkampf befindet. Auf der einen Seite die große Zahl der Konzerne, die Fragen der besonderen Einkaufshäuser, die Fragen der Möglichkeiten des Großunternehmens, gegen den Mittelstand mit anderen Gewinnsätzen zu arbeiten, und auf der anderen Seite die große Arbeitsleistung, die häufig in den Familienbetrieben begründet ist.

Wir werden bemüht sein, für die Formen des Mittelstandes, dessen Zukunftssicherung gewährleistet ist, die Hilfen zu geben, die notwendig sind. Wir werden uns gemeinsam mit der Handelskammer und der Handwerkskammer zusammensetzen, und werden uns auch überlegen müssen, was wir für die Bereiche tun müssen, deren Zukunft nicht mehr zu gewährleisten sein wird, weil die Formen der Wirtschaft sich völlig verändert haben. Das sind gemeinsame Überlegungen. Sie haben eine gutachtliche Äußerung der Wirtschaftskammer angeregt. Ich kann diese Anregung nur zur Kenntnis nehmen. Vielleicht gibt es noch eine andere Kammer, die es besser machen könnte, aber ich möchte meine Meinung über die Wirtschaftskammer hier nicht äußern.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das war deutlich genug!)

Ja eben, deswegen!

Einen Satz allerdings gibt es zu berichtigen: Bremerhavens Hafenausbau hätte schon vor dem Häfenausbau links der Weser vorgenommen werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hafenanlagen links der Weser mußten wir einfach ausbauen, um aus der Fülle und Enge der Häfen am rechten Weserufer wegzukommen, um durch ein Großmaß an Rationalisierung die Umschlagsmöglichkeiten in Bremen zu schaffen und die ersten Containeranlagen nach Bremen zu ziehen. Das war unsere große Möglichkeit, und die ist genutzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Heute kommt der zweite Schritt, und er kommt, wie ich hoffe, im Jahr 1970 zur rechten Zeit. Ich glaube nicht, daß wir hinterherhängen. Aber da, wo wir vorher schon handeln konnten, haben wir gehandelt, denn Weserport ist ja auch gegründet worden in Bremerhaven als eine große Möglichkeit, Massenumschlag nach Bremerhaven an die Küste zu ziehen und sie wegzuziehen von den Küsten der Rhein-Schelde-Häfen. Wir haben also gleichermaßen Bremerhaven und Bremen gesehen, und ich bitte, diese Erklärung nicht so zu deuten, daß wir endlich umgedacht haben, sondern ich bin wirklich der Meinung, das war eine notwendige Ergänzung zu den bisherigen Maßnahmen.

(Abg. Boljahn [SPD]: Sehr richtig!)

Sie haben eine noch fast private Sorge geäußert, Herr Brouwer, die Sorge nämlich, daß heute viele alte Menschen durch die Möglichkeit, in privaten Altersheimen unterzukommen, geschädigt werden, geschädigt werden, weil eine Vielzahl von Besitzern dieser Altersheime nicht die nötige Eignung besitzt. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es höchste Zeit wird, daß hier genauso eine Einflußmöglichkeit der staatlichen Stellen über die privaten Alterspflegeheime eingeräumt wird, wie wir sie heute für unsere Kindergärten und Jugendheime und Kinderkrippen haben. Da können wir eingreifen, wenn etwas nicht im Lot ist. Hier bei den Altenpflegeheimen können wir nur mit der Gewerbeordnung arbeiten, und das reicht einfach nicht mehr hin. Wir brauchen hier für diesen Bereich eine stärkere Verpflichtung der öffentlichen Hand, eingreifen zu können, um Mißbrauch gegenüber alten Menschen zu verhindern.

(Beifall)

Sie haben dann gesagt, Sie hätten sehr bedauert, in der Regierungserklärung nichts über die gesamtdeutsche Verpflichtung gehört zu haben, eine Verpflichtung, zu der wir nicht nur aus Eidespflicht stehen und nicht nur stehen, weil wir im öffentlichen Amt sind, sondern weil ich meine, daß jeder Deutsche in West- und Ostdeutschland die große geschichtliche Aufgabe hat, daran mitzuarbeiten, daß dieses durch die Kriegsfurie zerstörte Land, dieses zerrissene Land eines Tages wieder zusammenwächst zu einem Reich.

(Beifall)

Mögen die Formen des Reiches andere sein, als wir sie früher kannten, aber wir müssen wieder zusammenwachsen. Und es bleibt unsere persönliche Verpflichtung, alles daranzusetzen, daß diese Einheit kommt. Es wird ein sehr langer und ein sehr schwieriger Weg sein. Aber es wird ein Weg sein, bei dem wir nicht den Mut und nicht die Hoffnung verlieren dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich glaube auch, es ist unberechtigt, immer nur wieder Deklamationen über die Wiedervereinigung zu fordern. Es wird viel zuviel darüber geredet und viel zuwenig dafür getan.

(Beifall)

Mir kommt es darauf an, daß gehandelt wird.

Damit wende ich mich einem Koalitionspartner zu, den Freien Demokraten. Die Freien Demokraten haben nachdrücklich die Regierungserklärung unterstützt. Wie sollten sie auch anders, sind doch viele der Dinge auch aus ihrem Gedankengut gewachsen. Aber im Besonderen hat Herr Schubert Stellung zu den Problemen der Hafenwirtschaft bezogen. Ich kann sie hier nur unterstreichen, ich brauchte sie gar nicht zu erläutern.

Er hat mir in einem Fall eine besondere Aufgabe gestellt, eine Erklärung zum Wahlrecht abzugeben, denn ich glaube nicht, daß wir die geteilte

Arbeitszeit der Oberbeamten groß erörtern sollten. Das kann man tun, und man sollte im kleinen Kreis darüber reden. Als Herr Schubert von den Fragen sprach, die wir in Bremen so vereinbart haben, hatte Herr Klein die Güte, den Zwischenruf zu machen „Kuhhandel".

(Abg. Klein [CDU]: Habe ich das gesagt?)

Ich habe nicht die gleichen landwirtschaftlichen Vorkenntnisse wie er, um das beurteilen zu können.

(Stürmische Heiterkeit)

Aber ich meine, genau das haben wir in Bremen nicht getan, Herr Klein.

Während bisher auf Bundesebene — Herr Schubert hat das deutlich gemacht — bei Koalitionsverhandlungen immer konkrete Absprachen zu dieser oder jener Wahl — auch jetzt wieder bei den jetzigen Wahlen, die sind genauso schlimm — getroffen wurden, unter anderem wie man ein Wahlrecht modifizieren und verändern kann, um entweder einen Partner unter Druck zu setzen oder vielleicht auch, um den einen oder anderen etwas klein zu halten, so sehr habe ich für die Sozialdemokraten erklärt, daß wir nicht bereit sind, in eine Regierungsvereinbarung zwischen diesen beiden Partnern den Senat zu binden in seinem verfassungsrechtlichen Auftrag als Organ des Bundes, nämlich im Bundesrat, selbstverantwortlich mitzuarbeiten. Das wird der Senat in eigener Verantwortung tun müssen, das kann man nicht in der Regierungserklärung machen. Und damit war der Partner einverstanden.

Aber ich habe genauso eindeutig erklärt — meine persönliche Meinung —: Ich bin aus grundsätzlicher politischer Überzeugung ein Anhänger des modifizierten Verhältniswahlrechts. Ich möchte nicht durch Wahlgesetzänderung die politische Landschaft einfrieren lassen. Was ich möchte, ist, zum Zweiparteiensystem zu kommen durch eine geistige Auseinandersetzung mit der Mitte, mit der Rechten, mit der Linken, wenn wir es einmal so sagen dürfen, um von daher zu einer geistigen Durchsetzung und Verbreiterung der politischen Linie aller politischen Parteien zu kommen.

Ich persönlich habe auch nichts gegen Koalitionen. Wie wäre es anders, denn wir haben ja seit 1945 in Bremen immer Koalitionen gehabt. Es kommt nur darauf an, wie solche Koalitionen begründet werden.

(Abg. Boljahn [SPD]: Richtig!)

Ob es ein Maß an Vertrauen und gemeinsamer Absprache gibt, oder ob man von vornherein mit dem Dolch im Gewande gegeneinandersitzt und nicht mehr zur Regierungsarbeit gelangt. Das ist die Frage, um die es im wesentlichen geht.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin dafür, daß im Bundestagswahlkampf wie im Landtagswahlkampf oder im Kommunalwahlkampf möglichst viele Partner auftreten, die um das Mandat ringen, denn auch im politischen Leben belebt Konkurrenz das Geschäft.

(Abg. Schubert [FDP]: Großartig!)

Auch die Auseinandersetzung im Wahlkampf trägt sehr stark zu einer positiven Politisierung des öffentlichen Lebens bei. Wenn wir von den Mißbräuchen, die gelegentlich im Wahlkampf vorkommen, einmal gemeinsam Abstand nehmen möchten, würden wir der Jugend in diesem Bereich sogar noch ein besseres Vorbild geben können.

Das also zu meiner Erklärung, und ich habe den Freien Demokraten persönlich schriftlich erklärt, daß ich in den Gremien, in denen ich politisch wirken kann, bei meinem sozialdemokratischen Freunden auf der Bundesebene für die Verhältniswahl kämpfe. Das ist meine Meinung. Es gibt auch andere Freunde, die der Meinung sind, das Mehrheitswahlrecht ist ernsthaft zu diskutieren. Ja, warum nicht? Das ist doch eine der großen Möglichkeiten, daß wir auch noch eine große zentrale Frage haben, wo wir unterschiedlicher Meinung sein können. Aber — und das darf ich für mich erklären —, ich glaube, daß wir viele Freunde haben, die bereit sind, mit uns für das Verhältniswahlrecht einzutreten. Das also zu den Erklärungen der Freien Demokraten. Mehr glaube ich in diesem Fall nicht sagen zu müssen.

Dann noch etwas zu Herrn Boljahn, zur SPD, die Frage nämlich, ob der Senat bereit ist, eine gemeinsame Kooperation der niedersächsischen und bremischen Landtage für eine Regionalplanung an der Unterweser zu unterstützen. Dazu kann ich nur sagen: Ja! Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Landtage zusammenzuführen. Das ist eine Angelegenheit des Herrn Präsidenten. Aber die Frage, ob wir bereit sind, mitzugehen, dazu können wir nur sagen: Wir brauchen alle Hilfe auch für diese Arbeit. Und insofern decken sich ja hier die Meinungen der SPD und CDU fast vollkommen.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß Bremen ja sagen muß zum Leber-Plan, aber in diesem Ja zum Leber-Plan auch unsere Bedenken zu Wettbewerbsverzerrungen der Nordseehäfen deutlich machen müssen. Wir müssen die Wettbewerbsverzerrungen weiter auflösen und sie zumindest einebnen. Eine große Aufgabe, um die sich dankenswerterweise auch der Kollege Dr. Borttscheller verdient gemacht hat. Aber nicht nur der Kollege Dr. Borttscheller für den Senat. Wir wissen auch, daß im Bundestag bremische Bundestagsabgeordnete sich nachdrücklich für diese Aufgabe eingesetzt haben, und ich glaube, daß hier die Konzeption entwickelt worden ist, die es mindestens wert macht, einmal die Gesamtprobleme der Verkehrswirtschaft völlig zu erkennen, und nicht nur in Teilbereichen Zukunfts- und Gegenwartsaufgaben zu lösen, ohne die Zukunft zu sehen.

Herr Boljahn sprach, ich habe es ja vorhin gesagt, von diesem Haus der Nachbarschaft. In dem Zusammenhang fiel das Wort, daß die junge Generation, und nicht nur bei der Studenten-

schaft, von einer nicht unbeträchtlichen Unruhe über den Zustand unserer Gesellschaft befallen ist.

Das ist auch meine Meinung, und manchmal scheint es so, als führe diese Unruhe zur Anarchie, zur Auflösung jeder gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Das wäre verhängnisvoll für unseren Staat, das wäre auch verhängnisvoll für unsere Bemühungen, einen Kontakt nach drüben zu gewinnen und dem Menschen drüben, im anderen Teil Deutschlands, sichtbar zu machen, was freiheitliche Demokratie bedeuten kann.

Wir müssen gemeinsam, gleich wo wir stehen, gegen diese zur Anarchie auswuchernde Bestrebung antreten, aber gleichzeitig auch erkennen, daß die junge Generation, auch die junge Studentenschaft, recht hat. Viel gibt es zu beklagen und zu kritisieren, was heute in unserer Gesellschaft geschehen ist. Erst unter ihrem Druck entwickeln sich Formen der Hochschuldiskussionen, die in Ruhe vorher nicht möglich waren. Erst unter ihrem Druck bemühen sich Parlamente — auch Regierungen natürlich —, die Probleme der heranwachsenden Jugend ernster zu nehmen, als es bisher der Fall war. Und erst unter ihrem Druck sehen wir auch, wie weit wir uns getrennt haben von der Theorie in der Praxis.

Vielleicht mag diese Unruhe dazu beitragen, daß wir uns gemeinsam besinnen, gemeinsam besinnen auf die Werte, für die wir alle einmal angetreten sind und für die wir weiter eintreten werden, für eine freie demokratische Gesellschaft zu streiten, in der Frieden, in der Freiheit und in der Gerechtigkeit wirkliche Voraussetzungen des mitmenschlichen Lebens sind. Das können wir nur, wenn wir alle das Gespräch mit der jungen Generation nicht scheuen, wenn wir uns stellen und auch die unangenehmen Fragen über uns ergehen lassen und uns auch einmal anklagen lassen müssen für das Taktieren hier und dort. Unschuldig sind wir alle nicht!

(Beifall)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Krauss.

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war der Meinung, daß noch etwas diskutiert wird. Ich hatte den Wunsch, dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Schubert, eine Entgegnung zu geben. Zunächst, Herr Schubert, ich danke Ihnen für Ihre freundlichen und verständnisvollen Worte für den Unternehmer. Sie haben dann weiter in diesem Zusammenhang geäußert, daß die jungen Unternehmer sich als Parlament fühlen. Herr Schubert, die Presse hat sich da bemüht, schwierige oder nicht allgemein bekannte Organisationsstrukturen durch den Vergleich zum Parlament der Bevölkerung verständlich zu machen. So zum Beispiel der „Weser-Kurier": „Der Hauptausschuß der jungen Unternehmer, das Parlament der jungen Unternehmer". Die „Bremer Nachrichten": „Der Hauptausschuß hat den Charakter eines Parlaments der jungen Unternehmer".

Das konnten Sie nicht wissen, und ich möchte hier nur für die, die es gehört haben, die Richtigstellung vornehmen. Die jungen Unternehmer, und das sage ich auch für den Mittelstand, wenigstens, soweit er der CDU nahesteht, und ich danken dem Herrn Bürgermeister — er ist inzwischen hinausgegangen — für seine Hilfe, die er diesem Mittelstand hier soeben versprochen hat. Diese Gruppe sieht ganz bewußt ihre dienende Funktion und fühlt sich nicht als Nabel der Welt. Aber die jungen Unternehmer und der Mittelstand glauben eine wichtige Aufgabe im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft zu erfüllen.

Präsident Engel: Die Beratung ist geschlossen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 21. November 1967: Aufwendungshilfe für Eigenheime aus dem Wohnungsbauprogramm für Flutgeschädigte und Hochwassergefährdete (Drucksachenabteilung I Nr. 5)

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Bürgerschaft (Landtag) den Senat ersucht, die Aufwendungshilfe für Eigenheime aus dem Wohnungsbauprogramm für Flutgeschädigte und Hochwassergefährdete, für die der nichtständige Ausschuß eine Erhöhung der Herstellungskosten anerkannt hatte, in der Weise anzuheben, daß die durch die erhöhten Herstellungskosten entstandene Mehrbelastung aufgefangen wird. Der Senat teilt in der Mitteilung mit, daß er von diesem Beschluß Kenntnis genommen und in seiner Sitzung am 21. November 1967 das Amt für Wohnung und Siedlung entsprechend angewiesen hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Otto-Theodor Brouwer — Mündliche Berichterstattung durch den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß —

Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß hat den Abgeordneten Dr. Franke zum Berichterstatter bestellt.

Die Beratung ist eröffnet. — Ich bitte den Abgeordneten Dr. Franke, den Bericht zu erstatten.

Abg. **Dr. Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verfassungs- und Geschäftsord-

nungsausschuß empfiehlt Ihnen einstimmig die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Otto-Theodor Brouwer. Dieser Empfehlung liegen folgender Sachverhalt und folgende Erwägungen zugrunde:

Der frühere Bundesvorsitzende der Nationaldemokratischen Partei, Friedrich Thielen, hat im Rahmen des Wahlkampfes in einer Flugschrift folgende beleidigende Behauptungen aufgestellt: Der bremische Landesvorsitzende der NPD, Brouwer, und diejenigen, die er früher als eine politische Räuberbande charakterisierte, verstießen gegen die Satzung und beugten das Recht.

Gegen diese Behauptungen hat der Abgeordnete Brouwer den Erlaß einer Einstweiligen Verfügung beantragt und dabei in einer Eidesstattlichen Versicherung erklärt, zu keiner Zeit im politischen Leben stehende Personen als politische Räuberbande bezeichnet zu haben. Das Landgericht Bremen hat dann durch Beschluß vom 30. 9. 1967 dem Antrag auf Erlaß der Einstweiligen Verfügung stattgegeben. Der Abgeordnete Brouwer hat mithin obsiegt.

Daraufhin hat Herr Thielen Anzeige erstattet wegen angeblich wissentlich falscher Versicherung an Eides statt gemäß § 156 Strafgesetzbuch. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat daraufhin den Antrag an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß gestellt, die Immunität zwecks Durchführung des Strafverfahrens aufzuheben. Soweit der Sachverhalt.

Bei den Überlegungen ging der Ausschuß von folgender Auffassung aus: Es müsse hier zwischen zwei Fragenkomplexen unterschieden werden, nämlich einmal die politische Auseinandersetzung und den dabei gemachten Äußerungen, also im Rahmen des rein politischen Kampfes, und zum anderen, hiervon losgelöst, das sich daran anschließende Einstweilige Verfügungs-Verfahren, in dem dann eine angeblich falsche Eidesstattliche Versicherung abgegeben sein soll.

Der Ausschuß ist aus prinzipiellen Erwägungen der Meinung, daß in den Fällen, wo es sich um reine politische Auseinandersetzungen handelt, durchaus der Rahmen bei der Aufhebung der Immunität recht weit zu strecken ist, meint aber, daß bei den Folgeerscheinungen, wie hier die zur Debatte stehende falsche Eidesstattliche Versicherung, ein wesentlich strengerer Maßstab anzulegen ist, denn denkbar sind ja auch aufgrund solcher politischen Auseinandersetzungen, wie wir sie hier gehabt haben, noch wesentlich andere Delikte.

Das waren eigentlich die Gründe, die einstimmig zu der Auffassung führten, die Empfehlung auf Aufhebung der Immunität auszusprechen, nicht zuletzt allerdings auch darum, um dem Abgeordneten Brouwer selbst Gelegenheit zu geben, sich mit diesen schwerwiegenden Vorwürfen im Rahmen eines Gerichtsverfahrens auseinanderzusetzen.

Präsident Engel: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß hat der Bürgerschaft (Landtag) empfohlen, die Immunität des Abgeordneten Brouwer zum Zwecke der Strafverfolgung wegen der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung aufzuheben.

Wer entsprechend beschließen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) hebt die Immunität des Abgeordneten Brouwer zum Zwecke der Strafverfolgung auf.

(Dafür SPD, CDU und FDP. — Abg. Fichtner [NPD]: Ich bitte um die Gegenprobe!)

Gern! Die Gegenprobe bitte!

(Dagegen: NPD)

Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen (Drucksachenabteilung II Nr. 2) 1. Lesung

und

Antrag: Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 3)

Interfraktionell ist vereinbart worden, diese beiden Gegenstände in der Beratung zu verbinden. Nach einer Begründung durch die Antragsteller sollen nach interfraktioneller Vereinbarung die beiden Anträge an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden.

Die Beratung ist eröffnet. — Das Wort zur Begründung der Anträge hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz der verletzenden Worte, die der Abgeordnete Boljahn gegenüber meiner Partei und meiner Fraktion aussprach, möchte ich versuchen, in sachlicher Art auf die Begründung unserer Anträge hier einzugehen. Ich mache allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, keinen Hehl daraus, daß ich jeden, und ich schließe weder Bundesminister noch Abgeordnete aus, der meiner Fraktion, meiner Partei, mir und meinen Freunden eine antidemokratische Einstellung vorwirft, ohne hierfür hinreichende Beweise in der Hand zu haben, ganz klar und schlechtweg als Verleumder bezeichne.

(Beifall bei der NPD — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Brouwer, ich rufe Sie zur Ordnung wegen des Ausdrucks Verleumder.

Abg. **Brouwer** (NPD): Es tut mir leid, daß ich — —

Präsident Engel: Es gibt keine Erörterung über einen Ordnungsruf. Sie haben das Recht, sich beim

Vorstand der Bürgerschaft dieserhalb zu beschweren.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das wagt er aber nicht!)

Abg. **Brouwer** (NPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Begründung der Anträge meiner Fraktion möchte ich mich auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten vom 8. 11. 1967 berufen und bitte, mir zu gestatten, daß ich diese zitiere.

Der Präsident der Bürgerschaft führte aus: „Wenn die gesamte Menschheit einer Meinung wäre, und nur ein einziger wäre einer anderen, so hätte die ganze Menschheit kein besseres Recht, diesem Einen Schweigen aufzuerlegen als er, wenn er die erforderliche Macht besäße, der ganzen Menschheit." Und: „Wir können niemals sicher sein, daß die Meinung, die wir zu ersticken suchen, falsch ist, und wären wir dessen sicher, so wäre ihre Erstickung noch immer ein Übel".

Der Herr Präsident des Senats hat in seiner Regierungserklärung gesagt, daß er die Bedeutung der Opposition als Organ der Kritik und der Kontrolle für die Regierungsarbeit begrüße. Er hat auf der anderen Seite auch erklärt, daß er die Deputationsarbeit als Ergänzung der Regierungsarbeit benötige. Mit anderen Worten, meine sehr geehrten Herren, haben die beiden höchsten Repräsentanten unseres Landes den Grundsatz der demokratischen Ordnung herausgestellt, wonach der Staat nicht die Regierung, sondern der Staat die Regierung und die Opposition ist.

Da sämtliche Vorlagen, die hier dieses Hohe Haus passieren, vorher in den Deputationen mit den Ressortsenatoren und auf der anderen Seite mit der Exekutive durchgesprochen werden, ist es doch wohl naturgemäß, daß hier die Fraktionen und die Abgeordneten der Bürgerschaft auf diese Art und Weise einen sachlichen Grundsatz zu den Debatten in diesem Hohen Hause erarbeiten. Die Nationaldemokratische Partei und ihre Fraktion will nichts anderes, als diese sachliche Oppositionsarbeit in diesem Hohen Hause auch durchzuführen. 36 000 Wähler haben im Lande Bremen der NPD ihr Vertrauen gegeben und verlangen von dieser, daß eine konstruktive Opposition von dieser hier durchgeführt wird. Dieses ist aber nur dann möglich, wenn wir nicht Abgeordnete geringeren Rechtes werden, sondern auch uns volle Informationsmöglichkeiten wie all den anderen Abgeordneten der Koalition und der übrigen Opposition gewährt werden. An diesen Grundsätzen darf meines Erachtens auch durch eine Geschäftsordnung nicht gerüttelt werden, sondern eine solche Geschäftsordnung wäre abzuändern, wenn die Wahrung der Demokratie dieses verlangt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese meine Ausführungen gipfeln lediglich in der Feststellung, daß meine Fraktion daran interessiert ist, in diesem Hohen Hause eine sachliche Opposition durchzuführen und aus diesem Grunde mit beratender Stimme in den entsprechenden Deputationen und Ausschüssen tätig sein möchte. Ich möchte Sie bitten, die Anträge meiner Fraktion zu unterstützen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Die Beratung ist geschlossen.

Wer beschließen will, daß beim Antrag zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen die erste Lesung unterbrochen und dieser Antrag zusammen mit dem Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zur Beratung und Berichterstattung überwiesen wird, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Dafür SPD, CDU, FDP und teilweise NPD — Abg. Boljahn [SPD]: Ich bitte um die Gegenprobe!)

Wenn das verlangt wird, muß ich einem solchen Wunsch entsprechen. — Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen Abg. Brouwer [NPD] — Abg. Boljahn [SPD]: Ich bitte um Feststellung von Stimmenthaltungen!)

Wer enthält sich der Stimme?

(Abg. Vorsatz [NPD])

Antrag: Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Beratung eines Gesetzentwurfs über das Verfahren beim Volksentscheid (Drucksachenabteilung II Nr. 4)

Der interfraktionelle Antrag liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir brauche neinen Antrag zur Geschäftsordnung, der die Zahl der Mitglieder dieses Ausschusses festsetzt. — Bitte, Frau Abgeordnete Müller-Wolff!

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion und die Fraktion der FDP beantragen die Einsetzung eines Neuner-Ausschusses.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir wollen einen Dreizehner-Ausschuß beantragen.

(Abg. Boljahn [SPD]: Das ist gut! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Was ist dahinter?)

Präsident Engel: Die Beratung ist geschlossen.

Wir haben den geschäftsordnungsmäßigen Antrag vorliegen, der besagt, daß dieser Ausschuß sich aus 13 Mitgliedern zusammensetzen soll. Ich muß über diesen Antrag, weil er weitergehend ist, zuerst abstimmen lassen.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. Der Antrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, wonach sich der Ausschuß aus neun Mitgliedern zusammensetzen soll.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

(Dafür SPD, CDU, FDP und NPD außer Abg. Brouwer)

Meine Damen und Herren, der Beschluß, daß dieser Ausschuß sich aus neun Abgeordneten zusammensetzen soll, bedeutet, daß fünf Abgeordnete von der SPD, drei Abgeordnete von der CDU und ein Abgeordneter von der FDP zu benennen sind. Können Sie mir die Namen aufgeben?

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Für die SPD-Fraktion: 1. Abg. Böhrnsen, 2. Abg. Dr. Franke, 3. Abg. Dr. Klink, 4. Abg. Grantz, 5. Abg. Uhde.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Für die CDU-Fraktion: 1. Abg. Fischer, 2. Abg. Dr. Johanne Wolff, 3. Abg. Sagner.

Abg. **Schubert** (FDP): Für die FDP-Fraktion: Abg. Hauptmann.

Präsident Engel: Danke schön! Die Damen und Herren sind vorgeschlagen. Ich müßte formell jetzt diesen Vorschlag bestätigen lassen. Aber ich glaube, es herrscht allseits Einverständnis darüber. Dann können wir also darauf verzichten.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wir sind großzügigig!)

Antrag: Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Überprüfung des Petitionsrechts (Drucksachenabteilung II Nr. 5)

Der interfraktionelle Antrag liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Bitte, Frau Abgeordnete Müller-Wolff!

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir beantragen hier ebenfalls die Einsetzung eines Neuner-Ausschusses.

Präsident Engel: Bitte, Herr Abgeordneter Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie gehabt, wir beantragen einen Dreizehner-Ausschuß.

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, es liegen zwei Anträge vor. Ich lasse über den letzten zuerst abstimmen.

Wer dem Antrag, wie er vom Abgeordneten Fichtner festgestellt wurde, zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Der Antrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD)

Es ist weiter beantragt worden, neun Abgeordnete in den Ausschuß zu wählen. Das bedeutet, daß fünf Abgeordnete von der SPD, drei Abgeordnete von der CDU und ein Abgeordneter von der FDP zu benennen sind.

Ich lasse über den Antrag, einen Neuner-Ausschuß einzusetzen, abstimmen.

Wer mit diesem Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses von neun Abgeordneten einverstanden ist, den bitte ich, sich zu erheben.

Der Antrag ist von der Bürgerschaft (Landtag) angenommen.

(Dafür SPD, CDU, FDP und die Abg. Brouwer und Fichtner [NPD])

Ich bitte nunmehr um Vorschläge für die Besetzung des Ausschusses. — Bitte, Frau Abgeordnete Müller-Wolff.

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Für die SPD-Fraktion: 1. Abg. Kahrs, 2. Abg. Dr. Klink, 3. Abg. Gisela Müller-Wolff, 4. Abg. Stäker, 5. Abg. Wenke.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Für die CDU-Fraktion: 1. Abg. Dr. Cassens, 2. Abg. Pönitz, 3. Abg. Dr. Zander.

Abg. **Schubert** (FDP): Für die FDP-Fraktion: Abg. Hauptmann.

Präsident Engel: Danke schön! — Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten in den nichtständigen Ausschuß wählen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die vorgeschlagenen Abgeordneten in den nichtständigen Ausschuß.

(Dafür SPD, CDU, FDP und die Abg. Brouwer und Fichtner [NPD])

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft.

Ich danke den Mitgliedern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 17.14 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen